



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

M A L T A

2024

**Einunddreißigstes
Treffen des Ministerrats
5. und 6. Dezember 2024**

Beschlüsse des Ministerrats

**Erklärungen des
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und der Delegationen**

Berichte an den Ministerrat

Malta 2024

6 December 2024

GERMAN
Original: ENGLISH

Hinweis: Personenbezeichnungen, die in diesem Dokument aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form wiedergegeben sind, umfassen Personen jeden Geschlechts.

MC31GW61

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS	
Beschluss Nr. 1/24 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats	3
Beschluss Nr. 2/24 über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE.....	5
Beschluss Nr. 3/24 über die Bestellung der Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte.....	11
Beschluss Nr. 4/24 über die Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten	15
Beschluss Nr. 5/24 über die Bestellung des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit	18
Beschluss Nr. 6/24 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats	21
Beschluss Nr. 7/24 über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2026	22
II. ERKLÄRUNGEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE UND DER DELEGATIONEN	
Eröffnungserklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE.....	25
Erklärung der Delegation Bulgariens.....	31
Erklärung des Vertreters der Europäischen Union	34
Erklärung der Delegation Kanadas	36
Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika	38
Erklärung der Delegation Dänemarks (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern)	41
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation (auch im Namen von Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan)	45
Erklärung der Delegation Kasachstans (auch im Namen von Aserbaidshan, Belarus, Kirgisistan, der Russischen Föderation, Tadschikistan, Ungarn und Usbekistan)	48
Erklärung der Delegation von Belarus (auch im Namen von Kasachstan, Kirgisistan, der Russischen Föderation, Tadschikistan und Usbekistan)	50

Erklärung der Delegation der Slowakei (auch im Namen von Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Island, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika)	52
Erklärung der Delegation Schwedens (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika)	57
Erklärung der Delegation Aserbaidschans	60
Erklärung der Delegation Armeniens	62
Erklärung der Delegation von Türkei	63
Erklärung der Delegation Finnlands	65
Schlussklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE	68
Erklärung der OSZE-Troika	73
III. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT	
Bericht der geschäftsführenden Generalsekretärin an das einunddreißigste Treffen des Ministerrats	81
Schreiben des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an den Minister für auswärtige Angelegenheiten Maltas und Vorsitzenden des einunddreißigsten Treffens des OSZE-Ministerrats.....	86
Bericht des Vorsitzenden der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien an das einunddreißigste Treffen des OSZE-Ministerrats	90

I. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

BESCHLUSS Nr. 1/24
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN TREFFENS DES
OSZE-MINISTERRATS
(MC.DEC/1/24 vom 5. Juni 2024)

Der Ministerrat

beschließt, das einunddreißigste Treffen des OSZE-Ministerrats am 5. und 6. Dezember 2024 in Malta abzuhalten.

Anlage 1 zu MC.DEC/1/24

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation Liechtensteins (auch im Namen Albanien, Dänemarks, Finnlands, Irlands, Islands, Italiens, Kanadas, Maltas, Norwegens, Österreichs, Schwedens, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs):

„Ich spreche im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten – Albanien, Dänemark, Finnland, Irland, Island, Italien, Kanada, Malta, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich sowie meines eigenen Landes Liechtenstein – zum Beschluss des Ministerrats über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats.

Im Zusammenhang damit möchten wir die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der OSZE-Geschäftsordnung abgeben.

Unsere Delegationen unterstützen diesen Beschluss voll und ganz und sehen dem Ministerratstreffen, das am 5. und 6. Dezember 2024 in Malta stattfinden wird, erwartungsvoll entgegen.

Wir möchten jedoch unseren Standpunkt zur Kenntnis bringen, dass die Festlegung von Zeit und Ort der Ministerratstreffen weder einen gesonderten Beschluss des Ministerrats noch des Ständigen Rates erfordern sollte. Es wäre zweckmäßiger, diese Festlegung stattdessen dem amtierenden Vorsitz zu überlassen.

Wir sprechen uns daher für eine entsprechende Änderung der OSZE-Geschäftsordnung aus.

Danke, Frau Vorsitzende.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Die Russische Föderation hat sich dem Konsens über die Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats angeschlossen und geht dabei davon aus, dass Malta als Gastgeberland dieser Veranstaltung sowie alle Transitländer alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um sicherzustellen, dass die Vertreterinnen und Vertreter ausnahmslos aller OSZE-Teilnehmerstaaten auf der von diesen Staaten selbst gewählten politischen Ebene an dem Ministerratstreffen teilnehmen können. Dies bedeutet, dass es keine Diskriminierung in Bezug auf die Zusammensetzung der nationalen Delegationen gibt und dass auch keine Hindernisse für den Überflug oder die Durchreise der Delegationsmitglieder zum Tagungsort des Ministerrats mit Mitteln ihrer Wahl, auch mittels Sonderflug, bestehen. In diesem Zusammenhang nehmen wir die Zusicherungen des amtierenden Vorsitzes der OSZE zur Kenntnis, dass Malta alle erforderlichen Bemühungen zu diesem Zweck unternehmen wird.

Wir betonen, dass die nicht ordnungsgemäße Umsetzung von OSZE-Beschlüssen, die die Einberufung des Ministerratstreffens regeln, die Verabschiedung von Beschlüssen und Dokumenten auf dem Treffen unmöglich machen wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufzunehmen.“

BESCHLUSS Nr. 2/24
BESTELLUNG DES GENERALSEKRETÄRS DER OSZE

(MC.DEC/2/24/Corr.1 vom 6. Dezember 2024)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf den Beschluss des dritten Treffens des Ministerrats in Stockholm 1992 betreffend die Schaffung des Amtes eines Generalsekretärs, den Ministerratsbeschluss Nr. 15/04 vom 7. Dezember 2004 über die Rolle des Generalsekretärs der OSZE, den Ministerratsbeschluss Nr. 18/06 vom 5. Dezember 2006 über die weitere Stärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane der OSZE und den Ministerratsbeschluss Nr. 3/08 vom 22. Oktober 2008 über die Dauer des Dienstverhältnisses des OSZE-Generalsekretärs,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass der Generalsekretär der OSZE seine Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat des Generalsekretärs der OSZE wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass laut Ministerratsbeschluss Nr. 3/23 die Amtszeit der Generalsekretärin der OSZE Helga Maria Schmid am 3. September 2024 endete –

beschließt, Feridun H. Sinirlioğlu für drei Jahre mit Wirkung vom 6. Dezember 2024 zum Generalsekretär der OSZE zu bestellen.

Anlage 1 zu MC.DEC/2/24/Corr.1

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Frau Vorsitzende.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE möchten die Vereinigten Staaten die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben. Die Vereinigten Staaten begrüßen die Bestellung von Feridun H. Sinirlioğlu. Wir unterstützen die Arbeit des Generalsekretärs und des OSZE-Sekretariats.

Die Autorität der Generalsekretärin/des Generalsekretärs leitet sich aus den gemeinsamen Beschlüssen der Teilnehmerstaaten ab; er/sie handelt unter Anleitung des oder der Amtierenden Vorsitzenden. Er oder sie hat das höchste administrative Amt der OSZE inne und hat unter anderem die Aufgabe, als Vertreter/in des oder der Amtierenden Vorsitzenden zu handeln und ihn/sie bei allen auf die Erfüllung der Ziele der OSZE ausgerichteten Aktivitäten zu unterstützen. Nichts in diesem Beschluss darf als Änderung des Mandats des

Generalsekretärs/der Generalsekretärin oder als Einschränkung seiner/ihrer Tätigkeit in Wahrnehmung seines/ihrer Mandats ausgelegt werden.

Abschließend möchten die Vereinigten Staaten ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass die Teilnehmerstaaten nicht imstande waren, diesen Beschluss vor Ablauf der Amtszeit der letzten Generalsekretärin am 3. September zu verabschieden. Wir möchten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben. Sie selbst sind daher in erster Linie für deren Umsetzung verantwortlich.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.“

Anlage 2 zu MC.DEC/2/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas (auch im Namen von Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Estland, Island, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, Schweden, der Schweiz und Tschechien):

„Im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE möchten wir im Namen von Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Estland, Island, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Tschechien und Kanada die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Wir sprechen dem maltesischen Vorsitz erneut unseren Dank für seine Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir begrüßen die Bestellung von Feridun H. Sinirlioğlu zum Generalsekretär der OSZE und bekräftigen unsere Unterstützung für seine Arbeit und die des OSZE-Sekretariats.

Wir bedauern, dass nicht schon früher ein Konsens über die Führung der Organisation erreicht werden konnte, wodurch die wichtigsten Positionen längere Zeit unbesetzt blieben. Dies sollte keinen Präzedenzfall für ähnliche Beschlüsse in der Zukunft darstellen.

Wir weisen erneut auf die Bedeutung kooperativer Beschlüsse über die Führung der Organisation und ihrer autonomen Institutionen hin, die unter Berücksichtigung der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten und ihrer Fähigkeit, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu unterstützen, getroffen werden sollten. Als Teilnehmerstaaten sollten wir eine politische Befrachtung des konsensbasierten Entscheidungsprozesses vermeiden und zum

Geist des Multilateralismus zurückkehren, der unseren kooperativen Entscheidungsprozess leitet.

Darüber hinaus sollten wir als Teilnehmerstaaten bestrebt sein, die Gleichstellung der Geschlechter in der Führung der Organisation zu gewährleisten, auch indem wir mehr Frauen als Kandidatinnen vorschlagen.

Die Rolle des Generalsekretärs muss sich nach dem Beschluss des Ministerrats Nr. 15/04 richten. Wir erinnern daran, dass sich die Autorität der Generalsekretärin/des Generalsekretärs aus den gemeinsamen Beschlüssen der Teilnehmerstaaten ableitet, dass er/sie unter Anleitung des oder der Amtierenden Vorsitzenden handelt und als dessen/deren Vertreter/in ihn/sie bei allen auf die Erfüllung der Ziele der OSZE ausgerichteten Aktivitäten unterstützt. Wir erinnern auch daran, dass der Generalsekretär/die Generalsekretärin als leitende/r Verwaltungsbeamte/r der OSZE gegenüber dem Ständigen Rat für den effizienten Einsatz der Ressourcen der Organisation verantwortlich und als Leiter/in des OSZE-Sekretariats für dessen wirksame und effiziente Führung zuständig ist.

Wir ersuchen darum, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.“

Anlage 3 zu MC.DEC/2/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Albaniens:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Die Delegation Albaniens möchte im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Bestellung des OSZE-Generalsekretärs folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Albanien hat sich dem auf diesem Ministerrat erzielten Konsens über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE, der Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und des Beauftragten für Medienfreiheit angeschlossen und wünscht diesen viel Erfolg bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Wir bekräftigen das seit langem bestehende und bewährte Engagement Albaniens für Sicherheit, Zusammenarbeit, Dialog und Multilateralismus, das wir sowohl innerhalb als auch außerhalb der OSZE immer wieder unter Beweis gestellt haben.

In Anbetracht der Bedeutung, die Albanien der OSZE beimisst, und zur Gewährleistung ihrer kompetenten Führung hat Albanien einen renommierten Kandidaten für den Posten des OSZE-Generalsekretärs vorgeschlagen.

Wir sind davon überzeugt, dass dieser aufgrund seiner einzigartigen und engen Verbindung zur OSZE – im Laufe seiner beruflichen Laufbahn hat er die Funktionen als Ständiger Vertreter, als Vorsitzender des Ständigen Rates, als Direktor im Sekretariat und als Außenminister wahrgenommen – sowie seiner herausragenden beruflichen Erfahrung und seiner diplomatischen Expertise genau die richtige Person für den Posten in dieser für die Organisation schwierigen Zeit gewesen wäre.

Der albanische Kandidat für das Amt des OSZE-Generalsekretärs wurde von einer überwältigenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten einhellig und enthusiastisch unterstützt, und es gab keine inhaltlichen Einwände gegen ihn. Das zeigte sich ganz deutlich bei zahlreichen Konsultationen, auch bei seinen zahlreichen persönlichen Treffen mit Delegationen in Wien, sowie im Vorbereitungsausschuss und auf informellen Treffen auf Botschafterebene. Unserem Verständnis nach hat sich während des gesamten Prozesses nichts an dieser Unterstützung geändert.

Im Bemühen, aus der Pattsituation herauszufinden, und im Bewusstsein um die Bedeutung einer Besetzung der wichtigsten Führungspositionen hat Albanien dennoch beschlossen, den Konsens zu anderen Kandidaten oder Kandidatinnen nicht zu behindern. Diese Entscheidung wurde getroffen, obwohl im Zuge dieses Prozesses die Frage der Verdienste der Kandidatinnen und Kandidaten hinter politischen Überlegungen zurückstehen musste, wodurch es zu einem Beschluss gekommen sein dürfte, der nicht der Präferenz der Mehrheit entspricht.

Albanien ist der festen Überzeugung, dass die Durchführungsorgane der OSZE ein gemeinsames Gut aller 57 Teilnehmerstaaten darstellen. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass eine stärkere Berücksichtigung von Kandidaten und Kandidatinnen aus kleineren Ländern für Führungspositionen – insbesondere wenn sie sich durch unbestrittene berufliche Verdienste für diese qualifizieren – den Interessen der Organisation dienlich wäre und deren Bewusstsein dafür stärken würde, dass sie von allen gemeinsam gestaltet wird.

Wir sind es uns selbst und unseren Bürgerinnen und Bürgern, so auch den über 2 000 engagierten Männern und Frauen, die für diese Organisation arbeiten, schuldig, nicht einfach irgendwelche, sondern die richtigen Beschlüsse zu fassen und im Sinne unserer Werte und einer positiven Entwicklung der Organisation die richtigen Botschaften zu vermitteln.

Unser aufrichtiger Dank gilt den vielen Partnern, die uns während dieses Prozesses mit ihrem Vertrauen, ihrer Solidarität und ihrer prinzipienfesten Unterstützung zur Seite standen. Ihr Eintreten für Fairness und Gleichberechtigung bestärkt uns in unserem unerschütterlichen Engagement für die Werte, die dieser Organisation zugrunde liegen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und als Anhang in das Sitzungsjournal des Ministerratstreffens aufzunehmen.

Danke.“

Anlage 4 zu MC.DEC/2/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Bestellung von Feridun H. Sinirlioğlu zum Generalsekretär der OSZE an und wünscht ihm viel Erfolg in dieser Funktion. Wir sichern dem neuen Generalsekretär die uneingeschränkte Unterstützung des Vereinigten Königreichs bei der Erfüllung seines Mandats zu. Wir fordern die Teilnehmerstaaten weiterhin nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass alle Strukturen, autonomen Institutionen und Feldoperationen der OSZE mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie ihr Mandat erfüllen können.

Wir stellen fest, dass dieser Beschluss, zusammen mit der Besetzung anderer OSZE-Führungspositionen, die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in den kommenden drei Jahren stärken wird.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

Anlage 5 zu MC.DEC/2/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Armeniens:

„Frau Vorsitzende,

die Delegation der Republik Armenien möchte im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Ministerratsbeschlüsse über die Bestellung des OSZE-Generalsekretärs, der Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten sowie des OSZE-Beauftragten für

Medienfreiheit folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Wir sind der Überzeugung, dass sich die Teilnehmerstaaten bei der Konsensfindung über die Besetzung der vier Spitzenpositionen der OSZE-Institutionen vom besten Interesse unserer Organisation, von der Sicherstellung ihrer Funktionsfähigkeit, ihrer Integrität und ihrer Fähigkeit zur Fortführung der mandatsgemäßen Arbeit der OSZE auf der Grundlage unserer gemeinsamen Prinzipien sowie von Wort und Sinn der in diesem Rahmen verabschiedeten Beschlüsse leiten ließen.

Wir sind außerdem der Meinung, dass die geschätzten Leiterinnen und Leiter der Institutionen sich dieser entscheidenden Tatsache bewusst sein sollten und während ihrer Amtszeit dementsprechend agieren sollten. Bei all ihren Aktivitäten sollten sie im Rahmen ihres Mandats ihr Bestes geben, um diese kooperative Einstellung der Teilnehmerstaaten, die zu ihrer Bestellung geführt hat und die in diesen äußerst herausfordernden Zeiten unerlässlich für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der OSZE ist, auf prinzipientreue und inklusive Weise nur noch mehr zu stärken.

In diesem Sinne wünscht Armenien der neu bestellten Leiterin und den neu bestellten Leitern der Institutionen alles Gute für die Erfüllung ihrer bedeutenden Aufgaben.

Wir ersuchen um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum verabschiedeten Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.

Danke.“

BESCHLUSS Nr. 3/24
BESTELLUNG DER DIREKTORIN DES BÜROS FÜR
DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE
(MC.DEC/3/24/Corr.1 vom 6. Dezember 2024)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf die Charta von Paris von 1990 und den Beschluss des Ministerrats bei seinem zweiten Treffen 1992 in Prag betreffend die Entwicklung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR),

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass die Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ihre Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat des ODIHR wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass laut Ministerratsbeschluss Nr. 4/23 die Amtszeit des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Matteo Mecacci, am 3. September 2024 endete –

beschließt, Maria Telalian für drei Jahre mit Wirkung vom 6. Dezember 2024 zur Direktorin des ODIHR zu bestellen.

Anlage 1 zu MC.DEC/3/24/Corr.1

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Frau Vorsitzende.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung der Direktorin des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) möchten die Vereinigten Staaten die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die Bestellung von Maria Telalian. Wir stehen voll und ganz hinter der Autonomie des ODIHR und unterstützen seine Arbeit. Bedauerlicherweise wird seit einigen Jahren von einigen Teilnehmerstaaten dahingehend Druck ausgeübt, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zu beschneiden. Nichts in diesem Beschluss darf im Sinne einer Schmälerung der Autonomie des ODIHR oder einer Einschränkung der Tätigkeit seiner Direktorin/seines Direktors in Ausübung ihres/seines Mandats ausgelegt werden.

Abschließend möchten die Vereinigten Staaten ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass die Teilnehmerstaaten nicht imstande waren, diesen Beschluss vor Ablauf der Amtszeit des letzten Direktors des ODIHR am 3. September zu verabschieden. Wir möchten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben. Sie selbst sind daher in erster Linie für deren Umsetzung verantwortlich.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.“

Anlage 2 zu MC.DEC/3/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Schwedens (auch im Namen von Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Estland, Island, Kanada, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, der Schweiz und Tschechien):

„Im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Bestellung der Direktorin des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) möchten wir im Namen von Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Estland, Island, Kanada, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, der Schweiz, Tschechien und Schweden folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Wir sprechen dem maltesischen Vorsitz erneut unseren Dank für seine Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir begrüßen die Bestellung von Maria Telalian zur Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte.

Wir bedauern, dass nicht schon früher ein Konsens über die Führung der Organisation erreicht werden konnte, wodurch diese entscheidenden Positionen längere Zeit unbesetzt blieben. Dies sollte keinen Präzedenzfall für ähnliche Beschlüsse in der Zukunft darstellen.

Wir weisen erneut auf die Bedeutung kooperativer Beschlüsse über die Führung der Organisation und ihrer autonomen Institutionen hin, die unter Berücksichtigung der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten und ihrer Fähigkeit, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu unterstützen, getroffen werden sollten. Als Teilnehmerstaaten sollten wir eine politische Befrachtung der konsensbasierten Entscheidungsfindung vermeiden und zum Geist des Multilateralismus zurückkehren, der unseren kooperativen Entscheidungsprozess leitet.

Darüber hinaus sollten wir als Teilnehmerstaaten bestrebt sein, die Gleichstellung der Geschlechter in der Führung der Organisation zu gewährleisten, auch indem wir mehr Frauen als Kandidatinnen vorschlagen.

Im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Bestellung der Direktorin des ODIHR wiederholen wir unsere nachdrückliche Unterstützung für das Mandat und die eigenständige Arbeit des ODIHR bei der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten. Wir erinnern auch an das Wahlbeobachtungsmandat des ODIHR und stellen fest, dass seine Methodik der Wahlbeobachtung auf den Grundsätzen der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Professionalität beruht, in allen Teilnehmerstaaten in gleicher Weise angewendet wird und weltweite Anerkennung genießt. Wir möchten betonen, dass der Direktor/die Direktorin eine ganz entscheidende Rolle bei der Ausübung des Mandats des ODIHR spielt.

Seit einigen Jahren missbrauchen einige Teilnehmerstaaten das Konsensprinzip dazu, die Zuweisung von Mitteln für die dritte Dimension zu verhindern. Wir bekräftigen unseren Standpunkt, dass die OSZE über ausreichende Mittel verfügen sollte, um ihr Mandat in allen drei Dimensionen zu erfüllen.

Ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung als Anlage zum Beschluss und Aufnahme in das Journal des Tages.“

Anlage 3 zu MC.DEC/3/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Bestellung der Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Bestellung von Maria Telalian als Direktorin des ODIHR an und wünscht ihr viel Erfolg in dieser Funktion. Die Institution des ODIHR spiegelt den Grundsatz wider, dass nachhaltige Sicherheit nur durch die Achtung der Menschenrechte und starke demokratische Institutionen erreicht werden kann. Das Vereinigte Königreich steht voll und ganz hinter der Autonomie des ODIHR und fordert alle Teilnehmerstaaten auf, die neue Direktorin bei der Ausübung ihres Mandats uneingeschränkt zu unterstützen. Wir fordern die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass das ODIHR mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um sein Mandat zu erfüllen.

Wir stellen fest, dass dieser Beschluss, zusammen mit der Besetzung anderer OSZE-Führungspositionen, die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in den kommenden drei Jahren stärken wird.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung als Anlage zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

BESCHLUSS Nr. 4/24
BESTELLUNG DES HOHEN KOMMISSARS DER OSZE FÜR
NATIONALE MINDERHEITEN
(MC.DEC/4/24/Corr.1 vom 6. Dezember 2024)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf den Beschluss des KSZE-Gipfeltreffens von Helsinki 1992, einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten einzusetzen,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten seine Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass laut Ministerratsbeschluss Nr. 5/23 die Amtszeit des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Kairat Abdrachmanow, am 3. September 2024 endete –

beschließt, Christophe Kamp für drei Jahre mit Wirkung vom 6. Dezember 2024 zum Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten zu bestellen.

Anlage 1 zu MC.DEC/4/24/Corr.1

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Frau Vorsitzende.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) möchten die Vereinigten Staaten die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben. Die Vereinigten Staaten begrüßen die Bestellung von Christophe Kamp. Wir stehen voll und ganz hinter der Autonomie des HKNM und unterstützen seine Arbeit.

Bedauerlicherweise wird seit einigen Jahren von einigen Teilnehmerstaaten dahingehend Druck ausgeübt, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zu beschneiden. Nichts in diesem Beschluss darf im Sinne einer Schmälerung der Autonomie des HKNM oder einer Einschränkung der Tätigkeit seines Direktors/seiner Direktorin in Ausübung seines/ihres Mandats ausgelegt werden.

Schließlich möchten die Vereinigten Staaten ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass die Teilnehmerstaaten nicht imstande waren, diesen Beschluss vor Ablauf der Amtszeit des letzten HKNM am 3. September zu verabschieden. Wir möchten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben. Sie selbst sind daher in erster Linie für deren Umsetzung verantwortlich.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.“

Anlage 2 zu MC.DEC/4/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Dänemarks (auch im Namen von Bosnien und Herzegowina, Estland, Island, Kanada, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, Schweden, der Schweiz und Tschechien):

„Im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) möchten wir im Namen von Bosnien und Herzegowina, Estland, Island, Kanada, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Tschechien und Dänemark folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Wir begrüßen die Bestellung von Christophe Kamp zum Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten und bekräftigen unser Engagement für die Autonomie und die Arbeit des HKNM.

Wir sprechen dem maltesischen Vorsitz erneut unseren Dank für seine Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir bedauern, dass nicht schon früher ein Konsens über die Führung der Organisation erreicht werden konnte, wodurch die wichtigsten Positionen längere Zeit unbesetzt blieben. Dies sollte keinen Präzedenzfall für ähnliche Beschlüsse in der Zukunft darstellen.

Wir weisen erneut auf die Bedeutung kooperativer Beschlüsse über die Führung der Organisation und ihrer autonomen Institutionen hin, die auf der Grundlage der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten und ihrer Fähigkeit, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu unterstützen, getroffen werden sollten. Als Teilnehmerstaaten sollten wir eine politische Befrachtung der konsensbasierten Entscheidungsfindung vermeiden und zum Geist des Multilateralismus zurückkehren, der unseren kooperativen Entscheidungsprozess leitet.

Darüber hinaus sollten wir als Teilnehmerstaaten bestrebt sein, die Gleichstellung der Geschlechter in der Führung der Organisation zu gewährleisten, auch indem wir mehr Frauen als Kandidatinnen vorschlagen.

Seit einigen Jahren versuchen manche Teilnehmerstaaten, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen, und missbrauchen das Konsensprinzip dazu, die Zuweisung von Mitteln für alle drei Dimensionen zu verhindern. Wir bekräftigen unseren Standpunkt, dass die OSZE über ausreichende Mittel verfügen sollte, um ihr Mandat in allen drei Dimensionen zu erfüllen.

Ich ersuche darum, diese interpretative Erklärung dem Beschluss als Anlage beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.“

Anlage 3 zu MC.DEC/4/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses des Ministerrats über die Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Bestellung von Christophe Kamp zum Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten an und wünscht ihm viel Erfolg in dieser Funktion. Das Vereinigte Königreich steht voll und ganz hinter der Autonomie des HKNM und fordert alle Teilnehmerstaaten auf, den neuen Hohen Kommissar bei der Ausübung seines Mandats uneingeschränkt zu unterstützen. Wir fordern die Teilnehmerstaaten weiterhin nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass der HKNM mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um sein Mandat zu erfüllen.

Wir stellen fest, dass dieser Beschluss, zusammen mit der Besetzung anderer OSZE-Führungspositionen, die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in den kommenden drei Jahren stärken wird.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

BESCHLUSS Nr. 5/24
BESTELLUNG DES OSZE-BEAUFTRAGTEN FÜR MEDIENFREIHEIT
(MC.DEC/5/24/Corr.1 vom 6. Dezember 2024)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 193 des Ständigen Rates vom 5. November 1997 über die Einsetzung eines OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit seine Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass laut Ministerratsbeschluss Nr. 6/23 die Amtszeit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, am 3. September 2024 endete –

beschließt, Jan Braathu für drei Jahre mit Wirkung vom 6. Dezember 2024 zum OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit zu bestellen.

Anlage 1 zu MC.DEC/5/24/Corr.1

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Frau Vorsitzende.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit (RFOM) möchten die Vereinigten Staaten die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die Bestellung von Jan Braathu. Wir stehen voll und ganz hinter der Autonomie des RFOM und unterstützen seine Arbeit.

Bedauerlicherweise wird seit einigen Jahren von einigen Teilnehmerstaaten dahingehend Druck ausgeübt, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zu beschneiden. Nichts in diesem Beschluss darf im Sinne einer Schmälerung der Autonomie des/der RFOM oder einer Einschränkung seiner/ihrer Tätigkeit in Ausübung seines/ihrer Mandats ausgelegt werden.

Schließlich möchten die Vereinigten Staaten ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass die Teilnehmerstaaten nicht imstande waren, diesen Beschluss vor Ablauf der

Amtszeit der letzten RFOM am 3. September zu verabschieden. Wir möchten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben. Sie selbst sind daher in erster Linie für deren Umsetzung verantwortlich.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.“

Anlage 2 zu MC.DEC/5/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Islands (auch im Namen von Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Estland, Kanada, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, Schweden, der Schweiz und Tschechien):

„Im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Bestellung des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit (RFOM) möchten wir im Namen von Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Estland, Kanada, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Norwegen, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Tschechien und Island folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Wir sprechen dem maltesischen Vorsitz erneut unseren Dank für seine Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir bedauern, dass nicht schon früher ein Konsens über die Führung der Organisation erreicht werden konnte, wodurch die wichtigsten Positionen längere Zeit unbesetzt blieben. Dies sollte keinen Präzedenzfall für ähnliche Beschlüsse in der Zukunft darstellen.

Wir weisen erneut auf die Bedeutung kooperativer Beschlüsse über die Führung der Organisation und ihrer autonomen Institutionen hin, die auf der Grundlage der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten und ihrer Fähigkeit, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu unterstützen, getroffen werden sollten. Als Teilnehmerstaaten sollten wir eine politische Befrachtung der konsensbasierten Entscheidungsfindung vermeiden und zum Geist des Multilateralismus zurückkehren, der unseren kooperativen Entscheidungsprozess leitet.

Darüber hinaus sollten wir als Teilnehmerstaaten bestrebt sein, die Gleichstellung der Geschlechter in der Führung der Organisation zu gewährleisten, auch indem wir mehr Frauen als Kandidatinnen vorschlagen.

Wir begrüßen die Bestellung von Jan Braathu zum OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit (RFOM). Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Unterstützung der Arbeit und der

Autonomie des RFOM. Wir bekräftigen unsere im Beschluss Nr. 193 des Ständigen Rates festgehaltene Erwartung, dass der RFOM unparteiisch, unabhängig und objektiv sein sollte.

Seit einigen Jahren missbrauchen einige Teilnehmerstaaten das Konsensprinzip dazu, die Zuweisung von Mitteln für die dritte Dimension zu verhindern. Wir bekräftigen unseren Standpunkt, dass die OSZE über ausreichende Mittel verfügen sollte, um ihr Mandat in allen drei Dimensionen zu erfüllen.

Ich ersuche darum, diese interpretative Erklärung dem Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.“

Anlage 3 zu MC.DEC/5/24/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Bestellung des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit (RFOM) möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Bestellung von Jan Braathu zum OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit an und wünscht ihm viel Erfolg in dieser Funktion. Das Vereinigte Königreich steht voll und ganz hinter der Autonomie des RFOM und fordert alle Teilnehmerstaaten auf, den neuen OSZE-Beauftragten bei der Ausübung seines Mandats uneingeschränkt zu unterstützen. Wir fordern die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass der RFOM mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um sein Mandat zu erfüllen.

Wir stellen fest, dass dieser Beschluss, zusammen mit der Besetzung anderer OSZE-Führungspositionen, die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in den kommenden drei Jahren stärken wird.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

BESCHLUSS Nr. 6/24
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN
TREFFENS DES OSZE-MINISTERRATS
(MC.DEC/6/24/Corr.1 vom 6. Dezember 2024)

Der Ministerrat

beschließt, das zweiunddreißigste Treffen des OSZE-Ministerrats am 4. und 5. Dezember 2025 in Wien abzuhalten.

BESCHLUSS Nr. 7/24
OSZE-VORSITZ IM JAHR 2026
(MC.DEC/7/24 vom 30. Dezember 2024)

Der Ministerrat –

unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ständigen Rates –

beschließt, dass die Schweiz im Jahr 2026 den Vorsitz in der OSZE führen wird.

Anlage 1 zu MC.DEC/7/24

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sich die Delegation der Russischen Föderation dem Konsens zum Beschluss des Ministerrates über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2026 angeschlossen hat, möchte sie Folgendes festhalten.

Wir gehen davon aus, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft als OSZE-Vorsitz substanzielle Anstrengungen unternommen wird, um die Funktionsfähigkeit der Organisation zu retten und eine Kultur der professionellen, dialogorientierten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit wiederherzustellen.

Wir erwarten von der Schweiz, dass sie sich strikt an das Mandat des amtierenden Vorsitzes hält, wie es im Beschluss des Ministerrats von Porto aus dem Jahre 2002 festgelegt wurde, und dass sie nicht erneut die beschämende Praxis früherer Vorsitze Einzug halten lässt, bei offiziellen Veranstaltungen konfrontativ formulierte Themen zur Diskussion zu stellen. Wir vertrauen darauf, dass der künftige Vorsitz bei der Vorbereitung der wichtigsten Veranstaltungen im OSZE-Jahreszyklus aktiv Konsultationen mit allen Teilnehmerstaaten führt, allen ausnahmslos gleichberechtigten und ungehinderten Zugang zu diesen Veranstaltungen garantiert und nicht zulässt, dass die Programmarbeit allein auf bestimmte Einzelfragen ausgerichtet ist.

Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates vom 28. Juni 2002, in dem festgeschrieben ist, dass die OSZE-Führung in der Öffentlichkeit ausschließlich im Sinne der mit Konsens verabschiedeten Standpunkte handeln darf, bleibt ein kategorisches Gebot für die Arbeit des amtierenden Vorsitzes. Verstöße gegen diese Regel durch frühere Vorsitze dürfen nicht als Präzedenzfälle oder Rechtfertigungen für neuerliche Abweichungen von ihr dienen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss des Ministerrats beizufügen und als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufzunehmen.“

**II. ERKLÄRUNGEN DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER
OSZE UND DER DELEGATIONEN**

ERÖFFNUNGSERKLÄRUNG DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE

(MC.DEL/68/24 vom 11. Dezember 2024)

Frau Vorsitzende,
Frau Präsidentin,
Exzellenzen,
geschäftsführende Institutionsleiterinnen und -leiter,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre, Sie beim 31. Treffen des OSZE-Ministerrats willkommen heißen zu dürfen.

Zum ersten Mal wird dieses Treffen von Malta ausgerichtet – ein historischer Moment in unserer sechzigjährigen Geschichte als unabhängiger Inselstaat.

Trotz seiner Größe hat mein Land stets danach getrachtet, einen möglichst bedeutenden Beitrag zur internationalen Gemeinschaft zu leisten.

Fast auf den Tag genau vor fünfunddreißig Jahren kamen George H. W. Bush und Michail Gorbatschow an den stürmischen Ufern Maltas zu ihrem geschichtsträchtigen Treffen zusammen.

Die Zeiten haben sich seither grundlegend geändert, und doch stehen unsere Beziehungen heute von Neuem im Zeichen von intensiven geopolitischen Rivalitäten und von Bedrohungen für den Frieden und die Sicherheit in Europa.

Heute wie damals setzt sich Malta im Angesicht scheinbar unüberwindbarer Differenzen und Herausforderungen unerschütterlich für Frieden und Dialog ein.

In Skopje haben Sie uns alle gemeinsam die politische Führung der OSZE anvertraut, in einer Zeit mehrerer einander potenzierenden Krisen beziehungsweise der Polykrise, sowohl in der Organisation als auch global.

Ein Jahr danach fällt meine Analyse ernüchternd aus.

Dies ist unser drittes Treffen seit Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine, der weiterhin eine systemische Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellt.

Als ich dem Ständigen Rat im Januar unsere Prioritäten darlegte, machte ich deutlich, dass, was wir heute für den Frieden tun, mitentscheidend dafür sein wird, ob wir morgen im Krieg leben.

Dieses „Morgen“ ist gekommen, und es hat sich wenig verändert – wenn überhaupt, dann zum Schlechten.

Die Sicherheitsbedrohungen – im OSZE-Raum und darüber hinaus – sind sogar noch komplexer geworden, während die Differenzen und Unwägbarkeiten weltweit weiter zunehmen.

In institutioneller Hinsicht haben wir eine OSZE vorgefunden, die am Rande des Abgrunds stand.

Seit September gibt es keine bestellte Führungsspitze mehr, es gibt keine Einigung über die Vorsitzführung in der Organisation nach ihrem fünfzigjährigen Jubiläum, und seit 2021 gibt es keinen Gesamthaushaltsplan mehr.

Die Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert sind, betreffen nicht nur die OSZE und kommen nicht aus dem Nichts.

Sie sind symptomatisch für eine umfassendere Krise unseres kollektiven Bekenntnisses zum Multilateralismus.

Die Prinzipien, Regeln und Institutionen, die fast achtzig Jahre lang das Fundament für Frieden und Sicherheit in der Welt gebildet haben, werden infrage gestellt, auf die Probe gestellt und aktiv unterminiert.

Trotz dieser düsteren Ausgangslage waren wir entschlossen, dafür zu sorgen, dass wir uns von diesen fordernden Zeiten weder zur Verzweiflung bringen noch lähmen lassen.

Wir haben uns der Verantwortung für die Führung dieser Organisation mit Elan gestellt, in dem Bestreben, uns des uns in einer derart kritischen Phase entgegengebrachten Vertrauens als würdig zu erweisen.

An dieser Stelle möchte ich die unermüdliche Arbeit meines Vorsitzteams hier in Wien unter der Leitung von Botschafterin Natasha Meli Daudey sowie des Außenministeriums würdigen.

Ohne die Beharrlichkeit, das Engagement und die positive Energie, die Sie das ganze Jahr hindurch, trotz der Schwierigkeiten, denen Sie sich ohne jede Vorbereitungszeit gegenüberstanden, an den Tag gelegt haben, hätten wir es nie so weit gebracht.

Sie haben Außerordentliches geleistet.

Unter dem Motto „Resilienz stärken, Sicherheit erhöhen“ haben wir versucht, als Brücke zwischen Nordmazedonien und Finnland zu fungieren, indem wir die Grundpfeiler der OSZE stärken und die Prinzipien und Verpflichtungen verteidigen, auf denen sie fußt.

Bei der Vorbereitung dieses Treffens haben wir von unserem Fort Ricasoli hier in Malta und seinem Leuchtturm inspirieren lassen, um diese Vision bildlich zu veranschaulichen.

Der Leuchtturm steht für unsere Prinzipien und Verpflichtungen, die uns helfen, in stürmischen Wassern den Kurs zu halten. Das Fort wiederum versinnbildlicht die Widerstandsfähigkeit der OSZE als Bollwerk der unteilbaren Sicherheit.

Die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Nichtanwendung von Gewalt sind vier zentrale Prinzipien, die die Beziehungen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten leiten, niedergelegt in der Schlussakte von Helsinki und in der Charta der Vereinten Nationen.

Wir verurteilen weiterhin die eklatanten Verstöße gegen diese Verpflichtungen im Zuge der fortgesetzten Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Wir fordern die Russische Föderation auf, sich aus dem international anerkannten Hoheitsgebiet der Ukraine zurückzuziehen und diesen Krieg zu beenden.

Die jüngste Eskalation der Angriffe muss sofort aufhören, um einem diplomatischen Prozess den Weg zu ebnen – einem Prozess, der zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden führt.

Ich erneuere auch meine dringende Aufforderung zur sofortigen und bedingungslosen Freilassung unserer drei rechtswidrig festgehaltenen OSZE-Kollegen Wadym Golda, Maxim Petrow und Dmytro Schabanow. Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende haben, und sie müssen sicher zu ihren Familien zurückgebracht werden.

Dieser Krieg stellt uns vor noch nie dagewesene Herausforderungen, doch die OSZE ist der widerstandsfähigen ukrainischen Bevölkerung zur Seite gestanden, unter anderem durch das Unterstützungsprogramm für die Ukraine, um seine Auswirkungen zu entschärfen. Die Organisation bleibt außerdem eine wichtige Plattform im Hinblick darauf, dass Verantwortungsträgerinnen und -träger zur Rechenschaft gezogen werden können.

Dies belegt die Fundiertheit, den Wert und die Flexibilität des einzigartigen Instrumentariums und Fachwissens der OSZE im Bereich des Konfliktmanagements.

Auf dieses können wir jederzeit zurückgreifen, um uns mit weiteren Folgen des Krieges auseinanderzusetzen und um zusammen mit unseren internationalen Partnern eine etwaige zukünftige Beilegung auf den Weg zu bringen.

Zu Beginn dieses Jahres habe ich auf der hochrangigen Konferenz zum Frieden in der Ukraine betont, dass unsere Organisation eine wichtige Rolle über den „Tag danach“ hinaus spielen kann und sollte.

Ich bin davon überzeugt, dass die OSZE weiterhin entschlossen bereitstehen muss, einen sinnvollen, ergebnisorientierten Dialog zur Schaffung von Frieden in der und für die Ukraine zu erleichtern und zu begleiten.

Aus diesem Grund haben wir die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine konsequent in alle unsere Initiativen und Treffen in allen drei Dimensionen miteinbezogen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

in einem Jahr voller Stolpersteine und mannigfaltiger Hürden haben wir uns erfolgreich für die Beibehaltung des prinzipientreuen Engagements der OSZE in allen Aspekten ihres umfassenden Sicherheitsansatzes eingesetzt.

Unsere Initiativen und unsere Konferenzen auf hoher Ebene haben sich auf Schlüsselbereiche konzentriert. Dies betrifft unter anderem die Förderung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit, bei der uns unsere Arbeit als nichtständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates zugutekam.

Bei der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung haben wir den Schwerpunkt auf die dringende Notwendigkeit eines interreligiösen und interkulturellen Dialogs gelegt, um die Gräben zwischen verschiedenen Gruppen überbrücken zu helfen.

Darüber hinaus haben wir uns mit den Auswirkungen des Klimawandels und von Cyberbedrohungen auf unsere Sicherheit befasst sowie die Medienkompetenz und die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten gefördert.

Wir haben auf das Instrumentarium und Fachwissen der OSZE bei der Erleichterung des Dialogs, der Verhinderung von Eskalationen und der Förderung von Stabilität im gesamten OSZE-Raum zurückgegriffen.

Meine Besuche in Ländern unserer Region, die von Langzeitkonflikten betroffen sind, haben mir erneut vor Augen geführt, dass die OSZE über die richtigen Instrumente verfügt, um bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu begegnen und einen Beitrag zu diplomatischen, nachhaltigen Lösungen zu leisten.

Wir haben die nötige Erfahrung und Expertise, um denjenigen zur Seite zu stehen, die nach mehr Sicherheit und Wohlstand streben.

Letztlich müssen die beteiligten Parteien jedoch willens sein, selbst den ersten Schritt zu tun, um Vertrauen aufzubauen und diese entscheidenden Elemente für einen Frieden zu entwickeln.

Ich hatte das Privileg, fast alle Feldoperationen der OSZE in Osteuropa, Südosteuropa und Zentralasien zu besuchen.

Unsere Missionen sind echte Erfolgsgeschichten, die beweisen, dass die OSZE vor Ort viel bewirken kann.

Ich empfehle Ihnen wärmstens, ihnen einen Besuch abzustatten, wenn Sie in einem ihrer Gastländer sind.

Sie werden sich mit eigenen Augen vom Engagement der mehr als 2 000 OSZE-Personalangehörigen und der hervorragenden Arbeit überzeugen können, die sie in den jeweiligen Gastländern in allen Dimensionen und im Einklang mit den jeweiligen nationalen Prioritäten leisten.

Diese Erfahrungen ließen für mich keinen Zweifel daran, dass die Arbeit dieser Organisation echte und greifbare Auswirkungen auf das Leben und die Sicherheit der Menschen zeitigt.

Ein wiederkehrendes Thema bei all diesen Besuchen ist leider die erhebliche Beeinträchtigung des Wohlergehens des OSZE-Personals und der operativen Effizienz der Missionen durch Haushaltsengpässe und Planungsunsicherheit.

Dieses Problem betrifft nicht nur die Missionen, sondern die gesamte Organisation.

Damit die OSZE weiterhin Bestand hat und weiterhin den Menschen dienen kann, muss sie handlungsfähig sein.

Als Teilnehmerstaaten haben wir die kollektive Pflicht, die OSZE, ihre Feldoperationen und ihre Institutionen mit den notwendigen Mitteln, dem nötigen Führungspersonal und der erforderlichen Agilität auszustatten, damit sie ihre Mandate erfüllen und auf bestehende und neue Sicherheitsbedrohungen reagieren können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die Vorbereitungen auf dieses Treffen waren maßgeblich von unseren unermüdlichen Bemühungen geprägt, Lösungen für drei kritische Fragen zu finden: die Besetzung der Führungsriege der Organisation, die Genehmigung des Gesamthaushaltsplans und die Entscheidung über die künftigen Vorsitze.

Diese Beschlüsse erfordern einen Konsens aller 57 Teilnehmerstaaten.

Seit Monaten betonen wir die Dringlichkeit dieser Beschlüsse.

Wir haben unterstrichen, dass die Funktionsfähigkeit und das langfristige Überleben der Organisation gefährdet sind, wenn wir bis zum Ende dieses Treffens keine Einigung zustande bringen.

Ich freue mich, dass eine vorläufige Einigung über die Bestellung des neuen OSZE-Generalsekretärs und der Leiterinnen und Leiter der Institutionen zustande gekommen ist.

Bezüglich der wesentlichen Beschlüsse über den Gesamthaushaltsplan und die Vorsitzführung in der OSZE in den Jahren 2026 und 2027 jedoch steht eine Lösung noch aus.

In diesem Zusammenhang möchte ich Zypern meinen Dank dafür aussprechen, dass es sich offiziell um die Übernahme dieser Rolle im Jahr 2027 beworben hat.

Wir alle sollten diejenigen unterstützen, die bereit sind, einen so wichtigen Beitrag zu dieser Organisation zu leisten, und ihnen die gebührende Anerkennung zollen.

Eine Lösung scheint in Reichweite zu sein, doch noch sind wir nicht am Ziel.

Wir sind uns bewusst, dass das, was nun auf dem Tisch liegt, großes politisches Gewicht hat.

Deshalb brauchen wir eine letzte politische Kraftanstrengung, um es zu realisieren.

Wir können gemeinsam Geschichte schreiben. Davon bin ich überzeugt.

Was wir uns hingegen nicht mehr leisten können, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist, die Dinge weiterhin auf die lange Bank zu schieben – denn uns läuft schlicht die Zeit davon.

Malta war sich der bevorstehenden Herausforderungen bewusst, als es sich in letzter Minute bereiterklärte, die die mit dem Vorsitz verbundene Verantwortung zu übernehmen.

Wie ich in Skopje sagte, bleiben wir unerschütterlich in unserem Glauben an die OSZE, ihre Relevanz und das Konsensprinzip, das seit ihren Anfängen im Jahre 1975 der *raison d'être* der Organisation zugrunde liegt.

Doch eines muss klar sein: Verantwortung ist keine Einbahnstraße. Die OSZE kann nur so stark sein, wie es ihr ihre Teilnehmerstaaten zugestehen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die OSZE nie eine homogene Organisation gleichgesinnter Staaten war.

Wir, die wir in der Politik und der Diplomatie tätig sind, bezeichnen uns gerne als Brückenbauer. Heute geht es jedoch nicht um den Bau oder den Wiederaufbau der Brücken, die in jüngerer Vergangenheit zerstört wurden.

Es geht vielmehr darum, eine der wenigen Brücken, die uns noch geblieben sind, zu erhalten. Gerade in solchen Krisenzeiten müssen wir diesen Kommunikationskanal offen und funktionsfähig halten.

In Skopje wurde uns eine klare Aufgabe übertragen. Jetzt, hier in Malta, in diesem heiklen Moment unseres Vorsitzes, zähle ich auf Ihre volle Unterstützung, Mitarbeit und Flexibilität, damit wir diese kritischen Beschlüsse über die Ziellinie bringen können.

Wir führen ständig unsere kollektive Verantwortung für diese Organisation und unser Bekenntnis zum Multilateralismus im Munde. Es ist an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen.

Die Beschlüsse, die wir in den kommenden zwei Tagen fassen, werden entscheidend dafür sein, ob es uns gelingt, diese Organisation auf einen Kurs in eine nachhaltigere, wirksamere und resilientere Zukunft zu bringen. Auf zur Tat!

ERKLÄRUNG DER DELEGATION BULGARIENS

(Anhang 2 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Herr Vorsitzender,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Bulgarien schließt sich der von der Hohen Vertreterin im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an.

Das dritte Jahr in Folge findet der OSZE-Ministerrat im Schatten grober Verletzungen und einer unverhohlenen Geringschätzung der Grundprinzipien der VN-Charta sowie der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen statt, die vor fast 50 Jahren niedergelegt wurden, um zu verhindern, dass es in Europa zu neuen Kriegen kommt. Die groß angelegte russische Invasion der Ukraine hat den Kontinent in die schwierigsten Zeiten seit Jahrzehnten gestürzt und den seit dem Ende des Kalten Kriegs bestehenden stillschweigenden Konsens zunichtegemacht, dass Kriege zwischen Staaten weltweit der Vergangenheit angehören sollten.

Die Charta der Vereinten Nationen und die Gründungsdokumente der OSZE haben ganz eindeutig festgelegt: Die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Staaten sind zu achten, und Grenzen können nicht durch Gewalt verändert werden. Wir sind hier in dieser Organisation als eine Familie souveräner, freier und unabhängiger Staaten außerdem übereingekommen, dass jeder der Teilnehmerstaaten das Recht hat, seine eigene Außenpolitik und seine eigenen sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu wählen.

Die Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit, mit der sich das ukrainische Volk seit mehr als tausend Tagen den erbarmungslosen Kampfhandlungen stellt und seine Heimat gegen die russische Aggression verteidigt, ist beeindruckend. Bulgarien wird weiterhin fest an der Seite der Ukraine stehen und ihre Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit unterstützen, während das Land sein in Artikel 51 der VN-Charta verankertes Recht auf Selbstverteidigung wahrnimmt, was auch mit einschließt, dass jedes militärische Ziel angegriffen werden darf, das an Operationen gegen sein Hoheitsgebiet beteiligt ist.

Wir verurteilen die anhaltenden Angriffe auf zivile Ziele sowie die Verwüstung und Zerstörung der kritischen Infrastruktur in der Ukraine, einschließlich Umspannwerken und der Energieversorgung der ukrainischen Kernkraftwerke, durch die Russische Föderation. Dies bringt nicht nur tagtäglich Leid über die Zivilbevölkerung, sondern dient auch als Munition für das verantwortungslose russische Roulette, das Russland mit der Nuklearsicherheit spielt, womit es eine deutlich größere Region bedroht. Diese Aktionen müssen sofort aufhören. Es darf keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen oder Verletzungen des humanitären Völkerrechts geben, die während dieses Krieges begangen wurden.

Die regelmäßige Atomwaffenrhetorik aus Moskau droht die Welt an den Rand eines großen Krieges mit verheerenden globalen Auswirkungen zu bringen. Wir verurteilen auf das Schärfste jede militärische Unterstützung, die Belarus, die Demokratische Volksrepublik Korea und Iran Russland für seine Aggression gewähren; dadurch werden die Spannungen noch weiter verstärkt, und es entsteht ein Destabilisierungspotenzial globalen Ausmaßes.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die Sicherheits- und Wirtschaftslandschaft in der Schwarzmeerregion tiefgreifend verändert. Die Eskalation der militärischen Aktivitäten Russlands im Schwarzen Meer, die Angriffe auf die Häfen und andere Einrichtungen der Ukraine sowie die der freien Schifffahrt, dem Handel und den Lebensmittellieferketten auferlegten Einschränkungen geben Bulgarien als Anrainerstaat Anlass zu besonderer Sorge.

Russland muss seine militärischen Aktionen sofort einstellen und die Gesamtheit seiner Truppen und seiner militärischen Ausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abziehen. Dieser Krieg muss mit einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden auf der Grundlage des Völkerrechts, einschließlich der VN-Charta und der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, beendet werden. Im Sinne dieses Ziels wird sich Bulgarien weiterhin für die Umsetzung der Friedensformel von Präsident Selenskyj einsetzen. Unsere Unterstützung für die Ukraine bleibt unerschütterlich und wird mittels aller verfügbaren OSZE-Instrumente und -Mechanismen einschließlich des Programms der OSZE für die Ukraine fortgesetzt, aber auch durch prioritäre Zuteilung bulgarischer Entwicklungshilfegelder an die Ukraine.

Wir bekräftigen unsere Aufforderung an die Russische Föderation, die drei rechtswidrig festgehaltenen Personalangehörigen der ehemaligen OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine unverzüglich und bedingungslos freizulassen.

Auch wenn Europa mit der größten Sicherheitskrise seit Jahrzehnten konfrontiert ist, sollten wir die anderen Konflikte im OSZE-Raum nicht aus den Augen verlieren. Sie geben nach wie vor Anlass zu tiefer Besorgnis und sind eine mögliche Quelle für weitere Instabilität. Bulgarien wird weiterhin die diplomatischen Bemühungen unterstützen, um auf der Grundlage des Völkerrechts, der VN-Charta und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen funktionierende und dauerhafte Lösungen für die Langzeitkonflikte zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor dem Hintergrund von Turbulenzen sowie zunehmenden Sicherheitsherausforderungen über den OSZE-Raum hinaus liegt es in unserer Verantwortung als Teilnehmerstaaten, der Demontage der Sicherheitsarchitektur entgegenzuwirken, die in Europa dank den im Rahmen dieser Organisation eingegangenen Verpflichtungen errichtet wurde. Ebenso liegt es in unserer Verantwortung, mit Zuversicht und in gegenseitigem Respekt den Zusammenbruch der OSZE als konsensbasierter Organisation für kooperative Sicherheit, fest gegründet auf das Fundament des Dekalogs von Helsinki, zu verhindern. Was heute auf dem Spiel steht, ist mehr als nur die Funktions- und Leistungsfähigkeit der OSZE. Vielmehr geht es darum, den bleibenden Wert der OSZE als Forum für Dialog, Transparenz und Vertrauensbildung mit einem ganz eigenen Instrumentarium zur Konfliktbewältigung zu bewahren. Wir sollten nicht zulassen, dass die Integrität der Institutionen, die Arbeit der Feldmissionen und die finanzielle Stabilität der Organisation Meinungsverschiedenheiten zum Opfer fallen und im Zuge politischer Manöver in Geiselnhaft genommen werden.

In diesem Sinne begrüßen wir die Einigung über die Bestellung der vier Spitzenpositionen und beglückwünschen den Amtierenden Vorsitzenden zu diesem Erfolg. Wir hoffen, dass guter Wille und politischer Mut auch bei der Lösung der Fragen rund um die Entscheidung über den Vorsitz 2026 und den Vorsitz 2027 und bei der Verabschiedung des Gesamthaushaltsplans die Oberhand behalten werden. Wir unterstützen Zypern nachdrücklich in seiner Bereitschaft, den OSZE-Vorsitz 2027 zu übernehmen.

Abschließend möchte ich dem maltesischen OSZE-Vorsitz für seine Gastfreundschaft danken und ihm meine Anerkennung für die Führung der Organisation in schwierigen und äußerst herausfordernden Zeiten zollen.

Ich wünsche Finnland als designiertem Vorsitz Durchhaltevermögen und Erfolg und versichere es der vollen Unterstützung Bulgariens bei seinen Bemühungen, die Organisation durch ein von einem symbolträchtigen Jubiläum geprägtes Jahr zu steuern.

Danke.

ERKLÄRUNG DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION

(Anhang 3 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Die Delegation Ungarns übergab als EU-Vorsitzland das Wort an den Vertreter der Europäischen Union, der folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union dankt dem maltesischen Vorsitzenden, dem stellvertretenden Premierminister Ian Borg, aufrichtig für seine Gastfreundschaft und die Führungsstärke, die er in diesem besonders schwierigen Jahr bewiesen hat. Der derzeitige rechtswidrige, durch nichts provozierte und ungerechtfertigte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Belastbarkeit und Funktionsfähigkeit der Organisation auf die Probe gestellt. Wir sprechen auch Botschafterin Natasha Meli Daudey und ihrem engagierten Team in Wien unsere Anerkennung für ihre unermüdlichen Bemühungen aus, insbesondere bei der Konsensfindung in kritischen Fragen wie der Besetzung der vier Spitzenpositionen, den künftigen Vorsitzen und dem Gesamthaushalt.

Wir begrüßen den neu ernannten Generalsekretär und die Leiterin und die Leiter der drei autonomen Institutionen und unterstreichen die gemeinsame Verantwortung aller Teilnehmerstaaten für die Aufrechterhaltung der Wirksamkeit der OSZE in allen drei Dimensionen der Sicherheit, die fest in unseren gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen verankert sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind angemessene finanzielle Mittel erforderlich. Wir bedauern, dass kein Beschluss über den Gesamthaushalt 2024 verabschiedet werden konnte, obwohl sich der maltesische Vorsitz bis zuletzt mit ungeheurem Einsatz darum bemüht hatte.

Das dritte Jahr in Folge ist Russland auch diesmal mit seinen Versuchen gescheitert, dieses Forum dazu zu missbrauchen, seinen Angriffskrieg zu legitimieren oder von seiner Verantwortung dafür abzulenken. Den haltlosen Behauptungen und falschen Anschuldigungen wurde mit allgemeiner und entschiedener Verurteilung begegnet. Der barbarische Krieg Russlands stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, einschließlich der VN-Charta, und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen dar. Dieser Krieg ist die größte Bedrohung für die europäische Sicherheit. Die überwältigende Unterstützung der Teilnehmerstaaten für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unterstreicht den unverbrüchlichen und nicht verhandelbaren Charakter dieser Grundprinzipien.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind weiterhin fest entschlossen, die Ukraine und ihre Bevölkerung zu unterstützen. Alle diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für die im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg begangenen Verbrechen, einschließlich des Verbrechens der Aggression selbst, verantwortlich sind, hat für sie oberste Priorität. Wir betonen auch die Bedeutung der Diskussionen, die während der von der Europäischen Union unterstützten Nebenveranstaltung „In Russia’s Captivity: Way to Freedom“ geführt wurden. Wir werden weiterhin die unverzügliche Freilassung aller von Russland unrechtmäßig festgehaltenen Personen, einschließlich der drei OSZE-Personalangehörigen, einfordern. Russland muss seinen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechtsnormen in vollem Umfang nachkommen und eine menschenwürdige Behandlung aller ukrainischen Gefangenen gewährleisten.

Wir erinnern an das Engagement der Europäischen Union für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan und die Unterzeichnung eines Friedensabkommens.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Erhaltung und Stärkung der Instrumente und Mechanismen der OSZE in allen drei Dimensionen der Sicherheit auf dem Fundament unserer gemeinsamen Prinzipien. Wir freuen uns darauf, Finnland im Zuge der Übernahme des Vorsitzes und der Führung der Organisation dabei zu unterstützen, sich der gegenwärtigen beispiellosen Herausforderungen für die Sicherheit in Europa anzunehmen.

Abschließend sei festgehalten, dass die Krise, mit der wir konfrontiert sind, weder auf eine Schwachstelle in den Regeln und Grundsätzen der europäischen Sicherheitsordnung noch auf ein Versagen der OSZE selbst zurückgeht. Sie ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass sich ein Teilnehmerstaat mit aktiver Unterstützung eines anderen nicht an diese vereinbarten Prinzipien hält. Wir fordern Russland auf, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich zu beenden und seine Streitkräfte vollständig und bedingungslos aus dem international anerkannten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen. Ein gemeinsamer und unteilbarer Sicherheitsraum kann nur dann geschaffen werden, wenn alle Teilnehmerstaaten die universellen Werte, Prinzipien und Regeln hochhalten, denen sie sich verschrieben haben.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung des Ministerrates.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

(Anhang 4 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Herr Vorsitzender,

zusätzlich zu den Erklärungen, denen sich Kanada angeschlossen hat, möchte ich noch einige Bemerkungen im Namen meines eigenen Landes anbringen.

Zunächst möchte ich Malta, insbesondere dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und der maltesischen OSZE-Delegation, für ihre herzliche Gastfreundschaft während dieses Ministerrats und der verschiedenen Treffen, die im vergangenen Jahr in ihrem schönen Land stattfanden, danken.

Ich möchte auch dem Personal der OSZE meine Anerkennung für den Einfallsreichtum, die Entschlossenheit und die Belastbarkeit aussprechen, die es bei der Erfüllung des Mandats der Organisation trotz der herausfordernden Umstände an den Tag gelegt hat.

Die OSZE verfügt über ein solides Instrumentarium zur Konfliktverhütung und zur Stärkung der Sicherheit.

Die Fragestellungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, sind nicht auf die Unzulänglichkeiten der OSZE zurückzuführen, sondern auf die unverfrorene Weigerung einiger Staaten, sich an die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und ihre OSZE-Verpflichtungen im Allgemeinen zu halten, wobei das Vorgehen Russlands in der Ukraine hier das ungeheuerlichste Beispiel ist.

Um alle OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu unterstützen, müssen das Sekretariat, die Feldmissionen und die autonomen Institutionen – das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Beauftragte für Medienfreiheit und der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten – die Möglichkeit haben, ihre Mandate zu erfüllen.

Es sollte nicht möglich sein, dass ein einzelner Teilnehmerstaat einseitig den Haushaltsplan der OSZE oder andere wichtige Beschlüsse blockiert und damit die OSZE, ihre autonomen Institutionen und ihre Feldmissionen schwächt.

Wir bedauern, dass das Konsensprinzip weiterhin missbraucht wird.

Herr Vorsitzender,

mit seiner groß angelegten Invasion in die Ukraine hat Russland seine Abkehr von der VN-Charta und von den OSZE-Verpflichtungen unter Beweis gestellt. Seine Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die Gräueltaten in den besetzten Gebieten zeugen von einer eklatanten Missachtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, und mit seinen Eskalationsdrohungen tritt es seine Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki mit Füßen.

Kanada steht bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie an der Seite der Ukraine. Wir bedauern, dass Belarus sich im Hinblick auf Russlands Vorgehen und bei der Schwächung der OSZE von innen zum Mittäter gemacht hat.

Die OSZE, die in einem Zeitalter der Spaltung gegründet wurde, bleibt eine wichtige Plattform für die Suche nach einer gemeinsamen Basis und die Wiederherstellung der Sicherheit im euroatlantischen Raum.

Wir freuen uns darauf, Finnland als Vorsitz im Jahr 2025 zu unterstützen. Wir sind zuversichtlich, dass Finnland die Organisation integer führen und die grundlegenden Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE hochhalten und verteidigen wird.

Wir begrüßen das Angebot Zyperns, im Jahr 2027 den Vorsitz der Organisation zu übernehmen.

Kanada dankt Ihnen, Herr Vorsitzender, für die Standhaftigkeit und Prinzipientreue, die Sie bei der Führung der Organisation unter Beweis gestellt haben, und für die vorbildliche Arbeit Ihres Teams.

Danke.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

(Anhang 5 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Bei diesem Ministerratstreffen ist zu Recht die Achtung der grundlegenden Prinzipien dieser Organisation im Mittelpunkt gestanden – also genau derjenigen Prinzipien, die Russland mit seinem rechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine schamlos und gröblich missachtet. Wie schon seit Beginn von Russlands Krieg hat sich auch auf diesem Ministerrat ein Redner nach dem anderen der Ukraine zur Seite gestellt, um die fundamentalen Prinzipien der OSZE zu verteidigen und sich Russlands Aggression entgegenzustellen. Einer nach dem anderen hat die Versuche Russlands verurteilt und zurückgewiesen, die Arbeit dieser Organisation zu behindern, um sich der Verantwortung für seine böswilligen Handlungen zu entziehen, mit denen der Kreml seine territorialen Ambitionen und seine Pläne zur Übernahme der Kontrolle über seine souveränen Nachbarn verfolgt.

Dem Amtierenden Vorsitzenden Borg und seinem fantastischen Team unter der Leitung von Botschafterin Meli Daudey möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, dass sie 2024 die Aufgaben des Vorsitzes wahrgenommen haben. Ihre prinzipientreue Führung hat dafür gesorgt, dass die Organisation ihre Aufmerksamkeit weiterhin auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine richtete, aber zugleich die wichtige Arbeit der OSZE in der gesamten Region in allen drei Dimensionen vorangetrieben hat. Sie haben sich viel vorgenommen, und trotz der einen oder anderen Enttäuschung hat Malta mit seinen Erfolgen dieser Organisation einen großen Dienst erwiesen.

Zunächst einmal möchte ich Sie dazu beglückwünschen, dass Sie einen Konsens über die Besetzung der vier Spitzenpositionen herbeiführen konnten. Wir haben nun ein Führungsquartett, das für drei Jahre bestellt wurde. Was die künftigen Vorsitze betrifft, bleibt noch einiges zu tun. Wir hoffen, dass bald Bewegung in die Frage des Vorsitzes für das Jahr 2026 kommt, und wir begrüßen die Bewerbung Zyperns um den Vorsitz der OSZE im Jahr 2027 und unterstützen sie uneingeschränkt.

Herr Vorsitzender, es ist zutiefst bedauerlich, dass seit 2021 kein Gesamthaushaltsplan zustande gekommen ist und sich die OSZE – insbesondere die Feldmissionen – dadurch gezwungen sieht, ohne eine vorhersehbare Ressourcenausstattung, wie sie für eine wirksame Planung nötig wäre, den täglichen Betrieb aufrechtzuerhalten und auf dringende Bedürfnisse zu reagieren. Wir fordern alle Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, nach Treu und Glauben über den vom finnischen Vorsitz vorgeschlagenen Gesamthaushaltsplan 2025 zu verhandeln – und, wie andere bereits angemerkt haben, könnte auch für 2024 noch eine Chance auf eine Lösung bestehen. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge hat leider der Mangel an gutem Willen seitens eines einzelnen Teilnehmerstaats verhindert, dass in Malta eine Einigung erzielt werden konnte, und dazu beigetragen, dass die Organisation in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt ist.

Finnland genießt die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten im Hinblick auf seinen künftigen Vorsitz, der, so sind wir überzeugt, im Lichte des fünfzigjährigen Jubiläums der Schlussakte von Helsinki von zukunftsweisender Bedeutung sein wird. Wir sind uns gewiss, dass Sie diese Organisation voranbringen werden, im Vertrauen auf die fortdauernde Relevanz ihrer Gründungsprinzipien als Leitstern unseres Handelns bei der Bewältigung gegenwärtiger Herausforderungen in allen drei Dimensionen ebenso wie der neuen Herausforderungen, die die Zukunft zweifellos für uns bereithält.

Herr Vorsitzender, immer wieder in den fünfzig Jahren des Bestehens der Schlussakte von Helsinki haben mein Land und andere Teilnehmerstaaten gemeinsam ihre Kräfte zur Verteidigung ihrer grundlegenden Prinzipien mobilisiert, wenn diese unter Beschuss waren. Dank unserer kollektiven Entschlossenheit zur Verteidigung der Prinzipien von Helsinki hat die OSZE deutlich an politischem und moralischem Gewicht gewonnen, so dass sie, als sich historische Chancen eröffneten, den Wandel in friedliche Bahnen lenken konnte.

Noch nie wurde die OSZE so dringend gebraucht wie heute. Wir benötigen ihre Kapazitäten, ihre Flexibilität, ihre Funktion als Dialogplattform und ihre Glaubwürdigkeit im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Staaten und der Zivilgesellschaft von Nordamerika über Europa bis nach Zentralasien, um Frieden zu schaffen, Rahmenbedingungen für Wohlstand zu schaffen, die demokratische Regierungsführung voranzubringen und die Achtung der Menschenrechte zu fördern. Gemeinsam müssen wir die Widerstandsfähigkeit dieser einzigartigen Organisation stärken, damit sie die Arbeit fortsetzen kann, zu der keine andere internationale Organisation in der Lage ist.

Mit Blick auf die Zukunft sollten wir unseren Fokus auf die politisch-militärische sowie die Wirtschafts- und Umweltdimension und auf Fragen wie Grenzsicherheit und grenzüberschreitende Bedrohungen sowie hybride Besorgnisse verstärken.

Wir sollten auch künftig alle bestrebt sein, unsere Hilfe für die Ukraine aufrechtzuerhalten. Die OSZE und ihr Unterstützungsprogramm für die Ukraine können eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der durch Russlands Krieg verursachten Probleme und bei der Förderung von Reformen spielen, die der Ukraine auf ihrem selbstgewählten demokratischen und auf die Integration in die euroatlantische Gemeinschaft ausgerichteten Weg helfen. Neben den Übergriffen und Gräueltaten Russlands gegen die ukrainische Bevölkerung müssen wir uns auch weiterhin mit den Herausforderungen für die Demokratie und die Menschenrechte in anderen Teilen des OSZE-Raums befassen, etwa mit der zunehmenden Ausbreitung undemokratischer Gesetze zur Gängelung der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Medien oder mit der anhaltenden ungerechtfertigten Inhaftierung von Personen in mehreren Ländern, nur weil sie, wie es in der Schlussakte von Helsinki heißt, „ihre Rechte kennen und ausüben“.

Die Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan bedeuten, dass ein friedlicher und prosperierender Südkaukasus heute mehr denn je in greifbare Nähe gerückt ist. Die OSZE muss bereit sein, in gutem Glauben unternommene, von den Teilnehmerstaaten ausgehende Anstrengungen zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens in der Region zu unterstützen. Wir ermutigen die Parteien, diese historische Gelegenheit zu nutzen und nicht zuzulassen, dass Meinungsverschiedenheiten, die nicht in den Geltungsbereich einer entsprechenden Vereinbarung fallen, diese Entwicklung in Richtung Frieden verlangsamen. Die beste Garantie für die Zukunft der Region ist ein verbindliches Friedensabkommen; ein solches sollte daher so bald wie möglich unterzeichnet werden.

Wir sehen neue Möglichkeiten für eine stärkere Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten, insbesondere hinsichtlich der Prioritäten in der zweiten Dimension wie etwa der Wassersicherheit.

Das fünfzigjährige Jubiläum der Schlussakte von Helsinki ist eine Gelegenheit, die Sichtbarkeit der OSZE-Feldmissionen zu stärken. Jeden Tag trägt die Arbeit der Missionen zum Abbau von Spannungen, zur Verbesserung der Regierungsführung und zur Förderung

der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei. Sie müssen mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden.

Wir können die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der OSZE einschließlich jener im indopazifischen Raum vertiefen. Wie die wachsende Abhängigkeit Russlands von der Demokratischen Volksrepublik Korea gezeigt hat, wirken sich die Entwicklungen im indopazifischen Raum unmittelbar auf den OSZE-Raum aus – und vice versa. Die Kooperationspartnerschaften der OSZE werden für die Bewältigung dieser und anderer gemeinsamer und wechselseitig miteinander verknüpfter Sicherheitsherausforderungen von entscheidender Bedeutung sein.

Auch werden wir weiterhin der essenziellen Rolle und dem wesentlichen Beitrag der Zivilgesellschaft zur Förderung der Umsetzung des reichhaltigen Bestandes an Verpflichtungen, die alle Teilnehmerstaaten eingegangen sind, hohen Wert beimessen. Wir begrüßen die Empfehlungen, die auf der Parallelveranstaltung der Zivilgesellschaft Anfang dieser Woche vorgelegt wurden. Wir freuen uns darauf, Möglichkeiten im Sinne einer noch stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft in die OSZE zu erörtern.

Die Vereinigten Staaten bekennen sich weiterhin zur OSZE und zur Verwirklichung unseres gemeinsamen Ziels einer sicheren, friedlichen und prosperierenden Region, in der die Menschenrechte und die Würde aller Menschen geachtet werden. Wir sind bereit und willens, mit allen zusammenzuarbeiten, die dieses Ziel teilen. Lassen Sie uns alle diese Organisation und den designierten finnischen Vorsitz unterstützen, auf dass der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki sowohl unserer Innovationskraft als auch unserer Freiheitsliebe ein würdiges Denkmal setzen möge.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DEUTSCHLAND,
ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH, GEORGIEN,
GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA,
KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN,
LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO, MONTENEGRO, DEN
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN,
ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SAN MARINO,
SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN,
SPANIEN, TSCHECHIEN, DER UKRAINE, UNGARN, DEM
VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA UND ZYPERN)**

(Anhang 6 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der folgenden 44 Teilnehmerstaaten abzugeben: Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, EU und ihre Mitgliedstaaten, Georgien, Island, Kanada, Liechtenstein, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino, Schweiz, Ukraine, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika; sowie im Namen meines eigenen Landes Dänemark.

Herr Vorsitzender,

durch den fünfundsiebzigsten Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Dezember 2023 und den fünfundsiebzigsten Jahrestag der Genfer Konventionen, den wir dieses Jahr begehen, wurden und werden wir daran erinnert, wie sich die Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam auf die Schaffung eines Rahmens verständigten, der künftig für Frieden und Sicherheit sorgen sollte, damit sich die Schrecken dieses Krieges niemals wiederholen. Diese zukunftsweisenden Dokumente unterstrichen die Notwendigkeit, die angeborene Würde und die Rechte aller Menschen zu schützen, sowohl im Frieden als auch im Krieg.

In den darauffolgenden Jahrzehnten konnten wir Fortschritte bei der Stärkung menschenrechtlicher Schutzmechanismen verbuchen. In der Schlussakte von Helsinki von 1975 anerkannten wir darüber hinaus, dass die Gewährleistung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zwingende Voraussetzung für langfristige Sicherheit und dauerhaften Frieden zwischen und innerhalb von Staaten ist.

Der umfassende Sicherheitsansatz der OSZE, in dessen Mittelpunkt Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen, ist unsere gemeinsame Verpflichtung. Und doch haben in den letzten Jahren die Handlungen der Regierungen einiger Teilnehmerstaaten – ob gegen andere Teilnehmerstaaten oder gegen die eigene Bevölkerung gerichtet – diese hart erkämpften Errungenschaften infrage gestellt und damit genau die Fortschritte unterminiert, in die wir alle gemeinsam so lange viel Arbeit gesteckt haben.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, mitgetragen vom Lukaschenko-Regime in Belarus sowie von anderen Drittstaaten, liefert nach wie vor das krasseste Beispiel dafür

und gemahnt uns alle daran, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten als Erstes ins Visier jedes Aggressors geraten. Wir sind zutiefst besorgt über die Ergebnisse des Berichts nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE aus dem Jahre 2024, der sich mit dem willkürlichen Freiheitsentzug an ukrainischen Zivilpersonen durch die Russische Föderation befasste. Der Bericht ging detailliert auf mutmaßliche „weit verbreitete und systematische“ Verstöße seitens der russischen Behörden ein und kam zu dem Schluss, es bestünden hinreichende Gründe für die Annahme, dass Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden seien. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zur Ukraine ist ebenfalls zu dem Schluss gekommen, dass sie über ausreichende Beweise verfüge, um feststellen zu können, dass die russischen Behörden im Rahmen einer koordinierten, staatlich vorgegebenen Strategie vorgegangen seien und dieser entsprechend Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von Folter begangen hätten. Diese Berichte sind ein weiterer unter den immer zahlreicheren Beweisen für die systematische Missachtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch Russland.

Wir sind auch weiterhin zutiefst besorgt über die Operationen des Kremls zur gewaltsamen Überführung ukrainischer Kinder aus russisch besetzten Teilen der Ukraine und/oder zu deren Verschleppung nach Russland. Kinder wurden einer prorussischen Indoktrination unterzogen und in manchen Fällen von russischen Familien adoptiert. Der Expertenbericht nach dem Moskauer Mechanismus vom Mai 2023 kam zu dem Schluss, dass diese Praxis ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnte.

Wir verurteilen alle Menschenrechtsverletzungen und -verstöße und die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht auf das Schärfste. Alle mutmaßlichen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, alle Kriegsverbrechen und alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen ordnungsgemäß und gründlich untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, auch für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine. Alle zivilen Gefangenen müssen unverzüglich freigelassen und alle zwangsweise überführten oder verschleppten Kinder auf sicherem Wege zurück in die Ukraine oder, unter Berücksichtigung des Kindeswohls, an einen Drittort gebracht werden.

Wir sind auch besorgt darüber, dass sich die Menschenrechtslage in Russland weiter verschlechtert hat – entgegen den Empfehlungen im Bericht nach dem Moskauer Mechanismus aus dem Jahre 2022, der den Zusammenhang zwischen der Repression in Russland selbst und den von ihm ausgehenden Bedrohungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit deutlich aufgezeigt hatte.

In Belarus wiederum werden, auch wenn die Freilassung einiger politischer Gefangener zur Kenntnis zu nehmen ist, diejenigen, die sich für einen friedlichen demokratischen Wandel einsetzen, weiterhin brutal unterdrückt, wobei die Zahl der politischen Gefangenen auf fast 1 300 geschätzt wird und glaubwürdige Berichte über die in großem Maßstab erfolgte Anwendung von Folter und sonstiger Misshandlung einschließlich Isolationshaft vorliegen.

Herr Vorsitzender,

die Fundamente von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind im gesamten OSZE-Raum unter Druck. Ein alarmierender Anstieg der Gewalt gegen Personen aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung sowie Intoleranz und Diskriminierung im Allgemeinen,

einschließlich Antisemitismus und islamfeindlichem Fanatismus, schränken die volle und gleichberechtigte Mitwirkung und Sicherheit aller Menschen in unseren Gesellschaften ein.

Die Zivilgesellschaft ist ein unabdingbarer Teil des Gewissens unserer Länder und ein wichtiger Partner bei der Förderung der Werte und der Arbeit dieser Organisation. Es erfüllt uns daher mit großem Bedauern, beobachten zu müssen, wie der Raum für die Zivilgesellschaft in vielen OSZE-Teilnehmerstaaten immer enger wird, etwa durch Gesetze über sogenannte „ausländische Agenten“ oder „Souveränitätsverteidigungsmaßnahmen“. Abgesehen von Russland und Belarus gehen auch die Behörden einer Reihe von weiteren Teilnehmerstaaten mit Drohungen und willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, politische Gegnerinnen und Gegner sowie Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende vor. Wir zollen den Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen unseren Respekt, die sich unermüdlich und oft unter Inkaufnahme größter persönlicher Gefahren im Hinblick auf ihre Existenzgrundlage oder gar für Leib und Leben für unser gemeinsames Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Grundfreiheiten einsetzen.

In diesem Sinne messen wir dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension als wichtiger Plattform, in deren Rahmen die Teilnehmerstaaten und die Zivilgesellschaft die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension bewerten und Verbesserungsmöglichkeiten erörtern können, größte Bedeutung bei. Auch wenn sich die Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension als wertvolle Alternative etabliert hat, ist die fortgesetzte Vereitelung des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension nicht hinnehmbar. Wir unterstreichen, dass seine mandatsgemäße Abhaltung im kommenden Jahr unabdingbar ist, und wir werden den Vorsitz 2025 bei den entsprechenden Bemühungen unterstützen. Darüber hinaus sprechen wir den autonomen Institutionen der OSZE unsere Anerkennung für ihre entscheidende Rolle bei der Förderung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension durch die Teilnehmerstaaten aus. Ihre Autonomie und ihr Engagement sind unerlässlich für die Förderung der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

Dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten wesentliche Voraussetzung für umfassende Sicherheit ist, ist im Dekalog der Schlussakte von Helsinki verankert. Wir werden weiter unsere Stimme erheben, wenn demokratische Grundsätze, Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt oder missachtet werden. Egal, ob es um Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende geht, die für ihre mutige Arbeit Repressalien einschließlich Haft ausgesetzt sind, oder um das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Frauen und Mädchen in den vollen Genuss der Menschenrechte kommen und die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird. Wir werden auf die Freilassung aller Menschen drängen, die willkürlich festgehalten oder inhaftiert sind, weil sie ihre Menschenrechte kennen und wahrnehmen. Wir werden weiterhin die Beseitigung von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe und sonstiger Misshandlung einfordern. Wir werden weiterhin freie und faire Wahlen unterstützen. Wir werden Toleranz und Nichtdiskriminierung fördern und Hassverbrechen, einschließlich Hassverbrechen im Internet, verurteilen, untersuchen und verfolgen. Wir werden weiterhin verlangen, dass die Verantwortlichen für die begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir werden Stereotypen und Vorurteile hinterfragen, Mythen und Desinformation mit Fakten bekämpfen und eine Welt fördern, in der niemand zurückgelassen oder dafür angegriffen wird, wer er

oder sie ist, wen er oder sie liebt, wie er oder sie aussieht oder was er oder sie sagt, glaubt oder nicht glaubt.

Alle Teilnehmerstaaten haben kategorisch erklärt, dass die Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten sind und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates selbst. Wir werden uns weiterhin für die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen einsetzen.

Abschließend danken wir dem OSZE-Vorsitz und dem Vorsitz des Ausschusses für die menschliche Dimension sowie den autonomen Institutionen für ihre unermüdliche Arbeit zur Stärkung der menschlichen Dimension in diesen herausfordernden Zeiten.

Danke.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION
(AUCH IM NAMEN VON BELARUS, KASACHSTAN, KIRGISISTAN,
TADSCHIKISTAN UND USBEKISTAN)
(Anhang 7 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Wir, eine Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten,

sind zutiefst besorgt über die wachsende Bedrohung durch den Terrorismus und sind uns bewusst, dass es eine Reihe interner und externer Faktoren gibt, die zum schwerwiegenden Problem der Radikalisierung beitragen, die zu Gewalt führt und die Beteiligung an terroristischen und extremistischen Aktivitäten fördert;

sprechen den Familien der Opfer sowie den Völkern und Regierungen, die von terroristischen Handlungen im OSZE-Raum und darüber hinaus betroffen sind, unser tief empfundenes Beileid aus;

verurteilen den Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen unmissverständlich und anerkennen, dass terroristische Handlungen ungeachtet ihrer Beweggründe, gleichviel wann und von wem sie begangen werden, verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind;

bringen unsere große Bestürzung über die wachsende Zahl terroristischer und anderer extremistischer Handlungen zum Ausdruck, die eine Bedrohung für die Gesellschaft und den Staat darstellen und unter dem Einfluss radikaler Ideen begangen werden, unter anderem aus Gründen der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und anderer Formen der Intoleranz oder im Namen der Religion oder der Weltanschauung, und betonen dabei, dass Terrorismus und Extremismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität, Zivilisation oder ethnischen Gruppe in Verbindung gebracht werden können und sollen;

lehnen Doppelmoral im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus sowie Versuche, terroristische und extremistische Gruppen für eigennützige Zwecke zu benutzen, ab;

bekräftigen unsere unerschütterliche Entschlossenheit, im internationalen Kampf gegen den Terrorismus geschlossen zu bleiben und zusammenzuarbeiten, um terroristische Handlungen zu verhüten und zu unterbinden und auch die Bedingungen zu beseitigen, die die Ausbreitung von Terrorismus und Extremismus begünstigen, indem wir die Zusammenarbeit verstärken, die zentrale und koordinierende Rolle der Vereinten Nationen in vollem Umfang achten, die maßgeblichen völkerrechtlichen Verpflichtungen einschließlich der Charta der Vereinten Nationen und der einschlägigen internationalen Übereinkommen und Protokolle einhalten, die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durchführen und die Globale Strategie der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung in ausgewogener Weise umsetzen;

anerkennen, dass die Staaten eine führende Rolle bei der Bekämpfung terroristischer und extremistischer Bedrohungen spielen sollten, und betonen in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die regionale und internationale Zusammenarbeit auszubauen, um die diesbezüglichen Kapazitäten der staatlichen Institutionen zu stärken, wobei wir anerkennen, dass dabei in erster Linie die Erfahrungen und Prioritäten der Staaten und der nationale Kontext

im Hinblick auf die verschiedenen rechtlichen, politischen, sozioökonomischen, kulturellen, religiösen und sonstigen örtlichen Besonderheiten berücksichtigt werden sollten;

halten es für notwendig, die individuellen und kollektiven Anstrengungen der Staaten zu verstärken, um der Radikalisierung entgegenzuwirken, die zu Terrorismus und Extremismus führt und durch terroristisches Gedankengut und andere radikale Ideologien motiviert ist, einschließlich religiöser Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, aggressiven Nationalismus und ethnischer und rassistischer Diskriminierung, die die Aufstachelung zum Terrorismus und die Anwerbung für terroristische Aktivitäten fördern;

fordern außerdem die Umsetzung umfassender Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und anderer Formen der Unterstützung terroristischer Aktivitäten, unter anderem durch die Unterbindung der Anwerbung, des Waffennachschubs und der grenzüberschreitenden Bewegung von Terroristen;

sind der Ansicht, dass es notwendig ist, fortschrittliche Methoden und Instrumente zur Terrorismusbekämpfung weiter zu verbessern, insbesondere um die Versuche von Terroristinnen und Terroristen und Extremistinnen und Extremisten zu unterbinden, moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, einschließlich des Internets, zur Verbreitung ihrer radikalen Ideologie und Praktiken zu nutzen;

betonen, wie wichtig es ist, die Ursachen und Bedingungen für das Entstehen und die Ausbreitung von Radikalismus, vor allem unter jungen Menschen, zu beseitigen, das Bildungssystem, die Medien, die Zivilgesellschaft, die religiösen Führer, die akademischen Strukturen und die Wirtschaft in die verschiedenen Präventionsmaßnahmen und Aufklärungsbemühungen der Staaten einzubeziehen, um das Bewusstsein für die Gefahr der Ideologien und Aktivitäten terroristischer und extremistischer Organisationen zu schärfen, und die Grundsätze der Toleranz, des sozialen Zusammenhalts und der Achtung der ethnischen, religiösen und kulturellen Vielfalt zu fördern;

nehmen die besondere Bedeutung der Bemühungen um die Deradikalisierung und soziale Wiedereingliederung von Personen zur Kenntnis, die unter dem Einfluss einer radikalen Ideologie standen, einschließlich derjenigen, die zuvor in die illegalen Aktivitäten terroristischer und extremistischer Organisationen verwickelt waren, derjenigen, die sich wegen der Begehung extremistischer oder terroristischer Straftaten in Haftanstalten befinden, und derjenigen, die ihre Strafe für die Beteiligung an Terrorismus und Extremismus verbüßt haben, einschließlich der sogenannten ausländischen terroristischen Kämpfer;

fordern die Durchführungsorgane der OSZE auf, im Rahmen ihrer bestehenden Mandate die Entwicklung der Zusammenarbeit durch einen alle einbeziehenden regionalen Dialog über die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus unter Einbeziehung aller Teilnehmerstaaten und interessierten Kooperationspartner aktiv zu fördern, indem sie zum Austausch nationaler Erfahrungen und vorbildlicher Verfahren in diesem Bereich ermutigen, und die Teilnehmerstaaten (erforderlichenfalls und auf deren Ersuchen) bei der Umsetzung ihrer einschlägigen internationalen Verpflichtungen zu unterstützen, wobei sie auch ihre nationalen Prioritäten und rechtlichen, politischen, sozioökonomischen, kulturellen, religiösen und sonstigen örtlichen Besonderheiten berücksichtigen;

fordern alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung terroristischer und extremistischer Bedrohungen auf der Grundlage der einschlägigen

kollektiven Verpflichtungen, einschließlich der im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen, zu erörtern und gegebenenfalls zu entwickeln.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ministerrats beizufügen.

Danke.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KASACHSTANS
(AUCH IM NAMEN VON ASERBAIDSCHAN, BELARUS,
KIRGISISTAN, DER RUSSISCHEN FÖDERATION, TADSCHIKISTAN,
UNGARN UND USBEKISTAN)**

(Anhang 8 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Wir, eine Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten,

bekräftigen unser Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion, wie in der Schlussakte von Helsinki von 1975 und in den einschlägigen OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Toleranz und Nichtdiskriminierung festgeschrieben;

verurteilen nachdrücklich alle Formen von Diskriminierung, Gewalt oder terroristischen Handlungen gegen Christinnen und Christen, Musliminnen und Muslime und Angehörige anderer Religionen, weisen darauf hin, dass Terrorakte, die von Einzelpersonen oder Gruppen begangen werden, die sich mit einer bestimmten Religion oder Weltanschauung identifizieren, niemals Intoleranz gegenüber Menschen aufgrund von deren Religion rechtfertigen können, und lehnen die Gleichsetzung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus mit irgendeiner Religion kategorisch ab;

bringen unsere tiefe Besorgnis über die zunehmende Zahl von Vorfällen im OSZE-Raum und in benachbarten Regionen zum Ausdruck, die sich gegen Christinnen und Christen und Musliminnen und Muslime richten, darunter Akte der Intoleranz und der Diskriminierung, vorurteilsgetriebene Handlungen, Gewalttaten und Hassverbrechen, die eine Herausforderung für die Stabilität und Sicherheit und für die Existenz christlicher und muslimischer Gemeinschaften und deren heilige Stätten und Gotteshäuser darstellen;

äußern außerdem tiefe Besorgnis über die anhaltenden Akte der Intoleranz, der Gewalt und des Terrorismus gegen Menschen aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung, auch wenn sie sich gegen Angehörige anderer Religionen richten;

gedenken des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der Erklärung über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus (MC.DOC/8/14) auf dem Treffen des OSZE-Ministerrats in Basel im Jahr 2014 und betonen diesbezüglich die dringende Notwendigkeit, den darin enthaltenen vordringlichen Auftrag umzusetzen, Erklärungen zur Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christinnen und Christen, Musliminnen und Muslimen und Angehörigen anderer Religionen auszuarbeiten;

fordern die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihre Stimme gegen durch Hass motivierte Vorfälle und Verbrechen zu erheben, die sich aufgrund von deren Religion gegen Christinnen und Christen, Musliminnen und Muslime sowie Angehörige anderer Religionen richten, entsprechende Aufklärungsprogramme zu fördern und Maßnahmen zu ergreifen, um im OSZE-Raum wirksam gegen Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung vorzugehen, die sich gegen Christinnen und Christen, Musliminnen und Muslime sowie Angehörige anderer Religionen richten.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen
Schlussitzung des Ministerrats beifügen zu lassen.

Danke.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION VON BELARUS
(AUCH IM NAMEN VON KASACHSTAN, KIRGISISTAN, DER
RUSSISCHEN FÖDERATION, TADSCHIKISTAN UND USBEKISTAN)**

(Anhang 9 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Wir, eine Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten,

bringen unsere tiefe Überzeugung zum Ausdruck, dass das kulturelle Erbe eines jeden von uns einen unverzichtbaren Teil unserer Kultur, unseres kollektiven Gedächtnisses und unserer gemeinsamen Geschichte darstellt, den es zukünftigen Generationen weiterzugeben gilt;

bekräftigen die Bedeutung der vollständigen und dauerhaften Dokumentation von Stätten, Strukturen, Kulturlandschaften, Einzelobjekten und kulturellen Einheiten, einschließlich historischer, religiöser und kultureller Baudenkmale in ihrer bestehenden Form;

bringen tiefe Besorgnis zum Ausdruck über die zunehmende Zahl von gezielten Versuchen und Vorfällen im Zusammenhang mit der Schändung oder Zerstörung von Denkmälern, die zu Ehren derjenigen errichtet wurden, die während des Zweiten Weltkriegs gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben – eine Folge der Nichtumsetzung der einschlägigen OSZE-Verpflichtungen, einschließlich des Dokuments des Krakauer Symposiums über das kulturelle Erbe der KSZE-Teilnehmerstaaten von 1991, und eine Verletzung der einschlägigen bilateralen Abkommen –, und fordern nachdrücklich die Achtung von Gedenkstätten und Gräbern, unabhängig von ihrem Standort, den ungehinderten Zugang zu ihnen und die Verhinderung des Vandalismus und ihrer Zerstörung;

bringen unsere Besorgnis über die schändlichen Taten im Zusammenhang mit der Verherrlichung des Nazismus zum Ausdruck, einschließlich des Sprühens von Graffiti mit nazifreundlichem Inhalt, insbesondere an Denkmälern für die Opfer des Zweiten Weltkriegs;

begrüßen die Bemühungen der Teilnehmerstaaten, die historische Wahrheit zu bewahren, unter anderem durch die Errichtung und die Erhaltung von Denkmälern und Gedenkstätten für diejenigen, die in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition gekämpft haben;

fordern die OSZE-Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, auch im Bildungsbereich, um der Verzerrung der Geschichte und des Ausgangs des Zweiten Weltkriegs entgegenzuwirken und diese tragischen Kapitel der Geschichte, vor allem das Leid von Millionen von Menschen als Folge der Verbreitung der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus und Faschismus, korrekt wiederzugeben;

begrüßen in diesem Zusammenhang die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zum Schüren zeitgenössischer Formen des Rassismus, rassistischer Diskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen, die von der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zeugt, die tragischen Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und die Zukunft auf der Grundlage von einenden Prinzipien aufzubauen.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Schluss-sitzung des Ministerrats als Anhang beizufügen.

Danke.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SLOWAKEI
(AUCH IM NAMEN VON BULGARIEN, DÄNEMARK, ESTLAND,
FINNLAND, IRLAND, ISLAND, KANADA, LETTLAND, LITAUEN,
NORWEGEN, POLEN, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, TSCHECHIEN, DER
UKRAINE, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 10 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Diese Erklärung erfolgt im Namen von Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Island, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Tschechien, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Sechzehn Jahre nach dem militärischen Einmarsch der Russischen Föderation in Georgien sind wir nach wie vor tief besorgt über die anhaltende Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien und unterstreichen die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts unter voller Einhaltung des Völkerrechts und der internationalen Verpflichtungen einschließlich der VN-Charta und der Schlussakte von Helsinki.

Wir verurteilen die militärische Aggression Russlands gegen Georgien im Jahr 2008, die einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt, und bringen unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Georgien seit der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit Zielscheibe sowohl hybrider Taktiken als auch konventioneller Kriegsführung seitens Russlands ist. Wir verleihen unserer tiefen Besorgnis über die fortgesetzte rechtswidrige militärische Präsenz Russlands, seine militärischen Übungen und seine Luftraumverletzungen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien Ausdruck. Diesbezüglich sind wir höchst besorgt über die Schritte zur Einrichtung eines russischen Marinestützpunkts im Distrikt Otschamtschire in der besetzten Region Abchasien, die wir als weiteren provozierenden Versuch sehen, die ohnehin schon verheerende Lage vor Ort und in der Schwarzmeerregion insgesamt zu destabilisieren. Auch verurteilen wir erneut den fortgesetzten russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Wir sind erfreut über die Einhaltung der von der EU vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 durch Georgien. Wir fordern Russland auf, unverzüglich seiner eindeutigen Verpflichtung aus der Waffenstillstandsvereinbarung nachzukommen, seine Kräfte auf die Positionen vor Ausbruch des Konflikts zurückzuziehen, sowie seine Verpflichtungen einzuhalten, ungehinderten Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe zu gewähren und die Schaffung internationaler Sicherheitsregelungen vor Ort nicht zu behindern. Wir fordern Russland auf, seine Anerkennung der sogenannten Unabhängigkeit der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zurückzunehmen und dafür zu sorgen, dass alle Binnenvertriebenen und Flüchtlinge auf völkerrechtskonformer Weise in Sicherheit und Würde an ihre Heimstätten zurückkehren können.

Wir verurteilen die Schritte, die darauf abzielen, die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien in politischer, militärischer, sozialer, wirtschaftlicher, justizieller oder

sonstiger Hinsicht in Russland einzugliedern, einschließlich der Versuche, die sogenannten Integrations- und Bündnisverträge zwischen Russland und den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien umzusetzen, die einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht seitens der Russischen Föderation darstellen und im direkten Widerspruch zu den OSZE-Verpflichtungen stehen. Wir verurteilen ferner die Übergabe des Flughafens Sochumi zur Sanierung und Inbetriebnahme an Russland, die widerrechtliche Einrichtung von Wahllokalen für die russischen Präsidentschaftswahlen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien im März 2024 und die sogenannten Parlamentswahlen in der georgischen Region Südossetien ohne Zustimmung Georgiens im Juni 2024. Wir sind besorgt darüber, dass Russland die Arbeit der vor Ort tätigen internationalen Organisationen behindert und die Bemühungen um Vertrauensbildung beeinträchtigt. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seine Schritte zur Eingliederung der georgischen Regionen in seine eigenen staatlichen Strukturen rückgängig zu machen.

Wir sind besorgt über die fortgesetzte Diskriminierung von Georgierinnen und Georgiern in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Wir sind auch besorgt über Rechtsverletzungen einschließlich schwerwiegender Einschränkungen der Rechte in Bezug auf Freizügigkeit, Bildung, Aufenthalt und Eigentum, insbesondere im Zusammenhang mit der Zerstörung der Häuser von Binnenvertriebenen. Wir verurteilen die Einschränkung des Unterrichts in der georgischen Muttersprache und deren Ersetzung durch Russisch in Schulen und Kindergärten in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien. Wir verurteilen auch die Zerstörung und Veränderung georgischer Charakteristika an den georgischen Kulturdenkmälern in beiden besetzten Regionen.

Besonders besorgt sind wir über die fortgesetzte Errichtung von Stacheldrahtzäunen und anderen künstlichen Barrieren entlang der Verwaltungsgrenzen und die lange Schließung sogenannter Grenzübergänge, was schwerwiegende humanitäre Folgen für die örtliche Bevölkerung nach sich gezogen hat. Wir verurteilen auch die unerwartete Schließung sogenannter Grenzübergänge an Verwaltungsgrenzen in der Zeit rund um die georgischen Parlamentswahlen am 26. Oktober, wodurch georgische Bürgerinnen und Bürger an der Stimmabgabe gehindert und der Handel und die Bewegungsfreiheit der betroffenen Bevölkerung beeinträchtigt wurden. Die partielle und vorübergehende erneute Öffnung der sogenannten Grenzübergänge kann nicht als zufriedenstellend angesehen werden. Sämtliche sogenannten Grenzübergänge in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien müssen für alle georgischen Bürgerinnen und Bürger beiderseits der Verwaltungsgrenzen wieder geöffnet werden.

Die Isolation und die ständigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit haben die Lage vor Ort weiter destabilisiert und die Sicherheit, das Wohlergehen und die humanitäre Situation der Zivilbevölkerung in den vom Konflikt betroffenen Gebieten stark beeinträchtigt, indem ihnen der Zugang zu ihren Familien, zu ihrem Eigentum, zu ihren landwirtschaftlichen Nutzflächen, zu ihren religiösen Stätten und Friedhöfen sowie zu den staatlichen georgischen Renten und den Gesundheitsdienstleistungen und Bildungseinrichtungen, die in den von der georgischen Regierung kontrollierten Gebieten kostenlos zur Verfügung stehen, verwehrt wird. Dies schafft die Gefahr einer weiteren Entvölkerung beider Regionen.

Wir verurteilen die Tötung der georgischen Staatsbürger Dawit Bascharuli, Giga Otchosoria, Artschil Tatunaschwili, Tamas Ginturi und Witali Karbaia und bringen unsere Besorgnis über den Tod von Irakli Kwarazhelia zum Ausdruck, der rechtswidrig auf dem russischen Militärstützpunkt in der Region Abchasien festgehalten wurde. Wir fordern

Russland nachdrücklich auf, alle Hindernisse zu beseitigen, die der strafrechtlichen Verfolgung der Täterinnen oder Täter entgegenstehen. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere Unterstützung für die präventiven Schritte, mit denen Georgien der Straflosigkeit ein Ende setzen will, und nehmen Kenntnis von der von der georgischen Regierung angenommenen Otchosoria-Tatunaschwili-Liste.

Wir sind nach wie vor höchst besorgt über die anhaltenden willkürlichen Inhaftnahmen an den Verwaltungsgrenzen, von denen unter anderem besonders schutzbedürftige Gruppen und in einigen Fällen Menschen mit schweren gesundheitlichen Problemen betroffen sind. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irakli Bebuia, Kristine Takalandse, Giorgi Mosiaschwili und allen anderen willkürlich Inhaftierten.

Wir nehmen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom Januar 2021 im Fall betreffend den bewaffneten Konflikt zwischen der Russischen Föderation und Georgien im August 2008 und dessen Folgen zur Kenntnis, einschließlich der Feststellung, dass Russland seit Abschluss der Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 die effektive Kontrolle über die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien ausübe, dies auch durch seine militärische Präsenz. Der Gerichtshof urteilte außerdem, dass Russland unter Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention georgische Kriegsgefangene gefoltert habe, georgische Zivilpersonen willkürlich in Haft genommen und getötet habe, für deren unmenschliche und erniedrigende Behandlung verantwortlich sei und die Rückkehr ethnischer Georgierinnen und Georgier an ihre Heimstätten verhindert habe. Darüber hinaus fällte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 7. März 2023 ein weiteres Urteil in der Rechtssache „Mamasachlisi et al. gegen Georgien und Russland“, in dem er feststellte, dass die Russische Föderation schon vor ihrem Krieg gegen Georgien im August 2008 die effektive Kontrolle über die georgische Region Abchasien ausgeübt habe und die volle Verantwortung für in der besetzten Region begangene Menschenrechtsverletzungen trage. Wir erinnern an die Entscheidung des EGMR vom 28. April 2023, in der die Russische Föderation zur Zahlung von bis zu 130 Millionen Euro zugunsten der vom Konflikt betroffenen georgischen Bürgerinnen und Bürger verurteilt wurde. Wir nehmen die beiden Urteile des EGMR vom 19. Dezember 2023 zur Kenntnis, von denen das eine die Verantwortung Russlands für die Tötung des georgischen Staatsbürgers Giga Otchosoria und das andere die Verantwortung Russlands für die rechtswidrige Inhaftierung georgischer Staatsbürgerinnen und -bürger in der georgischen Region Abchasien feststellt. In seinem jüngsten Urteil vom 9. April 2024 erkannte der EGMR multiple Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, die auf die von der Russischen Föderation betriebene *Borderization* zurückzuführen seien. Wir fordern die Russische Föderation auf, diesen Urteilen in vollem Umfang nachzukommen und somit unter anderem den Binnenvertriebenen die Rückkehr an ihre Heimstätten in Sicherheit und Würde zu ermöglichen.

Wir weisen auch auf die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 2022 hin, mit der Haftbefehle wegen im Zuge von Russlands Einmarsch im Jahre 2008 an ethnisch georgischen Zivilistinnen und Zivilisten verübter Kriegsverbrechen ausgestellt wurden und in der die mutmaßliche Rolle eines mittlerweile verstorbenen russischen Militärs erwähnt wurde, die bei den Ermittlungen ans Licht gekommen war. Wir fordern Russland auf, mit dem IStGH zu kooperieren.

Wir unterstützen das wirksame Funktionieren der Genfer Internationalen Gespräche, des einzigen Verhandlungsformats zwischen Georgien und der Russischen Föderation, in dessen Rahmen die Umsetzung der von der EU vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 sowie die durch den Einmarsch Russlands in Georgien im August 2008

bedingten sicherheitspolitischen, menschenrechtlichen und humanitären Herausforderungen behandelt werden können. Wir unterstreichen die Notwendigkeit von Fortschritten in den Kernfragen der Gespräche, etwa zum Rückzug der russischen Truppen und der Schaffung internationaler Sicherheitsregelungen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien, wie in der Waffenstillstandsvereinbarung festgelegt, sowie bei der Sicherstellung der freiwilligen Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in Sicherheit und Würde im Einklang mit dem Völkerrecht. Wir bedauern, dass die Gesprächsrunden im Rahmen der Genfer Internationalen Gespräche beständig dadurch gestört werden, dass die aus Russland und von dessen De-facto-Behörden entsandten Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Tagesordnungspunkt betreffend die Binnenvertriebenen und Flüchtlinge den Raum verlassen. Wir unterstützen nachdrücklich die Anwendung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit bei den Genfer Internationalen Gesprächen als Beitrag zu einem inklusiven und nachhaltigen Frieden und zu inklusiver und nachhaltiger Sicherheit vor Ort.

Wir bekunden unsere Unterstützung für die Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) in Ergneti and Gali und betonen die wichtige Rolle, die sie bei der Verhinderung jeglicher Eskalation und für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort spielen können. Wir bringen unsere große Besorgnis über die langandauernde Aussetzung des IPRM in Gali zum Ausdruck und fordern nachdrücklich, dass er ohne weitere Verzögerung und ohne Vorbedingungen im Einklang mit den grundlegenden Regeln wieder in Gang gesetzt wird.

Wir bekräftigen unsere vorbehaltlose Unterstützung für die Beobachtermision der EU (EUMM) und fordern Russland auf, der EUMM die uneingeschränkte Umsetzung ihres Mandats zu ermöglichen, unter anderem indem es ihr Zugang auf beiden Seiten der Verwaltungsgrenzen gewährt. Wir verurteilen den jüngsten Zwischenfall, bei dem russische Truppen die EUMM-Beobachterinnen und -Beobachter in dem von der georgischen Regierung kontrollierten Gebiet vorübergehend festhielten, als diese dort ihren Aufgaben nachgingen. Zugleich rufen wir Russland dazu auf, internationalen Menschenrechtsorganisationen den ungehinderten Zugang zu den Regionen Abchasien und Südossetien zu ermöglichen.

Wir unterstützen die von der georgischen Regierung verfolgte Politik der umfassenden Beendigung der Besetzung und der friedlichen Konfliktbeilegung. Wir unterstützen die Friedensinitiative der georgischen Regierung „Ein Schritt in eine bessere Zukunft“ und ihren „Friedensfonds für eine bessere Zukunft“, deren Ziel darin besteht, die humanitäre Lage und die sozioökonomischen Lebensbedingungen der Menschen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu verbessern und die Vertrauensbildung zwischen geteilten Gemeinschaften zu fördern, und stehen dabei gerne unterstützend zur Seite.

Wir ermutigen die OSZE dazu, sich in den Prozess der Suche nach einer friedlichen Lösung für den Konflikt zwischen Russland und Georgien einzubringen. Wir bedauern die Schließung der OSZE-Mission in Georgien im Jahr 2009 und ermutigen die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu, die Wiedereinsetzung der dimensionenübergreifenden OSZE-Mission in Georgien zu beschließen, einschließlich einer Beobachtungskapazität, die ungehindert über die Verwaltungsgrenzen hinweg operieren kann. Die Wiedereinsetzung der Mission würde die Einbindung der OSZE bei den Genfer Internationalen Gesprächen und den IPRM erheblich stärken. Darüber hinaus würde die neuerliche Einrichtung einer Feldmission die Arbeit der OSZE in sämtlichen Phasen des Konfliktzyklus unterstützen.

Die Gruppe der Freunde Georgiens wird weiterhin das Bewusstsein für den Konflikt und die Entwicklungen vor Ort schärfen, Russlands Verantwortung für die Erfüllung seiner

Verpflichtungen und Zusagen einmahnen und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts stark machen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SCHWEDENS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, GRIECHENLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA,
KROATIEN, LETTLAND, LITAUEN, LUXEMBURG, MONTENEGRO,
DEN NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, POLEN,
PORTUGAL, RUMÄNIEN, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN,
TSCHECHIEN, TÜRKIYE, UNGARN, DEM VEREINIGTEN
KÖNIGREICH UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 11 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Herr Vorsitzender,

dieser Erklärung erfolgt im Namen der NATO-Bündnispartner.

Der illegale, nicht zu rechtfertigende und unprovokierte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat den Frieden und die Stabilität im OSZE-Raum zunichtegemacht. Er ist eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, einschließlich der VN-Charta, und verstößt gegen OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Wir sind auch nach wie vor besorgt über die schwierige Sicherheitslage im OSZE-Raum und darüber hinaus.

Wir bekräftigen unser unerschütterliches Bekenntnis zu einer freien, demokratischen, unabhängigen und souveränen Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir unterstützen in vollem Umfang ihr Recht auf Selbstverteidigung und auf die Wahl ihrer eigenen Sicherheitsvereinbarungen, wie es im Völkerrecht, in der Schlussakte von Helsinki, in der Charta von Paris und in der Europäischen Sicherheitscharta von Istanbul verankert ist. Während die Ukraine ihre unerlässliche Arbeit an Reformen in den Bereichen Demokratie, Wirtschaft und Sicherheit fortsetzt, werden wir die Ukraine weiterhin auf ihrem unumkehrbaren Weg hin zur vollständigen euroatlantischen Integration, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft, unterstützen.

Für Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und weitere Verletzungen des Völkerrechts kann es keine Straflosigkeit geben. Russland ist für den Tod tausender Menschen und für erhebliche Schäden an der zivilen Infrastruktur in der Ukraine verantwortlich. Russlands Krieg hat auch die nukleare Sicherheit sowie die Ernährungssicherheit in Gefahr gebracht.

Wir fordern alle Länder nachdrücklich auf, keinerlei Unterstützung für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zu leisten. Wir verurteilen alle Handlungen wie diejenigen von Belarus, der Demokratischen Volksrepublik Korea und Irans, die diesen Krieg begünstigen, unterstützen und somit verlängern. Wir rufen die Volksrepublik China auf, jegliche materielle und politische Unterstützung für die russischen Kriegsanstrengungen einzustellen.

Russland bleibt die größte und unmittelbarste Bedrohung für unseren Frieden, unsere Sicherheit und unsere Stabilität. Russland trachtet danach, durch Zwang, Subversion, Desinformation, Aggression und rechtswidrige Annexionsversuche sogenannte „Einflusssphären“ zu schaffen und direkte Kontrolle auszuüben. Russland unterzieht seine militärischen Fähigkeiten einem Um- und Ausbau und führt seine Luftraumverletzungen und

provokativen Aktivitäten fort. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Verbündeten, die von diesen Handlungen betroffen sind. Russlands militärische Aufrüstung, unter anderem im Ostsee-, Schwarzmeer- und Mittelmeerraum und im hohen Norden, ist eine Herausforderung für unsere Sicherheit. Das Dispositiv Russlands, seine intensivierten hybriden Handlungen, unter anderem durch Stellvertreter, und seine Anwendung von Gewalt verletzen die regelbasierte internationale Ordnung. Wir verurteilen das Verhalten Russlands und fordern Russland auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Wir verurteilen Russlands verantwortungslose nukleare Rhetorik und seine als Zwangsmittel eingesetzten Andeutungen nuklearer Maßnahmen, einschließlich der angekündigten Stationierung von Atomwaffen in Belarus, die ein Dispositiv der strategischen Einschüchterung vorführen.

Russland hat Konflikte im OSZE-Raum entfacht und die Bemühungen um deren Beilegung vereitelt. Wir fordern Russland auf, all seine Kräfte und all seine militärische Ausrüstung aus der Republik Moldau und Georgien abzuziehen, die dort ohne deren Zustimmung stationiert wurden. Wir unterstützen nachdrücklich deren Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir sind weiterhin entschlossen, unsere Partner bei der Abwehr von böswilliger Einflussnahme und Aggression zu unterstützen.

Wir weisen die Behauptungen Russlands, die NATO verschärfe die Spannungen, zurück. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Wir bleiben bereit, die Kommunikationskanäle mit Moskau offen zu halten, auch im Rahmen der OSZE, um Risiken zu mindern und einzudämmen, Eskalationen zu verhindern und Vertrauen aufzubauen, auf der Grundlage der Kernprinzipien Transparenz, Vertragstreue, Verifikation, Gegenseitigkeit und Zustimmung des Gaststaates. Geschlossen bekennen wir uns weiterhin zu einer wirksamen Rüstungskontrolle als Schlüsselement der Sicherheit im OSZE-Raum, wobei wir dem vorherrschenden Sicherheitsumfeld und der Sicherheit aller Verbündeten Rechnung tragen. Die Verbündeten verstärken weiterhin die NATO-Abschreckung und -Verteidigung gegen alle Bedrohungen und Herausforderungen.

Russland legt weiterhin demonstrativ Geringschätzung gegenüber der Rüstungskontrolle an den Tag. Russland hat langjährige Verpflichtungen und Zusagen verletzt und sich von diesen zurückgezogen, wodurch es die globale Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungsarchitektur untergraben hat.

Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Schlussakte von Helsinki weisen wir erneut auf die entscheidende Bedeutung der OSZE als einzigartiges Forum für Dialog, für die Förderung der umfassenden Sicherheit und für politische Rechenschaftspflicht hin. Wir werden die Arbeit der OSZE in allen drei Dimensionen weiterhin unterstützen und uns dafür einsetzen, dass sie, einschließlich ihrer autonomen Institutionen und Feldpräsenzen, wirksam und ungehindert funktionieren kann.

Russland muss seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich ein Ende setzen und all seine Kräfte vollständig und bedingungslos abziehen. Wir begrüßen und unterstützen den steten Einsatz der Ukraine, um durch die Friedensformel von Präsident Selenskyj und den Friedensgipfelprozess einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden voranzubringen.

Die Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS

(Anhang 12 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Frau Vorsitzende,

die Delegation Aserbaidschans begrüßt die Verabschiedung der Beschlüsse über die Bestellung der vier Spitzenpositionen; dies wird in einer schwierigen Zeit zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der Organisation beitragen.

Gleichzeitig bringen wir unser Bedauern darüber zum Ausdruck, dass es nicht möglich war, den Beschluss über die Genehmigung des Gesamthaushaltsplans 2024 zu verabschieden.

In diesem Zusammenhang möchten wir zu Protokoll geben, dass wir eine zeitnahe Verabschiedung des Gesamthaushaltsplans unterstützen.

Unserem Verständnis nach müssen die knappen Ressourcen der Organisation dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden, um diejenigen Programmaktivitäten zu finanzieren, die relevant sind und über die Konsens besteht. Dies würde sicherstellen, dass die Organisation auf effiziente, transparente und verantwortliche Weise ordnungsgemäß funktioniert, und es der OSZE ermöglichen, ihre Aufgaben zu erledigen und einen Mehrwert zu liefern.

Zu diesem Zweck müssen überholte, dysfunktionale und irrelevante OSZE-Strukturen wie die im Zusammenhang mit dem ehemaligen Minsk-Prozess aus dem Haushaltsplan gestrichen werden.

Wir bedauern, dass der Haushaltsvorschlag für 2024 hinter diesem Anspruch zurückbleibt und auf eine Art und Weise ausgearbeitet wurde, die von den in den Finanzvorschriften der OSZE und den einschlägigen Beschlüssen vorgesehenen Abläufen zur Haushaltsplanung erheblich abweicht.

Dennoch war die Delegation Aserbaidschans im Bemühen um einen Kompromiss bereit, in Erwägung zu ziehen, sich dem Konsens über diesen konkreten Vorschlag anzuschließen, in der Annahme, der vorliegende Beschlussentwurf würde deutliche Kürzungen der oben erwähnten Mittel als erste Phase auf dem Weg zu ihrer vollständigen Einstellung vorsehen, wie es auch in der Erklärung des Vorsitzes, unterstützt durch gleichlautende einzelne oder gemeinsame Erklärungen der designierten Vorsitze und anderer Teilnehmerstaaten zum Ausdruck kommen sollte.

Wir bedauern, dass dieser Vorschlag für einige Teilnehmerstaaten nicht akzeptabel war, wodurch die Verabschiedung des Beschlusses unmöglich gemacht wurde.

Wir bringen unsere Enttäuschung über diese Sachlage zum Ausdruck, und die Delegation Aserbaidschans fordert das Sekretariat und den designierten finnischen Vorsitz nachdrücklich auf, im Rahmen der Gesamthaushaltsplanung für 2025 der Arbeit der OSZE in allen drei Dimensionen in denjenigen Bereichen Priorität einzuräumen, in denen die besonderen Stärken der Organisation liegen, und zu diesem Zweck die Konsultationen fortzusetzen und zügig einen Plan auszuarbeiten, der die wichtigsten Parameter definiert und die Aufgaben,

den Zeitplan und die administrativen Vorkehrungen festlegt, um eine Schließung der mit dem dysfunktionalen Minsk-Prozess zusammenhängenden Strukturen zu ermöglichen.

Dies wird die kollektive Unterstützung aller Teilnehmerstaaten für die zeitnahe Verabschiedung des Gesamthaushaltsplans sicherstellen, die Funktionsfähigkeit der Organisation wiederherstellen und die Finanzierung der Organisation auf einen zukunftsfähigen Pfad bringen.

Wir sind bereit, uns konstruktiv in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

(Anhang 13 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Frau Vorsitzende,

wir sind der Meinung, dass die OSZE als größte Sicherheitsorganisation immer noch das Potenzial hat, ihr Kernmandat zu erfüllen, und vor diesem Hintergrund wird Armenien sich weiterhin davon leiten lassen, dass es vordringlich die Funktionsfähigkeit, Integrität und Fähigkeit unserer Organisation zur Fortführung ihrer mandatsgemäßen Arbeit auf der Grundlage unserer gemeinsamen Prinzipien hochzuhalten und zu bewahren gilt.

Frau Vorsitzende,

man könnte ohne Übertreibung sagen, dass die jüngsten Diskussionen über die Verabschiedung des Gesamthaushaltsplans der OSZE unter noch nie dagewesenen und äußerst herausfordernden Umständen stattgefunden haben, bei denen im Wesentlichen die Zukunft der Organisation, ihr ordnungsgemäßes Funktionieren und ihre operative Tätigkeit auf dem Spiel standen.

Diese Situation bedeutete eine enorme Belastung für die Teilnehmerstaaten. Armenien war dabei keine Ausnahme.

Wir haben den Entwurf des Beschlusses über den Gesamthaushaltsplan 2024 in der vorgelegten Fassung unterstützt. Wir haben unser Bestes getan, um zur Erreichung des Ziels beizutragen, indem wir einen äußerst konstruktiven Ansatz verfolgt haben und erhebliche Kompromisse eingegangen sind. Diese Vorgehensweise war Ausdruck unseres politischen Willens, und wir bedauern, dass der Gesamthaushaltsplan nicht verabschiedet wurde.

Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass die Mechanismen des Minsk-Prozesses solange in Kraft bleiben sollten, bis ein Abkommen über den Frieden und die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan erreicht worden ist. Armenien ist überzeugt, dass ein solches Abkommen in Reichweite ist.

Abschließend möchten wir festhalten, dass Armenien die Entscheidung und die Bereitschaft Zyperns, im Jahr 2027 den Vorsitz zu übernehmen, begrüßt und nachdrücklich unterstützt.

Wir danken Malta für die herzliche Gastfreundschaft.

Wir bitten Sie, diese Erklärung dem Journal dieses Ministerratstreffens als Anhang beizufügen.

Danke.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION VON TÜRKIYE
(Anhang 14 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Exzellenzen,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchten wir S. E. Minister Borg und seinem engagierten, von Botschafterin Meli Daudey geleiteten Team unsere Anerkennung für die Führung der OSZE in diesem äußerst herausfordernden Jahr aussprechen.

Ich möchte auch Malta für die herzliche Gastfreundschaft danken.

Wir begrüßen die Verabschiedung der Beschlüsse über die Besetzung der vier Spitzenpositionen. Das ist ein positives Signal für die Zukunft.

Zum ersten Mal übernimmt ein türkischer Amtsträger – ein höchst erfahrener türkischer Diplomat – die Position des Generalsekretärs. Durch Umsetzung unserer Beschlüsse und unserer gemeinsamen Verpflichtungen sollen die Durchführungsorgane die Organisation in ihrer Mission unterstützen, Sicherheit, Zusammenarbeit und Stabilität im gesamten OSZE-Raum zu fördern. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese vier Führungspersönlichkeiten mit ihren herausragenden beruflichen Werdegängen und ihrer reichen Erfahrung konkrete Beiträge zur Funktionstüchtigkeit unserer Organisation leisten werden.

Dennoch stehen wir noch immer vor brisanten Fragen, die gelöst werden müssen, damit die Organisation ordnungsgemäß, effektiv und nachhaltig funktionieren kann. Das Fehlen eines Gesamthaushaltsplans wirkt sich seit 2022 negativ auf die Leistungsfähigkeit unserer gesamten Organisation aus. Wir sind überzeugt, dass es möglich wäre, auch in diesem Punkt einen Konsens zu erzielen – mit kreativen und akzeptablen Lösungen, die den Gegebenheiten und Erwartungen aller Teilnehmerstaaten Rechnung tragen.

Um die vor uns liegenden Probleme zu bewältigen, müssen wir der OSZE ernsthaft Priorität einräumen. Um der OSZE Priorität einzuräumen, bedarf es in erster Linie eines echten Verständnisses dafür, was sie ausmacht.

Wir sollten uns stets vor Augen halten, dass der Geist der OSZE einer strategischen Vision entspringt. Gemäß dieser Vision verfolgen alle Teilnehmerstaaten einen kooperativen Ansatz, im Bestreben, durch Dialog ihre gemeinsamen Interessen zu befördern. Das ständige Ringen um Konsens ist eo ipso Fundament der OSZE, wird sie doch gerne als Organisation eben gerade „nicht gleichgesinnter Staaten“ beschrieben. Daher muss das Konsensprinzip auch weiterhin Herzstück unserer Beschlussfassung bleiben.

Dialog, Kompromiss und Vertrauensbildung – das sind doch die eigentlichen Grundlagen unserer Organisation. Nur wenn wir unentwegt auf diese unentbehrlichen Tugenden bauen, kann die OSZE ihre wohlverdiente strategische Rolle in einem multilateralen System wahrnehmen.

In einer Zeit, in der die geopolitische Lage immer volatiler wird und sich rapide verschlechtert, müssen wir unsere Organisation mit neuem Leben erfüllen, damit sie ihrer eigentlichen *raison d'être* gerecht werden kann: dem sachgerechten Umgang mit den Sicherheits-

und Bedrohungswahrnehmungen und -herausforderungen der Teilnehmerstaaten und im Verhältnis zwischen ihnen.

Letzten Endes ist dies nicht nur unser aller Verpflichtung, sondern auch *conditio sine qua non* unserer gemeinsamen und umfassenden Sicherheit.

Um das gegenwärtige Vertrauensdefizit in der OSZE zu überwinden, ist eine Kultur des Miteinanders unabdingbar. Im Lichte des bevorstehenden runden Jahrestags der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki sollten wir uns alle erneut zu den OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien bekennen.

Dialog ist unerlässlich, um die im OSZE-Raum bestehenden Probleme bewerten zu können.

Wir freuen uns darauf, 2025 – zum fünfzigjährigen Jubiläum der Schlussakte von Helsinki – Finnland als amtierenden Vorsitz unterstützen zu dürfen.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION FINNLANDS

(Anhang 15 zu MC(31) Journal vom 5. und 6. Dezember 2024)

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, stellvertretender Premierminister Borg.

Ich möchte zunächst Ihnen persönlich und Ihrem fähigen Team in Valletta und in Wien für dieses erfolgreiche Ministerratstreffen danken. Sie haben das Jahr mit außergewöhnlichem Geschick gemeistert.

Finnland zollt Ihnen Anerkennung dafür, dass Sie Ihre erste übergeordnete Priorität, den illegalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, ganz oben auf der Tagesordnung der OSZE gehalten haben.

Unter Ihrer Führung haben wir einen Konsens über die Bestellung eines neuen OSZE-Generalsekretärs und der Leiterin und der Leiter der Institutionen erzielt. Sie haben nichts unversucht gelassen, um den Haushalt für 2024 zur Verabschiedung zu bringen. Ihre Arbeit ist ein Musterbeispiel für das heute so notwendige Bekenntnis zum Multilateralismus.

Herr Vorsitzender,

mit diesem Ministerratstreffen wurden die Weichen für die Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch Finnland im Jahr 2025 gestellt, dem Jahr, in dem sich die Schlussakte von Helsinki zum fünfzigsten Mal jährt.

Die Botschaft dieses Ministerratstreffens war in Bezug auf drei zentrale Themen laut und deutlich.

Erstens muss Russland seinen Angriffskrieg in der Ukraine beenden, und Russland muss für diesen verheerenden Krieg zur Rechenschaft gezogen werden.

Zweitens muss die Schlussakte von Helsinki das Fundament unserer Sicherheit bleiben, und alle Staaten müssen sich erneut zu den OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien bekennen.

Die Konsensfindung erfordert oft Zugeständnisse, aber die vereinbarten Kernprinzipien der OSZE – die in der VN-Charta verankert sind – sind nicht verhandelbar.

Drittens messen die Teilnehmerstaaten der Arbeit der OSZE in ihrem gesamten Gebiet große Bedeutung bei – insbesondere durch ihre zwölf Feldoperationen und drei autonomen Institutionen: das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und den Beauftragten für Medienfreiheit.

Als Vorsitz im Jahr 2025 wird Finnland besonderes Augenmerk auf jene drei Bereiche legen, die auf diesem Ministerratstreffen hervorgehoben wurden – Unterstützung für die Ukraine, die Helsinki-Prinzipien und Stärkung der OSZE.

Herr Vorsitzender,

ich werde das Programm des finnischen Vorsitizes im Januar vorstellen, aber lassen Sie mich einige Themen herausgreifen, die unsere Aktivitäten als Vorsitz leiten werden.

Die Unterstützung der Ukraine hat für uns nach wie vor höchste Priorität, und zwar in allen Dimensionen. Gleichzeitig ist Finnland entschlossen, im gesamten OSZE-Gebiet auf die Beilegung von Konflikten, den Abbau von Spannungen und den Aufbau von Vertrauen hinzuarbeiten.

Das Leitthema des Programms unseres Vorsitizes ist Resilienz – sowohl der Teilnehmerstaaten als auch der Organisation. Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Organisation verbessern und die Menschen in unseren Nachbargebieten in die Lage versetzen, in demokratischen Rechtsstaaten zu leben.

Resilienz, also die Fähigkeit, auf Krisen zu reagieren und sich von ihnen zu erholen, ist aufgrund der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine bei den Teilnehmerstaaten zunehmend in den Fokus gerückt.

Sie umfasst jedoch auch Herausforderungen, die über militärische Bedrohungen hinausgehen, von der Reaktion auf verschiedene Arten bössartiger Aktivitäten über die Bekämpfung des Klimawandels bis hin zu Schritten, um uns gegen Desinformation immun zu machen.

Ein resilienter Teilnehmerstaat ist eine Demokratie, die Gleichheit fördert und die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit achtet. Zu einer resilienten Gesellschaft gehören umfassende Mitspracherechte und Meinungsvielfalt, weshalb wir Inklusion zu einem Schwerpunkt unseres Vorsitizes machen.

Die OSZE verfügt mit ihrem umfassenden Sicherheitskonzept über gute Voraussetzungen, um diese Themen anzugehen. Wir werden uns besonders jenen Bereichen widmen, in denen die OSZE am meisten beitragen kann.

Drei Grundsätze werden uns bei unserer Arbeit leiten: achten, reagieren und vorbereiten. Das heißt, dass wir die Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE achten, auf die aktuellen Herausforderungen reagieren und uns auf die Zukunft vorbereiten.

Ich möchte Ihnen und allen anderen Ministerinnen und Ministern und Delegationsleiterinnen und -leitern für die ermutigenden Worte an den designierten Vorsitz und unser Team danken.

Finnland wird den Vorsitz mit Verantwortungsbewusstsein und Entschlossenheit übernehmen. Wir werden einen offenen Dialog mit allen Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner anstreben.

Wir werden als konstruktiver Vorsitz fungieren, der aufmerksam zuhört und eng mit allen Staaten zusammenarbeitet, die sich für die Förderung kooperativer Sicherheit durch die OSZE einsetzen.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich Ihnen im Namen Finnlands noch einmal zu Ihrer hervorragenden Leitung der OSZE in diesem Jahr gratulieren. Wir werden unsere enge Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE-Troika fortsetzen.

Die Organisation hat nun auch eine Perspektive über das Jahr 2025 hinaus. Wir begrüßen nachdrücklich die Bereitschaft der Teilnehmerstaaten, auf die Notwendigkeit zu reagieren und sich für künftige Vorsitze der OSZE zur Verfügung zu stellen.

Wir freuen uns darauf, Sie alle beim nächsten Treffen des Ministerrats willkommen zu heißen. Ich freue mich, dass sie am Sitz der OSZE – in Wien – stattfinden wird.

Danke.

SCHLUSSERKLÄRUNG DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE

(MC.DEL/69/24 vom 11. Dezember 2024)

Frau Vorsitzende,
Frau Präsidentin,
Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auf diesem Ministerratstreffen haben sich die Stärken und die Komplexitäten unserer Organisation gezeigt.

Gemeinsam haben wir einen wichtigen Erfolg erzielt, der einen der beiden Grundpfeiler stärkt, die für die Funktionsfähigkeit dieser Organisation ausschlaggebend sind: ihre Führung.

Die wichtigen Beschlüsse über die Bestellung des neuen Generalsekretärs und der Leiter und der Leiterin der Institutionen wurden erfolgreich verabschiedet.

Ich begrüße diese Entscheidung und gratuliere unserem neuen Generalsekretär Feridun Sinirlioğlu, unserer neuen Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte Maria Telalian, unserem neuen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten Christophe Kamp und unserem neuen Beauftragten für Medienfreiheit Jan Braathu.

Der Weg dahin war, gelinde gesagt, beschwerlich.

Nach monatelangem Dialog unter Einbeziehung aller Beteiligten und zähen Verhandlungen wurden letztendlich Kompromisse geschlossen, um die Zukunft der OSZE mit neuem Leben zu erfüllen.

Allen, die zu diesem positiven Ergebnis beigetragen haben, möchte ich meinen tief empfundenen Dank aussprechen.

Die Bestellung des neuen Generalsekretärs und der Leiter und der Leiterin der Institutionen ist ein notwendiger, aber für sich allein unzureichender Schritt hin zur vollständigen Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit und Agilität der OSZE und ihrer Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Wir bedauern zutiefst, dass trotz umfangreicher, in Treu und Glauben unternommener Bemühungen über die Genehmigung des Gesamthaushaltsplans 2024 kein Konsens erzielt werden konnte.

Wir betonen auch, dass wir uns weiterhin dafür einsetzen werden, die Bestandsfähigkeit und Wirksamkeit der Organisation sicherzustellen, indem wir die Konsensfindung zur Frage der künftigen OSZE-Vorsitze unterstützen.

Ich danke Zypern für seine Bewerbung als Vorsitz im Jahre 2027 und ermutige diejenigen, die eine Kandidatur für 2026 in Erwägung ziehen, diese ebenfalls so bald wie möglich einzureichen, damit wir das Jahr mit einem positiven Ausblick beschließen können.

Als Teilnehmerstaaten haben wir die Pflicht, die Regeln der OSZE ihrem beabsichtigten Zweck entsprechend anzuwenden.

Kollektive Entscheidungen sollten nicht durch individuelle politische Erwägungen oder bilaterale Fragen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Da es an politischem Willen fehlt, diese Organisation an erste Stelle zu setzen, gibt es kaum Fortschritte in Richtung der dringend erforderlichen Veränderungen in der Organisation selbst.

Ja, wir müssen Diskussionen über langfristige Reformen anstoßen. Doch zunächst müssen wir auch schleunigst etwas an unserer Einstellung und unserem Verhalten ändern.

Das ist eine schwierige, aber notwendige Diskussion. Wir sind überzeugt, dass sie unabdingbar ist, wenn wir ein neues Kapitel in der Geschichte dieser Organisation aufschlagen wollen.

Besondere Anerkennung möchte ich meinem gesamten Vorsitzteam in Wien und Malta zollen.

Liebe Natasha, wie du so gerne sagst, stirbt die Hoffnung in deinem Team zuletzt.

Erst durch die ungebrochene Dynamik, Energie und Beharrlichkeit, die du dieses Jahr in unsere Mission eingebracht hast, sind die Erfolge dieses Jahres trotz der schier unüberwindbaren Hindernisse, die sich dir in den Weg gestellt haben, möglich geworden.

Mein Dank gilt auch den geschäftsführenden Institutionsleitern und -leiterinnen für ihre gewissenhafte Arbeit und Führung während dieser herausfordernden Übergangsphase, in der wir auf die heutige erfolgreiche Besetzung der vier Spitzenpositionen hingearbeitet haben.

Abschließend möchte ich all meinen Kolleginnen und Kollegen im maltesischen Staatsdienst danken, die dieses Treffen möglich gemacht haben. Dank Ihrer Arbeit konnte das größte internationale Treffen auf Ministeriebene in der Geschichte Maltas stattfinden. Ihr Land kann stolz auf Sie sein.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

dieses Jahr waren wir mit außerordentlichen Herausforderungen konfrontiert.

Unsere Erörterungen fanden vor dem Hintergrund der fortgesetzten Aggression Russlands gegen die Ukraine, einer sich wandelnden Sicherheitslandschaft und einer Krise des Multilateralismus statt.

Wir haben bewiesen, dass Konsens kein Relikt aus alter Zeit ist.

Die Entscheidung, die wir heute getroffen haben, ist mehr als ein administrativer Erfolg.

Doch wir müssen ehrlich zu uns selbst sein.

Ohne einen Haushaltsplan ist die OSZE in ihrer Fähigkeit, Antworten auf die drängenden Sicherheits Herausforderungen unserer Zeit zu liefern, erheblich geschwächt.

Von der Befassung mit den menschlichen Kosten von Russlands Krieg gegen die Ukraine bis hin zum Umgang mit globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Medienfreiheit und digitale Bedrohungen – noch nie trat die Bedeutung der OSZE so klar zutage wie heute.

Doch unsere Fähigkeit, diese Fragen anzugehen und den Menschen zu dienen, die auf diese Organisation zählen, steht auf Messers Schneide.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die heute gefassten Beschlüsse sind ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung.

Doch all die Schwierigkeiten, mit denen unsere Region und unsere Organisation konfrontiert ist, verschwinden dadurch nicht einfach.

Die russische Aggression bringt nach wie vor unermessliches Leid über die Bevölkerung der Ukraine und stellt eine massive Bedrohung für die europäische und weltweite Sicherheit dar.

Auch die mörderischsten und längsten Kriege der Geschichte kamen irgendwann zu einem Ende, und auch dieser Krieg wird enden. Die Frage ist, wie, wann und zu welchem Preis.

Wie viele unschuldige Menschen werden noch zu jung sterben müssen oder für immer traumatisiert werden?

Und wenn einmal Frieden herrscht – werden wir dann endlich aus den Fehlern der Geschichte lernen?

Diese Fragen und die Notwendigkeit einer strategischen Führung, die dafür sorgt, dass sich unsere Energien auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen konzentrieren, liegen nicht außerhalb unserer kollektiven Möglichkeiten.

Zuerst aber muss das Töten aufhören.

Die Menschen in der Ukraine und in allen Teilnehmerstaaten müssen innerhalb der international anerkannten Grenzen ihres Landes in Frieden leben können, ohne dass das Schreckgespenst des Krieges ihren Alltag überschattet.

Was die OSZE betrifft, so haben wir dieses Jahr so viel Zeit in die Lösung der institutionellen Fragen investiert, über die wir heute entschieden haben, dass wir nicht den nötigen Spielraum hatten, um den Nutzen und das Potenzial des OSZE-Instrumentariums für den Konfliktzyklus voll auszuschöpfen.

Die Zukunft der Organisation – mit all ihren Implikationen für die Sicherheit unserer Region – hängt von unserem kollektiven Willen ab, sie mit den Ressourcen auszustatten, die sie so dringend benötigt.

Zumindest haben wir mit diesen wichtigen Beschlüssen zur Bestellung des neuen Generalsekretärs und der neuen Leitungen der Institutionen den ersten Grundstein für Stabilität gelegt.

Damit haben wir, wenn auch nur teilweise, unser Ziel erreicht, diese Organisation in einem resilienteren Zustand zu hinterlassen, als wir sie vorgefunden haben.

In diesem Zusammenhang begrüße ich es, dass auch Finnland, wie Malta, die Stärkung der Resilienz zu einer seiner wichtigsten Prioritäten gemacht hat.

Doch eines muss dabei klar sein: Resilienz sollte mehr sein als eine Feuerwehrrübung.

Mit Blick auf die Zukunft dürfen wir uns nicht mit dem bloßen Überleben der Organisation zufriedengeben. Wir müssen Resilienz weiterdenken.

Der Autor Nassim Nicholas Taleb prägte den Begriff der Antifragilität. Gemeint ist damit die Fähigkeit, durch Schaden stärker zu werden, statt bloß Erschütterungen zu widerstehen und Widrigkeiten auszuhalten.

Malta war als Vorsitz in diesem Jahr bestrebt, die Grundprinzipien der OSZE hochzuhalten – insbesondere die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität sowie die Nichtanwendung von Gewalt.

Dies geschah in einem Umfeld, das richtungsweisenden Diskussionen über die Zukunft der Organisation nicht zuträglich war.

Angesichts des bevorstehenden fünfzigsten Jahrestags der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki müssen wir uns in Erinnerung rufen, dass diese Organisation vor dem Hintergrund einer ähnlich gespaltenen und ungewissen Sicherheitslandschaft entstanden ist.

Ihrem Grundgedanken zufolge sollte sie in schwierigen Zeiten nicht einfach nur überleben, sondern sogar an Relevanz und Bedeutung gewinnen.

Mit Bewunderung denken wir an die Menschen zurück, die die OSZE geschaffen und damit unter scheinbar hoffnungslosen Umständen Weitsicht und Mut bewiesen haben.

Nun liegt es an uns, ob wir so handeln, dass die Organisation ihren beabsichtigten Zweck erfüllt.

Dazu und um die Zukunft im Sinne unserer regelbasierten internationalen Ordnung zu gestalten, brauchen wir Fantasie, Hoffnung und politischen Willen.

Ganz besonders aber brauchen wir Frieden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

im Namen Maltas danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie während unseres Vorsitzes in uns gesetzt haben.

Es war mir eine Ehre, diese Rolle zu erfüllen und mit Ihnen allen zusammenzuarbeiten, um die Mission der OSZE voranzubringen.

Dieses Ministerratstreffen neigt sich seinem Ende zu, doch unsere Arbeit als Vorsitz ist damit noch nicht getan.

In den letzten drei Wochen unseres Vorsitzes und als Mitglied der Troika im Jahr 2025 werden wir auch weiterhin nichts unversucht lassen, um die Zukunft dieser Organisation zu sichern.

Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass die OSZE für die Menschen, denen sie dient, einen wesentlichen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Wohlstand leistet.

Danke.

ERKLÄRUNG DER OSZE-TROIKA

(30. Dezember 2024)

Wir, die Mitglieder der OSZE-Troika – Malta, Nordmazedonien und Finnland – sind uns bewusst, dass das einunddreißigste Ministerratstreffen zu einem kritischen Zeitpunkt stattfand. Die fortgesetzte Aggression Russlands gegen die Ukraine untergräbt weiterhin die europäische Sicherheit und das gemeinsame System von Normen und Werten, auf dem unsere Vorgänger ihre Vision von internationalem Frieden, Sicherheit und Wohlstand aufgebaut haben. Vor diesem Hintergrund bekräftigen wir unser unerschütterliches Bekenntnis zur Erhaltung und Stärkung der OSZE als Plattform für den Dialog und als wesentlicher Beitrag zur Sicherheit und Stabilität des gesamten OSZE-Raums.

Eingedenk des bevorstehenden fünfzigsten Jahrestags der Schlussakte von Helsinki rufen wir dazu auf, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, denen wir alle aus freien Stücken zugestimmt haben, wieder vollständig einzuhalten. Unsere Entschlossenheit, zu diesen gemeinsamen multilateralen Werten zu stehen, darf nicht ins Wanken geraten, wenn sie am meisten gebraucht wird. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen für unsere gemeinsame Sicherheit ist es die Pflicht aller Teilnehmerstaaten, den multilateralen Weg mit Mut, Integrität und Überzeugung weiterzuverfolgen.

Wir verurteilen den anhaltenden Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir fordern Russland auf, seine Aggression einzustellen, und verlangen den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der russischen Streitkräfte und militärischen Ausrüstung aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol. Die Beziehungen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten beruhen auf der Achtung der Souveränität inwohnenden Rechte, dem Verzicht auf die Anwendung von Gewalt und der Achtung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten. Diese Grundpfeiler dürfen niemals unterminiert werden.

Wir trauern um die unschuldigen Menschen, die im Krieg Russlands gegen die Ukraine ihr Leben verloren haben, und verurteilen alle Handlungen, die darauf abzielen, Tod, Verwüstung und Traumatisierung über die Zivilbevölkerung zu bringen, einschließlich der Angriffe auf kritische Infrastruktur und andere zivile Ziele. In Anbetracht der Tatsache, dass Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in Konfliktzeiten besonders gefährdet sind, bekunden wir erneut unsere tiefe Besorgnis über Berichte von konfliktbedingter sexueller Gewalt und über das Wohlergehen ukrainischer Kinder, die Opfer von zwangsweiser Verbringung, Deportation und Umerziehung sind.

Unter Hinweis auf unsere gemeinsamen Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts fordern wir die Russische Föderation auf, alle Personen freizulassen, die im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine rechtswidrig festgehalten werden. Wir fordern die unverzügliche Freilassung von drei OSZE-Bediensteten – Wadym Golda, Maxim Petrow und Dmytro Schabanow –, die in Donezk und Luhansk unter Verletzung der von allen Teilnehmerstaaten unserer Organisation eingegangenen Grundsätze und Verpflichtungen festgehalten werden.

Wir verurteilen die Hinrichtungen ukrainischer Kriegsgefangener und die Anwendung von Folter und anderer unmenschlicher Behandlung ihnen gegenüber durch die russischen

Streitkräfte. Dies steht im Widerspruch zu den im Völkerrecht festgelegten und im Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit bekräftigten Schutzmaßnahmen und Bestimmungen. Wir befürworten ferner den beschleunigten Austausch von Kriegsgefangenen.

Wir sind zutiefst besorgt über die weiteren negativen Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf die Ernährungssicherheit, die nukleare Sicherheit, die Energiesicherheit, das kulturelle Erbe und die Umwelt. Diese haben Folgen sowohl für die Ukraine als auch für unsere gesamte Region und darüber hinaus.

Wir fordern Belarus auf, den Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht länger mitzutragen. Wir sind auch zutiefst besorgt über die jüngste Dislozierung von Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea in Russland und die damit verbundene Eskalation.

Wir würdigen den Mut und das Durchhaltevermögen des ukrainischen Volkes und unterstützen nachdrücklich einen gerechten und dauerhaften Frieden auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Wir betonen, dass die unverzügliche Einstellung der Angriffe zwingend erforderlich ist, um die Voraussetzungen für eine gerechte und dauerhafte Beendigung dieses Krieges zu schaffen. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für alle diplomatischen Bemühungen, einschließlich der von Präsident Selenskyj vorgelegten Friedensformel, die darauf abzielen, eine friedliche Lösung zu erreichen und umzusetzen, die vollständig mit der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki im Einklang steht. Alle diese Bemühungen und Gespräche müssen vom Bestreben getragen sein, der Ukraine Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die Rechenschaftspflicht für begangene Verbrechen zu gewährleisten.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur weiteren Unterstützung der Ukraine durch die OSZE für die Dauer des Krieges und beim späteren Wiederaufbau nach dem Krieg, auch durch Mechanismen zur Sammlung von Beweisen und zur Rechenschaftspflicht. Wie die Arbeit des Unterstützungsprogramms der OSZE für die Ukraine zeigt, sind die Instrumente und das Fachwissen der OSZE nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Eindämmung der Auswirkungen des Krieges und für die Verwirklichung unserer gemeinsamen Vision einer friedlichen und gedeihlichen Zukunft für die Ukraine. Wir danken dem ehemaligen Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und Projektkoordinator in der Ukraine, Botschafter Marcel Peško, für seine wichtige Arbeit und bekräftigen unsere Unterstützung für den neuen Sonderbeauftragten, Botschafter Petr Mareš.

Wir bekennen uns nach wie vor zu sämtlichen Bemühungen der OSZE, die Sicherheit aller Teilnehmerstaaten zum Wohle unserer Bevölkerung zu verbessern. Wir bekräftigen die zentrale Bedeutung, die dem OSZE-Instrumentarium für den Konfliktzyklus bei der Erleichterung eines breiten Spektrums von Konfliktverhütungs- und -lösungsmaßnahmen im gesamten OSZE-Raum und seinem Umkreis zukommt.

Wir begrüßen die laufenden Verhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan über eine endgültige Friedensregelung und betonen, dass ein inklusiver Dialog der einzige Weg zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten ist. Wir lehnen die Anwendung von Gewalt bei der Beilegung von Meinungsverschiedenheiten entschieden ab und fordern alle Parteien auf, sich aufrichtig an Verhandlungen zu beteiligen, um die für einen nachhaltigen Frieden und dauerhafte Stabilität in der Region erforderlichen Vereinbarungen zu treffen. Die OSZE ist bereit, die Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen allen Parteien zu unterstützen.

Wir bekräftigen unsere nachdrückliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens. Wir nehmen die Bedeutung der Genfer Internationalen Gespräche zur Kenntnis und unterstützen den weiteren Fokus auf die Erzielung greifbarer Ergebnisse für von Konflikten betroffene Gemeinschaften, die im Jahr 2024 im Mittelpunkt stand. Wir sind weiterhin entschlossen, die bestehenden Bemühungen und Initiativen zu unterstützen, einschließlich der Arbeit der Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen.

Wir würdigen die Widerstandsfähigkeit, die die Republik Moldau angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine zeigt, und erkennen die Auswirkungen des Krieges auf den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage an. Wir beglückwünschen beide Seiten zu ihrem Engagement für eine friedliche Beilegung des Konflikts und begrüßen die im Jahr 2024 erzielten Fortschritte. Wir ermutigen zu weiterem und stetigem Engagement, um die noch offenen Fragen mit Unterstützung der OSZE-Mission in Moldau und des Sonderbeauftragten des Vorsitzes zu lösen. Wir fordern auch eine Rückkehr zur bewährten Praxis der regelmäßigen Mandatsverlängerung um zwölf Monate, was im besten Interesse der Republik Moldau, des Prozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage und der OSZE ist.

Wir heben die überaus wichtige Arbeit der Feldoperationen der OSZE hervor, die das Herzblut dieser Organisation sind. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der OSZE im gesamten OSZE-Raum erleichtern sie weiterhin wichtige Fortschritte bei unseren gemeinsamen Prioritäten, indem sie laufende nationale Reformprozesse unterstützen und das Engagement für die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen verstärken, auch in Südosteuropa und in Zentralasien. Wir ermutigen die Behörden der Gastländer, die Instrumente und das Fachwissen der OSZE in vollem Umfang zu nutzen. Wir appellieren dringend an alle Teilnehmerstaaten, den notwendigen politischen Willen zu fördern, um eine rasche und angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der OSZE-Feldoperationen zu gewährleisten und damit sicherzustellen, dass die Mandate vollständig umgesetzt werden können.

Wir betonen, dass der umfassende Sicherheitsansatz der OSZE die Grundlage für ihre Arbeit im gesamten OSZE-Raum bildet. In diesem Zusammenhang betonen wir, wie wichtig es ist, Integrität und einen konstruktiven Austausch in allen drei Dimensionen der Sicherheit zu gewährleisten.

Wir unterstreichen, wie wichtig es ist und bleibt, die Rolle der OSZE als Raum für den Dialog in der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit im Kontext der aktuellen Sicherheitsherausforderungen und Instabilität zu wahren. Wir betonen die Bedeutung der fortgesetzten Umsetzung der Rüstungskontroll- sowie vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE, unter anderem durch die Einhaltung des nunmehr seit dreißig Jahren bestehenden Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Wir rufen die OSZE und die Teilnehmerstaaten auf, sich weiterhin mit neuen und bestehenden Bedrohungen zu befassen, auch mit jenen, die von neuen Technologien wie der künstlichen Intelligenz ausgehen, um die Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Sicherheit zu verbessern.

Wir stellen fest, wie wichtig die Erörterungen über wirtschaftliche und ökologische Sicherheitsherausforderungen im gesamten OSZE-Raum sind, einschließlich jener, die sich aus dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ergeben, wo die OSZE eine entscheidende Rolle bei der Beobachtung der ökologischen Folgen des Krieges spielt und den Weg für künftige Bemühungen um Rechenschaftspflicht ebnet. Wir sind uns des Stellenwerts der Bedrohung durch den Klimawandel bewusst und fordern eine durchgängige Berücksichtigung des

Themas Klima sowie eine engere Zusammenarbeit und eine ergebnisorientierte Klimadiplomatie, insbesondere durch den Aufbau von Kapazitäten in Bereichen wie Risikobewertung, Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Katastrophenschutz. Wir werden auch weitere gemeinsame Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt, gute Regierungsführung und nachhaltige Entwicklung, unter anderem durch Digitalisierung, unterstützen.

Wir stellen fest, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im gesamten OSZE-Raum nach wie vor bedroht sind, einschließlich durch gewaltsames Vorgehen gegen friedliche Proteste und die Unterdrückung von politischen Gegnern, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und kritischen Journalistinnen und Journalisten, was einen Verstoß gegen unsere gemeinsamen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension darstellt. Wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, sich wieder zur Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit als wesentlichen Grundlagen für Frieden und Sicherheit zu bekennen. Wir würdigen die unverzichtbare Arbeit der OSZE-Institutionen – des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und des Beauftragten für Medienfreiheit – und bekräftigen unsere nachdrückliche Unterstützung für ihre Mandate. Wir bekräftigen auch die Rolle der OSZE als wichtiger Plattform für den Dialog mit der Zivilgesellschaft, deren Einbeziehung von entscheidender Bedeutung ist, um die Transparenz zu fördern und Regierungen in die Verantwortung zu nehmen.

Wir bekräftigen unser anhaltendes Engagement für Inklusion, für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und dafür, dass die Sichtweisen von Frauen und Jugendlichen in allen unseren Tätigkeiten in den drei Dimensionen der Sicherheit berücksichtigt werden. Mit Blick auf das zwanzigjährige Bestehen des OSZE-Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern rufen wir zu weiteren Anstrengungen auf, um die vollumfängliche und bedeutsame Beteiligung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens zu unterstützen. Dies ist nicht nur unsere moralische Pflicht, sondern auch entscheidend für die Schaffung von friedlicheren, nachhaltigeren und inklusiveren Gesellschaften.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass der Dialog der OSZE mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien angesichts der wechselseitigen Verflechtung der globalen Herausforderungen und der Notwendigkeit, das gegenseitige Vertrauen und die Stabilität in der OSZE und den Nachbarregionen zu stärken, einen Mehrwert darstellt. Wir werden auch weiterhin Bemühungen unterstützen, ihre Sichtweisen und ihr Fachwissen in die Arbeit der OSZE einfließen zu lassen und die Ergebnisse ihrer Aktivitäten besser sichtbar zu machen.

Malta, Nordmazedonien und Finnland unterstreichen ihren gemeinsamen Glauben an den Dialog als Motor des Multilateralismus. Die Rückkehr zu den grundlegenden Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE ist eine wesentliche Voraussetzung für die vollumfängliche Wiederaufnahme dieses Dialogs und dafür, dass die OSZE ihren potenziellen Beitrag zum multilateralen System leistet, sowie für die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in unserer Region und darüber hinaus.

Um den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein, muss die OSZE ein Raum bleiben, in dem gemeinsame Prinzipien und Verpflichtungen eingehalten, gestärkt und in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Ihr bleibender Wert hängt davon ab, wie stark die beiden Säulen sind, die sie für ihr Funktionieren benötigt: wirksame Führung und ausreichende Ressourcen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass am

6. Dezember 2024 erfolgreich Feridun H. Sinirlioğlu zum Generalsekretär der OSZE, Maria Telalian zur Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Christophe Kamp zum Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten und Jan Braathu zum OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit bestellt wurde. Wir begrüßen ferner den heute, am 30. Dezember 2024, in Kraft getretenen Beschluss, der die Schweiz als OSZE-Vorsitz für das Jahr 2026 bestätigt. Wir danken der Schweiz dafür, dass sie Führungsstärke gezeigt und diese Aufgabe übernommen hat.

Die Bestellung des neuen Generalsekretärs und der Leiterin und der Leiter der Institutionen sowie der Beschluss über den Schweizer Vorsitz 2026 sind notwendig, aber nicht ausreichend für die vollständige Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit, Flexibilität und zentralen Rolle der OSZE in der europäischen Sicherheitsarchitektur. Wir bedauern zutiefst, dass trotz umfangreicher, in gutem Glauben unternommener Bemühungen kein Konsens über die Verabschiedung des Gesamthaushaltsplans 2024 erzielt werden konnte, und betonen, dass es immer dringender wird, Lösungen zu finden, um die finanzielle Bestandsfähigkeit der OSZE zu gewährleisten. Angesichts dieser anhaltenden Pattsituation bekräftigen wir, dass das Konsensprinzip, das alle Entscheidungsstrukturen dieser Organisation durchzieht, konstruktiv als Quelle der Stärke und Widerstandsfähigkeit genutzt werden muss.

Als Mitglieder der OSZE-Troika konzentrieren wir uns weiterhin auf den Weg, der vor uns liegt. Wir betonen, dass die Gewährleistung der fortdauernden Funktionsfähigkeit der OSZE eine gemeinsame Verantwortung und eine langfristige Verpflichtung ist, wobei der derzeitige Vorsitz und künftige Vorsitze diesbezüglich weiterhin auf den politischen Willen aller 57 Teilnehmerstaaten angewiesen sein werden. Während wir uns darauf vorbereiten, die Leitung der OSZE im Jahr 2025 in die Hände Finnlands zu legen, bekräftigen wir, dass es unsere gemeinsame und bleibende Verpflichtung ist, die Rolle der OSZE bei der Sicherung einer freien, demokratischen und friedlichen Welt für künftige Generationen zu gewährleisten.

III. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

BERICHT
DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN GENERALESEKRETÄRIN AN DAS
EINUNDREISSIGSTE TREFFEN DES MINISTERRATS

(MC.GAL/9/24/Corr.1 vom 12. Dezember 2024)

Herr Amtierender Vorsitzender, stellvertretender Premierminister Borg,
Frau Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung,
Exzellenzen,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Einführung

Es ist mir eine Ehre, auf diesem Ministerratstreffen zu sprechen. Ich möchte dem maltesischen Vorsitz, der das ganze Jahr über unermüdlich daran gearbeitet hat, die OSZE-Prinzipien aufrechtzuhalten und zu fördern – auch vor dem Hintergrund schwerer Verstöße gegen diese Prinzipien – und die weitere Funktionsfähigkeit unserer Organisation zu gewährleisten, meinen tief empfundenen Dank aussprechen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den enormen Beitrag der ehemaligen Generalsekretärin Helga Schmid würdigen, die unermüdlich dafür gekämpft hat, das Personal zu schützen und die OSZE institutionell weiterzubringen.

Der fünfzigste Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki steht kurz bevor, und wir befinden uns in diesem Jahr wieder einmal in einer Situation, in der Konfrontation statt Gesprächen und Konflikt statt Zusammenarbeit vorherrschen und in der die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten erheblich erodiert sind.

Trotz dieses Hintergrunds hat die OSZE als politische Gemeinschaft, die sich vorrangig der umfassenden Sicherheit in Europa widmet und auf gemeinsamen Werten beruht, als Plattform für den Dialog und als stabilisierende Kraft, deren Wirkungskreis von Vancouver bis Wladiwostok reicht, auch in diesem Jahr, sowohl politisch als auch programmatisch vor Ort, in Ihren 57 Ländern sowie in deren Interesse und im Interesse Ihrer einen Milliarde Bürgerinnen und Bürger, Ergebnisse geliefert.

Die OSZE hat dies mit einem jährlichen Gesamtaufwand von 138 Millionen Euro und 2 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht, von denen mehr als die Hälfte in den Feldoperationen tätig sind. Das ist keine exorbitante Mittelausstattung. Die OSZE ist schlank und flexibel und in der Lage, rasch maßgeschneiderte Antworten auf komplexe Anforderungen zu erarbeiten. Sie verfügt über das Fachwissen, die Erfahrung, die Instrumente und vor allem die Beziehungen, um in der politisch-militärischen, der Wirtschafts- und Umwelt- und der menschlichen Dimension der Sicherheit Erfolge zu erzielen.

Tour d’Horizon

Erlauben Sie mir, einige der Höhepunkte unserer Arbeit im Jahr 2024 hervorzuheben. In Osteuropa haben wir durch das außerbudgetäre Unterstützungsprogramm für die Ukraine, das der Ukraine bei der Stärkung ihrer institutionellen und sozialen Widerstandsfähigkeit hilft, bedeutende Fortschritte erzielt. So waren wir beim Aufbau der Kapazitäten von über 25 Ministerien und Behörden behilflich, um die akuten kurz- und langfristigen Folgen des Krieges anzugehen. Dies reicht vom Beitrag zur nationalen humanitären Minenräumungsstrategie über die Verbesserung der Fähigkeiten des nationalen Melderegisters, Ermittlungen

anzustellen, auch betreffend die aufgrund des Krieges vermissten Kinder, bis hin zur Unterstützung des fortgesetzten kriegsbezogenen Umweltmonitorings.

In der Republik Moldau setzten wir unsere Bemühungen um eine umfassende und dauerhafte politische Beilegung des Transnistrien-Konflikts fort. Wir haben uns mit allen Aspekten der Sicherheit befasst, einschließlich der ökologischen und menschlichen Sicherheit. In diesem Jahr haben wir zum Beispiel auch die sichere Entsorgung gefährlicher Chemikalien aus Transnistrien erleichtert.

Im Südkaukasus engagierten wir uns weiterhin aktiv, indem wir als Kovorsitz die Genfer Internationalen Gespräche unterstützten, sowie als Ko-Moderator für den Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Ergneti. Hier befassen wir uns direkt und auf sehr praktischer Ebene mit den humanitären Folgen vergangener Konflikte und tragen zum Abbau von Spannungen bei, womit wir unsere Bedeutung in Langzeit-Konfliktsituationen unter Beweis stellen.

Wir haben auch den Friedensprozess zwischen Armenien und Aserbaidschan aufmerksam verfolgt und sind bereit, auf Ersuchen der beiden Seiten einen Beitrag zu leisten.

In Zentralasien haben wir in diesem Jahr unsere Unterstützung bei der Verbesserung der Grenzsicherheit in Tadschikistan fortgesetzt. Wir haben in Kirgisistan gefährlichen Raketentreibstoff beseitigt. Wir haben in Usbekistan Ressourcenzentren für Frauen unterstützt, die diesen damit in ihren lokalen Gemeinschaften die Inanspruchnahme aller rechtsstaatlichen Möglichkeiten erschließen und Wege zur wirtschaftlichen Betätigung eröffnen. Darüber hinaus stärken unsere Bemühungen, die Auswirkungen der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan zu begrenzen, durch einen speziellen außerbudgetären Finanzierungsmechanismus mit über 30 maßgeschneiderten Projekten weiterhin die Sicherheit in der gesamten Region.

In Südosteuropa schließlich unterstützten wir weiterhin den Artikel IV über regionale Rüstungskontrolle des Friedensvertrags von Dayton, durch den Transparenz, Zusammenarbeit und Vertrauen sowie ein Verifikationsregime aufgebaut werden sollen. Durch gegenseitigen Respekt und Zusammenarbeit hat dieses Übereinkommen wesentlich zu Frieden und Stabilität in Südosteuropa beigetragen und dient als hervorragendes Beispiel für die Sicherheitskooperation.

Diese Arbeit wäre ohne unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sekretariat und vor Ort nicht möglich, und an dieser Stelle möchte ich unseren Direktorinnen und Direktoren für die einzelnen Themenbereiche, den Leiterinnen und Leitern der Feldoperationen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meine Anerkennung aussprechen.

Die OSZE ist der einzige internationale Akteur, der über eine derart umfassende Präsenz vor Ort verfügt, die lokalen Gegebenheiten so genau kennt und von staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Seite auf allen Ebenen solch beispielloses Vertrauen genießt.

Es wäre eine sträfliche Unterlassung meinerseits, bei der Erwähnung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht auf die Notlage von Wadym Golda, Maxim Petrow und Dmytro Schabanow hinzuweisen, drei OSZE-Vertreter, die seit April 2022 in Donezk und Luhansk festgehalten werden. Wir haben uns auch in diesem Jahr für ihre Freilassung eingesetzt. Die Telefongespräche mit ihren Familien sind heute noch genauso bedrückend wie

unmittelbar nach ihrer Festsetzung. Es ist an der Zeit, dass sie nachhause können. Zu diesem Jahreswechsel bitte ich inständig um diese Geste der humanitären Barmherzigkeit.

Regionale Ansätze

Die Arbeit der OSZE zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass wir in der Lage sind, regionale Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen mitzugestalten.

Die Verbreitung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen (SALW) ist eine Geißel, die das gesamte OSZE-Gebiet betrifft, und unsere Arbeit im Bereich SALW hat zunehmend einen regionalen Ansatz. So wurden in diesem Jahr sechs Jurisdiktionen in Südosteuropa und alle fünf zentralasiatischen Länder sowie die Ukraine und Moldau durch die Arbeit der OSZE im Bereich SALW unterstützt. Im Jahr 2024 haben wir außerdem die Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden in Südosteuropa, Zentralasien und Osteuropa ausgebaut und die Standardisierung und Interoperabilität unterstützt.

Das regionale Projekt zur Beobachtung von Gerichtsverfahren bei Korruption auf höchster Ebene und organisierter Kriminalität in Südosteuropa – dem sich in diesem Jahr auch Serbien angeschlossen hat – hat es uns ermöglicht, systemische Herausforderungen bei der Beseitigung der weit verbreiteten Korruption und in der Rechtsprechung in der Region anzugehen.

Themen

In Bezug auf grenzüberschreitende Bedrohungen haben wir die Staaten weiterhin dabei unterstützt, ihre vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich Cyber zu operationalisieren. Das eingerichtete Kontaktstellennetz hat sich 2024 zu einer aktiven Gemeinschaft von Expertinnen und Experten, auf die die Teilnehmerstaaten regelmäßig zurückgreifen, und ein Modell für die Vereinten Nationen und andere entwickelt.

Bei der Bekämpfung des Menschenhandels trugen unsere simulationsbasierten Schulungen – die dieses Jahr in Vicenza stattfanden und den Menschenhandel im Mittelmeerraum zum Schwerpunkt hatten – direkt zu erfolgreichen Polizeieinsätzen bei, wie beispielsweise der Operation zur Bekämpfung des Menschenhandels in Reykjavik, bei der über 40 Opfer identifiziert wurden.

Im Jahr 2024 haben wir bedeutende Fortschritte bei der Befassung mit dem Klimawandel und mit kritischen wirtschaftlichen Herausforderungen gemacht, indem wir die verantwortungsvolle Regierungsführung und die Korruptionsbekämpfung gefördert haben. So haben unsere Energieinitiativen beispielsweise den Zugang zu sauberer Energie für mehr als 1 000 Menschen entlang der Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan verbessert.

Europäische Sicherheitsarchitektur

Obwohl unser Netz ineinandergreifender Rüstungskontrollverpflichtungen und -zusagen geschwächt wurde, haben die OSZE-Teilnehmerstaaten im Jahr 2024 dennoch über 100 Verifikationsaktivitäten gemäß dem Wiener Dokument und Artikel IV des Friedensvertrags von Dayton durchgeführt. Der Austausch militärischer Information wurde auf stabilem Niveau fortgesetzt, unter anderem in Form von fast 2 000 über das OSZE-Kommunikationsnetz übermittelten Nachrichten.

Frauen

Während wir gerade die sechzehntägige Kampagne für den Aktivismus gegen Gewalt gegen Frauen begehen, jährt sich die Verabschiedung des OSZE-Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zum zwanzigsten Mal. Die OSZE arbeitet weiter mit Frauen als Akteurinnen des Wandels, die ihre Gemeinschaften, insbesondere die von Konflikten betroffenen, aktiv gestalten und den Frieden und die Zusammenarbeit über Trennlinien hinweg fördern. Ein herausragendes Beispiel ist die „Dialogue Academy“ der OSZE für junge Frauen aus Belgrad und Priština, die von unseren Missionen in Serbien und in Kosovo geführt wird.

Wenn Frauen in die Entscheidungsfindung über den Frieden einbezogen werden, wird der Frieden besser und dauerhafter, und die OSZE trägt ihren Teil dazu bei.

Ressourcen

Um weiterhin eine bedeutsame und wirkungsvolle Arbeit leisten zu können, muss die OSZE mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet werden. In den letzten Jahren stand die Organisation aufgrund strukturell unzureichender Ressourcen vor immer größeren finanziellen Herausforderungen. Während wir bisher mit vorübergehenden Ad-hoc-Lösungen ausgekommen sind, brauchen wir dringend einen genehmigten Gesamthaushalt in angemessener Höhe – denken Sie da bitte an eine Erhöhung für 2025 um 25 – 27 Prozent gegenüber 2021 –, um den kontinuierlichen Betrieb und die Erfüllung des Mandats auf dem Niveau Ihrer Erwartungen sicherzustellen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um in diese Organisation zu investieren.

Schlussfolgerung

Abschließend möchte ich festhalten, dass die Anwesenheit so vieler Ministerinnen und Minister in diesem Saal davon zeugt, dass diese Organisation nach wie vor die wichtigste Plattform für die europäische Sicherheit ist. Wir sind uns der steigenden Erwartungen, die Sie in uns setzen, wohl bewusst, und auch dessen, dass wir in nicht allzu ferner Zukunft noch weiter gefordert sein werden könnten.

Abschließend möchte ich noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückkommen.

Die OSZE ist eine politische Gemeinschaft. Nicht von 27, nicht von 47, sondern von 57 Teilnehmerstaaten. Die OSZE ist eine politische Gemeinschaft, die nicht 300 Millionen, nicht 700 Millionen, sondern eine Milliarde Menschen zählt. Die OSZE ist eine politische Gemeinschaft, eine politische Plattform für den Dialog mit einer starken programmatischen Komponente und einem entschiedenen Fokus auf umfassender Sicherheit und Frieden.

Ausdruck davon sind die Prinzipien und Verpflichtungen, die – von allen 57 Teilnehmerstaaten – in der Schlussakte von Helsinki vereinbart wurden. Ihr Dekalog – zehn untrennbar miteinander verbundene Grundprinzipien – dient uns als Prüfstein und Richtschnur zugleich.

Wir haben die Instrumente. Wir haben die Mandate. Wir haben die Prinzipien. Unter Ihrer politischen Führung und mit Ihrem entsprechenden politischen Willen stehen wir zu Ihrer Verfügung, um im Jahr 2025 noch mehr für die umfassende Sicherheit zu tun. Lassen

Sie uns mit diesem Rüstzeug die stabilisierende Kraft in der Welt sein, die wir potenziell sein können.

Danke, Herr Vorsitzender.

**SCHREIBEN DES VORSITZENDEN
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION AN DEN
MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN MALTAS UND
VORSITZENDEN DES EINUNDREISSIGSTEN TREFFENS DES
OSZE-MINISTERRATS**

(MC.GAL/5/24 vom 2. Dezember 2024)

Als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) beehre ich mich, Sie über die Arbeit des Forums im Jahr 2024 zu informieren.

Dieses Schreiben entstand in Abstimmung mit den anderen Vorsitzen des FSK im Jahr 2024, Zypern und Kroatien. Wir haben 2024 eng zusammengearbeitet, um bei der Umsetzung des Jahresarbeitsprogramms des Forums für Kontinuität und Effizienz zu sorgen.

Es war dies das dritte Jahr, in dem die Tätigkeit des FSK vor dem Hintergrund der beispiellosen Sicherheitslage und der noch nie dagewesenen geopolitischen Spannungen stattfand, die sich aus dem ungerechtfertigten und durch nichts provozierten Krieg gegen die Ukraine ergeben haben, den die Russische Föderation am 24. Februar 2022 begonnen hat. Dieser Krieg wirkt sich weiterhin nachteilig auf die gesamte Sicherheitsarchitektur in Europa und darüber hinaus aus und gefährdet das kooperative Sicherheitskonzept, das dieser Organisation zugrunde liegt. In Reaktion auf diese ernste Sicherheitslage haben die FSK-Vorsitze in enger Abstimmung mit der Vorsitzenden des Ständigen Rates (StR) und dem OSZE-Sekretariat die Arbeit des FSK vom Gedanken getragen geleitet, das FSK als Plattform für den mandatsgemäßen Dialog mit Schwerpunkt auf den gegenwärtigen Sicherheitsherausforderungen zu schützen und zu erhalten. Alle drei FSK-Vorsitze hoben immer wieder die Rolle des FSK bei der Wahrung von Frieden, Sicherheit und Demokratie durch die Förderung der Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen allen OSZE-Teilnehmerstaaten hervor.

Bedauerlicherweise wurde die Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation durch die immer häufigere und weitreichendere Blockierung von Sitzungen beeinträchtigt. Zwei Jahre in Folge hat es sich ein Teilnehmerstaat zur Gewohnheit gemacht, den ordnungsgemäßen und reibungslosen Ablauf der FSK-Sitzungen zu stören. Dies eskalierte so weit, dass sich die Situation noch mehr verschlechterte und ein Teilnehmerstaat in der zweiten Sitzungsperiode 2024 regelmäßig sogar die Sitzungen vereitelte, bei denen ausschließlich ständige Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung standen. Vor diesem Hintergrund hat der dänische Vorsitz dringend notwendige Schritte unternommen, um den mandatsgemäßen Dialog im Forum bei künftigen Treffen aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus machte es die Sicherheitslage 2024 unmöglich, die FSK-relevanten jährlichen Treffen in der politisch-militärischen Dimension abzuhalten. Trotz größter Bemühungen kamen die jeweiligen Vorsitze letztlich zu dem Schluss, dass angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage keine Einigkeit über die Abhaltung dieser Treffen bestand.

Unter Wahrung der Rolle des FSK als wichtige Plattform für den Dialog wurden neben dem Austausch über den Krieg gegen die Ukraine insgesamt elf Sicherheitsdialoge geplant, darunter drei im Rahmen gemeinsamer Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates, wovon acht auch stattfanden.

Im Zusammenhang mit den fortgesetzten Konflikten im OSZE-Raum haben die FSK-Vorsitze des Jahres 2024 mit dem Fokus auf dem Krieg gegen die Ukraine Themen im

Zusammenhang mit dem humanitären Völkerrecht und den Prinzipien, die die zwischen- und innerstaatlichen Beziehungen im OSZE-Raum leiten, Vorrang eingeräumt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Streitkräften lag. Diesbezüglich plante der zyprische FSK-Vorsitz einen Sicherheitsdialog zum Thema „Menschliche Sicherheit in bewaffneten Konflikten“; da man sich jedoch nicht auf die Tagesordnung des Treffens einigen konnte, organisierte er stattdessen eine Nebenveranstaltung zu diesem Thema mit besonderem Augenmerk auf dem Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt. Darüber hinaus organisierte der kroatische FSK-Vorsitz einen Sicherheitsdialog zum Thema „Die militärische Ausbildung und die sich wandelnde Rolle der Militärakademien“, und der dänische FSK-Vorsitz veranstaltete Sicherheitsdialoge zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und einen gemeinsamen Sicherheitsdialog von FSK und StR zum Dekalog von Helsinki.

Alle drei FSK-Vorsitze räumten der Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates Priorität ein. Insgesamt waren mehrere Sicherheitsdialoge zu diesem Thema geplant, darunter eine gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates unter dem Vorsitz Kroatiens zum Thema „Der Beitrag der Frauen zu Frieden und Sicherheit: bisherige Erfahrungen und künftige Herausforderungen“. Darüber hinaus wurde unter dem FSK-Vorsitz Dänemarks eine Nebenveranstaltung zum Thema „Frauen und Frieden und Sicherheit – Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats – Gleichstellung der Geschlechter bei der Wehrpflicht“ organisiert. Zudem veranstaltete der zyprische Vorsitz zusammen mit dem amtierenden Vorsitz Malta eine Nebenveranstaltung zum Thema der Rolle der Männer bei der Gleichstellung der Geschlechter. Ferner unterstützten die FSK-Vorsitze während des gesamten Jahres das Ausbildungsprogramm für Nachwuchskräfte, insbesondere Frauen, zum Thema „Konfliktverhütung und -lösung durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung“ im Rahmen des OSZE-Stipendiums für Frieden und Sicherheit 2024. Bislang sind von den 785 Absolventinnen und Absolventen des Ausbildungsprogramms 88 Prozent Frauen.

Um das Bewusstsein für die zerstörerischen Auswirkungen des Krieges und seine Folgen zu schärfen, insbesondere im Hinblick auf die Minenbelastung und explosive Kampfmittelrückstände, veranstaltete der zyprische FSK-Vorsitz einen Sicherheitsdialog zum Thema „Humanitäre Minenräumung – Opferhilfe“, und der kroatische FSK-Vorsitz einen Sicherheitsdialog zum Thema „Humanitäre Minenräumung – Umfang, Herausforderungen und weiteres Vorgehen“.

In Anerkennung der Notwendigkeit eines breiteren Verständnisses für übergreifende Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit der politisch-militärischen Dimension und den Auswirkungen von Konflikten organisierte der zyprische FSK-Vorsitz eine gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates zum Thema „Umwelt und Sicherheit“, womit er die Aufmerksamkeit auf die sich wandelnde Rolle der Streitkräfte bei der Reaktion auf Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Katastrophen rückte und Wege zur Verringerung der Auswirkungen militärischer Aktivitäten, auch in Konfliktsituationen, auf die Umwelt und das Klima auslotete.

Alle drei FSK-Vorsitze unterstützten weiterhin die Arbeit der OSZE in der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit auf dem Gebiet der praktischen Hilfestellung bei der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA). Die Hilfsprojekte der OSZE im Bereich SALW und SCA lieferten 2024 weiterhin stetige Unterstützung, mit einem Portfolio von 19 Hilfsprojekten im Wert von 55,5 Millionen Euro. Mehrere Projekte sollen die sichere Verwaltung von Lagerbeständen

durch die Modernisierung von Infrastruktur, Material und Ausrüstung in Lagerstätten sowie die Einrichtung von Laboren zur chemischen Analyse der Stabilität von SCA und deren Überwachung gewährleisten. Ein wichtiger Teil des Projekts war die Unterstützung der Bemühungen um die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW im gesamten OSZE-Raum. Die Hilfsprojekte in Zentralasien dienten der kontinuierlichen Unterstützung bei der Bekämpfung der Bedrohung und des Risikos durch den potenziellen Schmuggel von SALW, Munition und Sprengstoffen aus Afghanistan sowie bei der Verbesserung der Verwaltung konventioneller Munition über deren gesamten Lebenszyklus hinweg. Im Rahmen der Entsorgung von Lagerbeständen wurde der letzte verbleibende giftige veraltete Raketentreibstoff aus Kirgisistan entfernt. Nach der erfolgreichen Durchführung von Hilfsprojekten in Südosteuropa und der Ukraine wurden diese neu bewertet, um den Begünstigten in der nächsten Phase (2025 – 2027) maßgeschneiderte Unterstützung zu bieten. Weitere Informationen und Einzelheiten sind über das SALW-Portal der OSZE (<https://salw.osce.org/>) abrufbar.

Im Jahr 2024 trug die OSZE mit einem Bericht über die Bemühungen der OSZE im SALW-Bereich zur vierten Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten bei, die vom 18. bis zum 28. Juni 2024 in New York stattfand. Darüber hinaus organisierte die OSZE eine Nebenveranstaltung, um den ganzheitlichen und umfassenden Ansatz der OSZE bei der Umsetzung von dringenden Hilfsprojekten, die die Risiken im Zusammenhang mit der unkontrollierten Verbreitung von SALW/SCA verringern sollen, vorzustellen, und präsentierte die Erfolge bei der Verbesserung der Kapazitäten zur Verwaltung von SALW und Munition in der Kirgisischen Republik. Am Rande der zwölften Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität am 15. Oktober 2024 in Wien fand eine ähnliche Nebenveranstaltung statt, bei der die Bemühungen der OSZE um die Verwaltung von Waffen und Munition während ihrer gesamten Lebensdauer in Zentralasien im Mittelpunkt standen.

Der Austausch militärischer Information wurde mit hoher Intensität fortgesetzt, auch wenn sich einige Teilnehmerstaaten angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage dafür entschieden, entweder gar keine Informationen auszutauschen oder sie nicht allen Teilnehmerstaaten zu übermitteln. In Anerkennung der Bedeutung des Themas Informationssammlung plante der kroatische FSK-Vorsitz einen Sicherheitsdialog zum Thema „Neue Technologien und militärische Datenerfassung sowie Open-Source-Intelligence (OSINT)“; da jedoch keine Einigung über die Tagesordnung der FSK-Sitzung erzielt werden konnte, wurde stattdessen eine Nebenveranstaltung zu diesem Thema organisiert. Das OSZE-System für Informationsmanagement und Berichterstattung (iMARS) wurde erfolgreich erweitert, um die Vertragsstaaten des Friedensvertrags von Dayton bei der Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle nach Artikel IV des Dayton-Vertrags zu unterstützen. Zur Verwaltung der im Rahmen der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen bestehenden Datenbanken mit ausgetauschten militärischen Informationen wurde ein iMARS-Dashboard für das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) entwickelt, das diese dadurch ab dem ersten Quartal 2025 in Echtzeit aktualisieren kann.

Die FSK-Vorsitze würdigen die Arbeit des KVZ an der Entwicklung sowohl einführender als auch vertiefender E-Learning-Module zu FSK-relevanten Themen, mit deren Hilfe die Wissensvermittlung unter anderem zum Austausch militärischer Information im Zuge der konventionellen Rüstungskontrolle systematischer gestaltet werden soll. 2024 wurden die neuen FSK E-Learning-Module über den Austausch militärischer Information, das Wiener

Dokument und die konventionelle Rüstungskontrolle in englischer und russischer Sprache sowie das Modul „Bestimmungen der Geschäftsordnung für FSK-Sitzungen“ in englischer Sprache eingeführt. Bislang haben über 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 18 OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter 32 Prozent Frauen, die neuen Module absolviert. Insgesamt haben 915 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 51 Teilnehmerstaaten die einführenden und vertiefenden FSK-E-Learning-Module absolviert.

Im Jahr 2024 nahmen an den Plenarsitzungen des FSK durchschnittlich 31 Prozent Frauen und 69 Prozent Männer teil. Bei den im Rahmen der Sicherheitsdialoge und/oder der Nebenveranstaltungen des FSK-Vorsitzes zu den Podiumsdiskussionen eingeladenen Fachleuten betrug der Frauenanteil 2024 46 Prozent, der Männeranteil 54 Prozent.

Schließlich möchten die FSK-Vorsitze dem maltesischen Vorsitz für die professionelle und hervorragende Zusammenarbeit sowie dem Sekretariat für seine wertvolle Unterstützung danken.

Abschließend sei festgehalten, dass das Forum für Sicherheitskooperation sich angesichts der Sicherheitsherausforderungen in der Region und des beispiellosen Abrückens vom konstruktiven Ansatz im FSK weiterhin zu seiner Funktion als wichtiges Gremium der OSZE für den Dialog und die Beschlussfassung in der ersten Dimension bekennt, in deren Rahmen die Teilnehmerstaaten politisch-militärische Sicherheitsfragen erörtern, Sicherheitsbesorgnisse zur Sprache bringen und einander hinsichtlich der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in die Verantwortung nehmen können.

**BERICHT DES VORSITZENDEN
DER GRUPPE FÜR DIE
OSZE-KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN AN DAS
EINUNDREISSIGSTE TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS**
(MC.GAL/10/24 vom 30. Dezember 2024)

Gemäß der üblichen Praxis übernahm Nordmazedonien im Januar 2024 als scheidender Vorsitz der Organisation die Leitung der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien.

In dem Bestreben, dem auf Transparenz und Inklusivität basierenden Ansatz treu zu bleiben, den wir im Zuge unseres Vorsitzes gepflegt hatten, und im Einklang mit der Verpflichtung, die Ziele des maltesischen Vorsitzes im Jahr 2024 zu unterstützen, ging Nordmazedonien diese neue Aufgabe mit Enthusiasmus, Kreativität und Elan an.

Die Arbeit mit der Gruppe begann mit regelmäßigen Konsultationen, sowohl im Rahmen persönlicher Treffen als auch über Videokonferenzschaltungen. Nordmazedonien hat die von den Partnern in dem zu Beginn des Jahres in ihrem Arbeitspapier eingebrachten Beiträge und Vorschläge berücksichtigt und sich davon ausgehend einer verstärkten thematischen Zusammenarbeit, dem Austausch auf politischer Ebene und einer stärkeren Sichtbarmachung der Ergebnisse der Aktivitäten der Partner in Asien gewidmet.

Die Konsultationen mündeten in den Entwurf eines Tätigkeitsprogramms für 2024, bestehend aus fünf Treffen der Gruppe für die Kooperationspartner in Asien, einer interregionalen Konferenz, der OSZE-Asienkonferenz 2024 und einem Studienreiseprogramm für die OSZE-Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum.

Im Rückblick auf das Jahr 2024 dürfen wir uns darüber freuen, nicht nur alle geplanten Aktivitäten, sondern auch noch eine zusätzliche Veranstaltung durchgeführt zu haben, nämlich ein gemeinsames Treffen der Partner in Asien und im Mittelmeerraum zum Thema Cyber-/IKT-Sicherheit, das am 10. September am Rande der interregionalen Konferenz über Cyber-/IKT-Sicherheit stattfand. Dank den Aktivitäten, die die Partner in Asien 2024 entfaltet haben, wird zunehmend anerkannt, dass die euroatlantische und die asiatisch-pazifische Sicherheit untrennbar miteinander verzahnt sind, und die Partnerschaft mit der OSZE hat an Nutzen gewonnen.

Das erste Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien im Jahre 2024 fand am 7. Mai statt und wurde in Zusammenarbeit mit Japan ausgerichtet. Im Mittelpunkt stand dabei das Thema „Die bedeutsame Beteiligung von Frauen: Von der Norm zur Praxis – bewährte Verfahren und Erfahrungswerte aus Asien“.

Das Treffen begann mit Eröffnungsreden von S. E. P. Avirovikj, Vorsitzender der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien und Ständiger Vertreter Nordmazedoniens, I. E. N. Meli Daudey, Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE und Ständige Vertreterin Maltas, Botschafter R. Mizuuchi, Ständiger Vertreter Japans, und S. E. B. Dzhusupov, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. Die thematische Hauptdiskussion drehte sich um das Thema „Die bedeutsame Beteiligung von Frauen: Von der Norm zur Praxis“ und wurde von Botschafterin J. Kinnear, Ständige Vertreterin Kanadas bei der OSZE, moderiert.

Die Vortragenden Y. Matsuoka, Leiterin der Geschäftsstelle Kobe des Büros der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos (UNDRR), K. Wijayanti, *Project Management Officer* am Institut für Frieden und Versöhnung des Verbands südostasiatischer Nationen (ASEAN), T. Rudenko, leitende Beraterin für Koordination im Büro der Sonderbeauftragten der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels, und L. Scarpitta, leitende Beraterin für Genderfragen im Büro der Generalsekretärin der OSZE, betonten die Diskrepanz zwischen Verpflichtungen und Praxis, was die Beteiligung von Frauen im Bereich Frieden und Sicherheit im Lichte der Verabschiedung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Jahre 2000 anbelangt. Die OSZE habe die Gleichstellung der Geschlechter und die Beteiligung von Frauen im Bereich Frieden und Sicherheit durch verschiedene Rahmen und Aktionspläne stets konsequent gefördert. Diese unterstrichen die Bedeutung einer inklusiven Friedenskonsolidierung und der OSZE-Verpflichtung zur Förderung von Frauen in Führungspositionen im Bereich Friedenskonsolidierung und Vermittlung, zur Bereitstellung einer Vernetzungsplattform durch Initiativen wie die Vernetzungsplattform für weibliche Führungskräfte, die geschaffen worden sei, um die Beteiligung von Frauen an Bemühungen um Frieden und Sicherheit zu unterstützen sowie zur regionenübergreifenden Zusammenarbeit – mit Schwerpunkt auf dem Austausch von Erfahrungen und praktischen Erkenntnissen im Sinne einer Stärkung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit. Y. Matsuoka berichtete vom bewährten Verfahren, das Thema Frauen und Frieden und Sicherheit im katastrophengefährdeten Japan in die nationalen Aktionspläne aufzunehmen, da es nicht nur in Konflikten, sondern auch bei der Katastrophenvorsorge und bei der Sanierung und beim Wiederaufbau nach Katastrophen eine wichtige Rolle spiele.

Auf dem Treffen wurden mehrere zentrale Fragen angesprochen, darunter die Auswirkungen der Beteiligung von Frauen auf Demokratie und Frieden, die Herausforderungen bei der Förderung der Beteiligung von Frauen in verschiedenen Kontexten, wirkungsvolle Bereiche für die regionenübergreifende Zusammenarbeit, die Risiken für Frauen in Krisensituationen und deren potenzielle Minderung durch ihre Einbeziehung sowie der Beitrag der Beteiligung von Frauen im Wirtschafts- und Umweltbereich zur gesellschaftlichen Stabilität.

Das Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien ermöglichte erfolgreich eine interaktive Diskussion über die Stärkung der Rolle von Frauen im Bereich Frieden und Sicherheit. Der Austausch von bewährten Verfahren und Erfahrungen aus Asien wird als Grundlage für die weitere Stärkung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit sowohl innerhalb des OSZE-Raums als auch über diesen hinaus dienen. Die Veranstaltung unterstrich, wie wichtig es ist, bestehende Defizite zu beseitigen und durch die aktive Beteiligung von Frauen inklusive Friedenskonsolidierungsprozesse zu fördern.

Das zweite Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien fand am 3. Juni 2024 statt. Die Ständige Vertretung Nordmazedoniens bei der OSZE, den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Wien war Gastgeberin einer Sonder-sitzung zum Thema „Die Rechte afghanischer Frauen – ein regionales Problem mit globalen Auswirkungen: Können wir mehr tun?“.

Das Treffen begann mit Eröffnungsworten von S. E. P. Avirovikj, Vorsitzender der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien, I. E. N. Meli Daudey, Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE, H. M. Schmid, Generalsekretärin der OSZE, und Botschafterin M. Bakhtari, Ständige Vertreterin der Islamischen Republik Afghanistan bei der OSZE.

Zentrales Thema waren die großen Herausforderungen, mit denen afghanische Frauen seit der Rückkehr des Taliban-Regimes konfrontiert sind, darunter Einschränkungen in den

Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und Grundfreiheiten. Moderiert wurde die Diskussion von L. Scarpitta, leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen.

An der Podiumsdiskussion nahmen teil: R. Bennett, Sonderberichterstatte über die Menschenrechtssituation in Afghanistan, H. Barr von der Abteilung für Frauenrechte bei *Human Rights Watch* (per Videoschaltung), M. Meetra, Frauenrechtlerin, Wissenschaftlerin, Dichterin und Journalistin (persönlich anwesend), H. Ibrahimkhel, Frauenrechtlerin, und E. Kohistani, afghanische Beteiligte am Projekt WIN (*WIN for Women and Men – Strengthening Comprehensive Security through Innovating and Networking for Gender Equality*).

Das Treffen warf ein Schlaglicht auf folgende Fragen: die Bedeutung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und geschlechtsspezifischer Übergriffe sowie der Marginalisierung der afghanischen Frauen als regionales Problem mit globalen Auswirkungen auf Stabilität und Entwicklung, die Notwendigkeit der Ermächtigung und Unterstützung afghanischer Frauen durch berufliche Bildung, Zugang zu Mikrofinanzierung und unternehmerischen Möglichkeiten, die notwendigen Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur; Reformen im Rechtsbereich zum Schutz der Frauenrechte und zur Unterstützung von Gewaltbetroffenen und schließlich die Rolle der internationalen Gemeinschaft, wobei besonders herausgestrichen wurde, welche große Bedeutung der weltweiten Solidarität bei der Unterstützung der Rechte der Afghaninnen und bei der Erreichung eines dauerhaften Friedens und nachhaltiger Sicherheit zukommt.

Das Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien unterstrich, wie wichtig es ist, dass die OSZE sich durch verschiedene Plattformen und Programme wie der Vernetzungsplattform der OSZE für weibliche Führungskräfte in die Bemühungen um die Sache der afghanischen Frauen einbringt, wobei der Schwerpunkt auf Anstrengungen zur Friedenskonsolidierung und Vermittlung, auf dem Bekenntnis zur Gleichstellung der Geschlechter als zentralem Element des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE sowie auf der Förderung der Demokratie und der nachhaltigen Entwicklung liegen sollte.

Ziel des Treffens war es, die Hindernisse auszumachen, die der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen in Krisenkontexten wie in Afghanistan im Wege stehen, das Bewusstsein für die Herausforderungen hinsichtlich der Menschenrechte von Frauen zu schärfen und nach Lösungen zu suchen. Man kam zu dem Schluss, dass die OSZE und ihre Partner ihre Bemühungen fortsetzen sollten, die afghanischen Frauen zu ermächtigen, für ihre Rechte einzutreten und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, die einer der Eckpfeiler von Frieden und Wohlstand sei. Das Treffen unterstrich die Dringlichkeit und Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit beim Umgang mit diesen drängenden Fragen.

Das dritte Treffen der Gruppe für die Kooperationspartner in Asien wurde gemeinsam von Nordmazedonien und Thailand organisiert und war dem Thema der Stärkung der menschlichen Sicherheit durch den Schutz von Jugendlichen und Kindern vor Ausbeutung und Menschenhandel im Internet gewidmet. Dazu kamen am 21. Juni 2024 in Wien Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Ländern und Organisationen zusammen, um Herausforderungen und Lösungen im Bereich der Sicherheit von Jugendlichen und Kindern im Internet zu erörtern.

Die Sitzung wurde durch einleitende Worte von A. Marku, stellvertretende Ständige Vertreterin Nordmazedoniens, Botschafterin V. Mangklatanukul, Ständige Vertreterin

Thailands, M. Cluett, Leiter Strategie und Planung für den maltesischen OSZE-Vorsitz, und K. Johnstone, Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels, eröffnet.

Die thematische Diskussion stand unter dem Titel „Die menschliche Sicherheit stärken: Der Schutz von Jugendlichen und Kindern vor Ausbeutung und Menschenhandel im Internet“ und wurde von Botschafterin H. Demirer, Ständige Vertreterin von Türkiye bei der OSZE, moderiert. An der Podiumsdiskussion nahmen teil: W. Roujanavong, Vertreter von Thailand bei der ASEAN-Kommission, R. Hoving, Direktor der Nichtregierungsorganisation *Offlimits*, und M. Angvik, leitende Referentin für Programmerstellung im Büro der Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels.

In der Diskussion wurden die zunehmenden Risiken durch den Missbrauch des Internets und anderer Technologien hervorgehoben, der die Ausbeutung von Kindern und den Kinderhandel erleichtern. Es zeigte sich auch deutlich, dass die rasche Verbreitung des Internets dazu geführt hat, dass Jugendliche und Kinder noch stärker von Ausbeutung und Menschenhandel über das Internet gefährdet sind. Die Diskussion ergab, dass die Verbreitung von Online-Plattformen zu einem signifikanten Anstieg der Fälle von Materialien, die sexuellen Kindesmissbrauch darstellen, geführt hat, so dass ein koordiniertes internationales Vorgehen dringend erforderlich ist.

Thailand verfolgt beim Schutz von Jugendlichen und Kindern einen proaktiven Ansatz und hat diesbezüglich verschiedene Maßnahmen ergriffen: Einführung eines nationalen Tages der Internetsicherheit, Schaffung einer *Safe Internet Coalition*, Einsatz von KI-gestützten Tools zur Unterstützung und Prävention sowie Aufklärungsinitiativen zu den Themen digitale Kompetenz und Cyberbedrohungen. Die regionale Führungsrolle Thailands innerhalb von ASEAN war auch von entscheidender Bedeutung für die Förderung kooperativer Strategien zur Bekämpfung der Ausbeutung im Internet.

Ziel dieses Treffens der Gruppe für die Kooperationspartner in Asien war es, das Bewusstsein für Ausbeutung im Internet und ihre sozioökonomischen Auswirkungen zu schärfen, vorbildliche Verfahren zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnern in Asien auszutauschen sowie einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Stärkung von Schutzmaßnahmen zu fördern. Der Missbrauch von Technologie durch Menschenhändlerinnen und Menschenhändler stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar, wobei während der Pandemie ein merklicher Anstieg der Fälle zu verzeichnen war. Darüber hinaus wurde auf dem Treffen die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung dieser Probleme hervorgehoben. Das Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien hat erfolgreich die Aufmerksamkeit auf die wichtige Frage der Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern und den Handel mit ihnen im Internet gelenkt. Indem es den Dialog förderte und den Austausch vorbildlicher Verfahren ermöglichte, hat das Treffen einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklung von Strategien zum Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen den Weg gebnet.

Das vierte Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien fand unter dem Vorsitz Nordmazedoniens in Zusammenarbeit mit Australien am 11. Oktober 2024 statt. Es war dem Thema „Globaler wirtschaftlicher Austausch im indopazifischen Raum im Interesse von Frieden, Wohlstand und Sicherheit“ gewidmet.

Die Sitzung begann mit einleitenden Worten von A. Marku, stellvertretende Ständige Vertreterin Nordmazedoniens bei der OSZE und Vorsitzende der Gruppe, Botschafter

I. Biggs, Ständiger Vertreter Australiens bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Wien, E. Abela-Hampel, Vertreterin des OSZE-Vorsitzes, und R. Ernst, stellvertretender Koordinator/Leiter für Wirtschaftsaktivitäten im Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE.

Moderiert wurde die Diskussion von Botschafter F. Raunig, Ständiger Vertreter Österreichs bei der OSZE. An der Podiumsdiskussion nahmen teil: S. Armstrong, Direktor des *Australia-Japan Research Centre* der *Australian National University*, der virtuell zugeschaltet war, C. Bandhukul, Exekutivdirektorin der Abteilung für Amerika, den pazifischen Raum und internationale Organisationen im thailändischen Handelsministerium (virtuell), L. Viltrakiene, Beraterin in der Abteilung für Außenwirtschaftsbeziehungen und wirtschaftliche Sicherheit im litauischen Außenministerium, und G. Malkoun, Direktor, zuständig für das System zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme und zur Verwaltung von Vereinbarungen mit ausländischen Partnern (Abteilung Öffentlichkeitsarbeit) im australischen Außen- und Handelsministerium.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnerländern in Asien, die an dem Treffen teilnahmen, betonten die wachsende Bedeutung der wirtschaftlichen Sicherheit im indopazifischen Raum und deren Rolle bei der Stärkung von Frieden und Stabilität auf der ganzen Welt. Die von F. Raunig moderierte thematische Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, wie eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Governance zwischen den Ländern des indopazifischen Raums und den OSZE-Teilnehmerstaaten den regionalen und globalen Frieden fördern und gleichzeitig die wirtschaftliche Sicherheit beider Regionen stärken kann. Bei der Podiumsdiskussion wurden die Herausforderungen und Chancen erörtert, die mit der Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz und der Diversifizierung der Lieferketten in einer zunehmend vernetzten Weltwirtschaft einhergehen. Es wurde betont, dass geopolitische Spannungen ein Risiko für die globalen Handelssysteme und die globale wirtschaftliche Stabilität darstellen und es koordinierter, transparenter Maßnahmen im Interesse der wirtschaftlichen Sicherheit bedürfe, um nachteilige Auswirkungen auf die weltweite Ordnungspolitik (*Global Governance*) zu verhindern.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie der Austausch vorbildlicher Verfahren betreffend resiliente Lieferketten, Strategien zur Erhöhung der wirtschaftlichen Resilienz durch Diversifizierung und zur Verdeutlichung der Vorteile der Exportmarktdiversifizierung gegenüber den Unternehmen sowie Maßnahmen zur Förderung von Governance und Transparenz in der Wirtschaft gefördert werden können.

Das Treffen ermöglichte erfolgreich eine interaktive Diskussion über die Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit im indopazifischen Raum. Es warf ein Schlaglicht auf die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und gemeinsamer Strategien zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit der beiden eng miteinander verzahnten Regionen OSZE- und indopazifischer Raum.

Das fünfte Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien wurde am 11. November 2024 abgehalten und wurde gemeinsam von Nordmazedonien und der Republik Korea organisiert. Ziel des Treffens war die Erörterung der Ergebnisse des Gipfeltreffens zur verantwortungsvollen Nutzung von KI im Militärbereich (REAIM-Gipfel), das 2024 in Seoul stattgefunden hatte. Außerdem sollte das Treffen den Dialog über die verantwortungsvolle Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung von KI-Technologien in militärischen Anwendungen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnern fördern.

Das Treffen der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien begann mit Eröffnungsreden von A. Marku, stellvertretende Ständige Vertreterin Nordmazedoniens bei der OSZE, Botschafter S. Ham, Ständiger Vertreter der Republik Korea bei der OSZE, Oberstleutnant C. Z. Cordina, Leiter für die politisch-militärische Dimension unter dem maltesischen OSZE-Vorsitz 2024, und Oberst (a. D.) R. Mossinkoff, Leiter der Gruppe Kommunikation und Technologie im Konfliktverhütungszentrum.

Die von der Ständigen Vertreterin Kanadas bei der OSZE, I. E. V. Pepin-Hallé, moderierte thematische Sitzung begann mit den Impulsreferaten von J. Yun, Direktorin in der Abteilung Abrüstung und Nichtverbreitung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Republik Korea, und E. Bötger, leitende Referentin für neue Technologien in der Abteilung für Sicherheitspolitik des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande. An der Podiumsdiskussion nahmen teil: N. Davison, leitender Berater am Zentrum für humanitären Dialog, C. Wörgötter, Leiterin des Referats für konventionelle Waffen und abrüstungsrelevante Aspekte neuer Technologien im österreichischen Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, und J. Ganschow vom deutschen Bundesministerium der Verteidigung.

Im Mittelpunkt des Treffens standen die Auswirkungen der KI auf den militärischen Bereich, einschließlich humanitärer, rechtlicher, gesellschaftlicher und ethischer Fragen. Die Erörterungen machten deutlich, dass es internationaler Zusammenarbeit bedarf, um einen geeigneten normativen und ordnungspolitischen Rahmen für militärische KI-Anwendungen zu schaffen. Zusätzlich stand besonders ein Ergebnis, das der REAIM-Gipfel 2024 in Seoul zeitig hatte, im Mittelpunkt: der *Blueprint for Action*, ein Aktionsplan zur Schaffung von Normen und einer entsprechenden Governance für KI im Militärbereich, der bei dem Gipfel verabschiedet worden war. Betont wurde auch die Bedeutung von internationaler Zusammenarbeit und Multi-Stakeholder-Dialogen unter Beteiligung von Staat, Industrie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft; zudem wurden die Chancen, Herausforderungen und Vorteile der KI im Hinblick auf die Verbesserung militärischer Operationen beleuchtet, dies bei gleichzeitiger Anerkennung der damit einhergehenden Risiken.

Die Erörterungen konzentrierten sich auf die Auswirkungen der Verwendung von KI im Militärbereich auf den weltweiten Frieden und die internationale Sicherheit, um die verschiedenen Herangehensweisen unterschiedlicher Regionen an das Thema militärischer KI-Anwendungen und um die bei der Schaffung einer KI-Governance im Militärbereich zu setzenden Prioritäten.

Das Treffen ermöglichte erfolgreich eine Diskussion über verantwortungsvolle Anwendungen von KI im Militärbereich, wobei die Notwendigkeit kooperativer Bemühungen beim Umgang mit den Herausforderungen und Chancen von KI-Technologien herausgestrichen wurde. Die Ergebnisse des REAIM-Gipfels 2024 in Seoul sind eine Grundlage für künftige Maßnahmen und die internationale Zusammenarbeit in diesem wichtigen Bereich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass der Dialog und die Zusammenarbeit fortgesetzt werden müssten, um den verantwortungsvollen Einsatz von KI in militärischen Anwendungen zu befördern und dadurch sicherzustellen, dass der technologische Fortschritt nicht den internationalen Frieden und die globale Sicherheit gefährdet.

Im Jahr 2024 organisierten Nordmazedonien und die Partner mit Unterstützung des OSZE-Sekretariats zwei Konferenzen.

Die OSZE-Asienkonferenz 2024, die gemeinsam von Nordmazedonien und Japan organisiert wurde, fand am 15. und 16. Oktober 2024 in Wien statt und war dem Thema „Auf dem Weg zu stärkeren Partnerschaften für dauerhaften Frieden und bestandfähige Sicherheit“ gewidmet. Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Stärkung von Partnerschaften im Interesse von dauerhaftem Frieden und bestandfähiger Sicherheit, auf der Ermöglichung eines Dialogs zwischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus verschiedenen Regionen und auf der Betonung der Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Partnern in Asien. Sie bot Ländern sowohl aus dem OSZE- als auch aus dem asiatischen Raum Gelegenheit, gemeinsame Interessen anzusprechen und Bereiche für eine engere Zusammenarbeit zu ermitteln.

Die Konferenz war das Ergebnis eines Konsenses, der im Zuge eines inklusiven und transparenten Konsultations- und Verhandlungsprozesses mit den OSZE-Teilnehmerstaaten erzielt wurde.

Die Konferenz wurde durch Ansprachen hochrangiger Gäste eröffnet, die den Ton für die weiteren Erörterungen über die Förderung der Zusammenarbeit angaben. In der Eröffnungssitzung, die von S. E. P. Avirovikj, dem Ständigen Vertreter Nordmazedoniens bei der OSZE, moderiert wurde, sprachen zwei hochrangige Redner: der stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel Nordmazedoniens, Z. Dimitrovski, der sich dafür bedankte, dass sein Land 2024 in der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien den Vorsitz führen konnte, und deren Bekenntnis zu Partnerschaft und Multilateralismus bekräftigte, und der japanische Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, T. Yoshifumi, der betonte, dass sich die Sicherheitslage in der euroatlantischen und der indopazifischen Region weiter verschärft habe, und unterstrich, wie wichtig Partnerschaft und Dialog seien, um für gemeinsame Probleme gemeinsame Lösungen zu finden.

Es folgten drei thematische Sitzungen. Schwerpunkt der ersten Sitzung war eine Verbesserung der Synergien zwischen der OSZE und Asien bei der Beförderung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit; sie baute auf dem Treffen der Gruppe für die Kooperationspartner in Asien vom Mai 2024 auf und unterstrich die unersetzliche Rolle von Frauen in Friedensprozessen. Es wurden Erfahrungen und vorbildliche Verfahren ausgetauscht, bei denen die Einbeziehung von Geschlechterperspektiven in Sicherheitskonzepte im Vordergrund stand. Als Vortragende aus Japan stellte T. Matsuzawa, Direktorin für internationale Zusammenarbeit im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit und Genderberaterin im japanischen Verteidigungsministerium, die vier Säulen der Bemühungen des Verteidigungsministeriums um die Förderung von Frauen und Frieden und Sicherheit vor: Bewusstseinsbildung, Entwicklung organisatorischer Systeme, internationale Zusammenarbeit und Umsetzung eines gendersensiblen Ansatzes. Als unerschütterlicher Unterstützer der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit beteiligte sich Nordmazedonien mit einem weiteren Vortragenden an der Podiumsdiskussion, nämlich Botschafter K. Ilioski, Direktor für multilaterale Beziehungen im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel von Nordmazedonien.

In der zweiten thematischen Diskussion ging es um die wirksame Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Asien bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels, unter Betonung der erheblichen Sicherheitsrisiken, die dieser mit sich bringt. Die Vortragenden erörterten auch die Umweltauswirkungen von Landminen sowie Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und für Resilienz gegenüber dem Klimawandel.

Ein weiterer Vortragender aus Japan, K. Ono, leitender Forscher in der Abteilung für sozioökonomische Forschung am *National Institute for Defense Studies*, sprach über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitsrisiken in den Meeren um Japan und über die Zusammenarbeit verschiedener Länder bei der Reaktion auf den Klimawandel.

Auf der dritten Sitzung wurde die Bedeutung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit als wesentlicher Faktoren für dauerhaften Frieden und bestandfähige Sicherheit hervorgehoben. Einer der Vortragenden, H. Matsuo, Vizedekan der *Keio University Law School* in Japan, veranschaulichte anhand der in der Vergangenheit von Japan in Asien im rechtlichen Bereich geleisteten Hilfestellung, wie wichtig es sei, die Rechtsstaatlichkeit in einer Art und Weise zu pflegen, die den Unterschieden zwischen den Ländern Rechnung trage, und dementsprechend flexible Hilfe zu leisten. Er bekräftigte – ganz im Sinne der OSZE-Verpflichtungen –, dass die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit für Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung unerlässlich sei.

Die Konferenz war sehr gut besucht: 46 OSZE-Teilnehmerstaaten sowie alle fünf Partnerländer aus der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien waren vertreten. Im Einklang mit der Verpflichtung zum Gender-Mainstreaming wurde auf der Konferenz ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern erzielt, was die Moderation der Podiumsdiskussionen und die Teilnahme daran betrifft; es nahmen also gleich viele Männer wie Frauen an den Podiumsdiskussionen teil.

Insgesamt war die OSZE-Asienkonferenz 2024 ein Erfolg, der zeigt, wie wichtig Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Sicherheitsherausforderungen ist. Außerdem zeigte die Konferenz deutlich, dass die Sicherheit im euroatlantischen und die im indopazifischen Raum untrennbar miteinander verknüpft sind und die OSZE-Partnerschaft an Nutzen gewonnen hat. Die inhaltliche Ausrichtung der Konferenz – auf die entscheidende Bedeutung einer Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen, die Auswirkungen des Klimawandels und die Wichtigkeit der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit – stieß auf großes Wohlwollen.

In dem Bewusstsein, dass Cyber-/IKT-Sicherheit eines der aktuellsten Themen im Zusammenhang mit den heutigen Sicherheitsherausforderungen ist, unterstützte Nordmazedonien die Organisation der vierten interregionalen Konferenz über Cyber-/IKT-Sicherheit, die vom Außenministerium der Republik Korea in Zusammenarbeit mit der OSZE ausgerichtet wurde. Die Konferenz fand am 9. September 2024 in der Hofburg in Wien statt. Die Veranstaltung brachte Fachleute und offizielle Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Regionen zusammen, die drängende Fragen im Bereich Cyber-/IKT-Sicherheit erörterten, mit Schwerpunkt auf völkerrechtlichen Aspekten, Aspekten des Aufbaus von Kapazitäten und Genderaspekten.

In den Eröffnungsreden ging es um das Cyber-/IKT-Sicherheitsumfeld im asiatischen und im OSZE-Raum. Wichtige Redebeiträge kamen von S. E. P. Avirovikj, Vorsitzender der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien, R. Dong-yeol, Botschafter für internationale Cybersicherheitsangelegenheiten der Republik Korea, I. E. N. Meli Daudey, Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE, S. E. C. Kamp, Vorsitzender der durch den Beschluss Nr. 1039 des Ständigen Rates geschaffenen informellen Arbeitsgruppe zur Cyber-/IKT-Sicherheit, und I. E. A. Kuptschyna, OSZE-Koordinatorin für Aktivitäten zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen.

Die erste Sitzung befasste sich mit der Anwendbarkeit des Völkerrechts im Cyberspace, einem Bereich, der noch genauer erforscht werden muss. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Frage, wie regionale Organisationen zur Arbeit der Vereinten Nationen beitragen können und wie Staaten nationale Standpunkte zum Völkerrecht im Cyberspace entwickeln können. Die Sitzung wurde von L. Vihul, Gründerin und Geschäftsführerin von *Cyber Law International* (Estland), moderiert. An der Podiumsdiskussion nahmen teil: S. Shin vom *Asan Institute for Policy Studies* (Korea), K. Raleigh vom US-Außenministerium, Y. van Haften vom Europäischen Auswärtigen Dienst, K. Ahmed Usmani von der Afrikanischen Union und A. Aagten vom *Clingendael Institute* (per Videoschaltung).

Bei der zweiten Sitzung lag der Schwerpunkt auf der Bedeutung des Aufbaus von Kapazitäten im Bereich der Cyber-/IKT-Sicherheit, und es wurde auf regionale Besonderheiten und den Austausch bewährter Verfahren eingegangen. Es ging darum, auf welche Weise regionale Erfahrungswerte in die Erörterungen im Rahmen der Vereinten Nationen einfließen könnten; moderiert wurde die Diskussion von Botschafter R. Dong-yeol (Korea). Redebeiträge kamen unter anderem von J. Pawełek-Mendez (Polen), A. Andreu (Frankreich), Y. Schalilchanowa (Kasachstan), W. Yi von der *Korea Internet and Security Agency*, K. Tsegmid (Mongolei), W. Wisitsora-at (Thailand), N. Jokić (Serbien) und M. Jaramillo (Organisation Amerikanischer Staaten, OAS).

Die Schlussitzung knüpfte an frühere Diskussionen über die Rolle der Frauen in der Cyberpolitik an. Im Mittelpunkt stand die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter zur Stärkung der Cyberstabilität und -resilienz, wobei konkrete Beispiele für Genderaspekte im Rahmen der vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich der Cyber-/IKT-Sicherheit vorgestellt wurden. Die Referentinnen und Referenten waren A. David vom kanadischen Außenministerium, S. Anastasovska aus Nordmazedonien, A. Pytlak vom *Stimson Center* (per Videoschaltung) und A. Hye-yeon von der *Korea Foundation for Women in Science, Engineering and Technology* (WISET) in Korea (per Videoschaltung).

Die Schlussworte sprachen K. Lee, stellvertretende Ständige Vertreterin der Republik Korea bei der OSZE, und S. Tóth, Referentin für Cybersicherheit in der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen der OSZE.

Die Konferenz bot Gelegenheit zu wertvollen Diskussionen über die Herausforderungen und Chancen im Bereich der Cyber-/IKT-Sicherheit, bei denen besonderes Gewicht auf die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit, des Aufbaus von Kapazitäten und der Genderinklusion im Bereich der Cyberpolitik gelegt wurde. Die Erkenntnisse und Strategien, die dabei ausgetauscht wurden, sollen in zukünftige regionale und globale Initiativen zur Cybersicherheit einfließen.

Am 10. September 2024 organisierten Nordmazedonien und Finnland in ihrer Eigenschaft als Vorsitze der Gruppen für die Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum eine Nebenveranstaltung am Rande der interregionalen Konferenz, die den Titel „Stärkung der Vertrauensbildung und Zusammenarbeit im Bereich der Cyber-/IKT-Sicherheit: Die OSZE und ihre Partner“ trug. Die Veranstaltung fand in der Hofburg statt und hatte zum Ziel, die Rolle vertrauensbildender Maßnahmen bei der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem OSZE-, dem asiatischen und dem Mittelmeerraum im Lichte der sich wandelnden Cyber-/IKT-Sicherheitslandschaft und der sich in diesem Bereich gegenwärtig stellenden Herausforderungen zu untersuchen.

Dabei sollten die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen bei der Förderung der Zusammenarbeit analysiert, vorbildliche Verfahren und gewonnene Erkenntnisse im Bereich der Cybersicherheit besprochen und eine Plattform für den Dialog über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten mit dem Ziel einer Stärkung der Mechanismen zur Verbesserung der Cyberresilienz bereitgestellt werden.

Die Eröffnungsreden wurden von S. E. P. Avirovikj, Ständiger Vertreter der Republik Nordmazedonien bei der OSZE und Vorsitzender der Gruppe für die Kooperationspartner in Asien, Oberstleutnant C. Z. Cordina, Leiter für die politisch-militärische Dimension unter dem maltesischen OSZE-Vorsitz, und M. Twardowska, Leiterin der Abteilung Externe Zusammenarbeit im OSZE-Sekretariat, gehalten. Die Sitzung wurde von G. Atanasova-Gjorevska von der Abteilung Externe Zusammenarbeit der OSZE moderiert. An der Podiumsdiskussion, die von der OSZE-Referentin für Cybersicherheit, S. Tóth, moderiert wurde, nahmen zwei namhafte Experten teil: S. Hashem, Professor für Informationswissenschaften und -technologie an der *George Mason University*, als Vertreter Ägyptens und W. Yi, leitender Forscher bei der *Korea Internet and Security Agency*, als Vertreter der Republik Korea. Die beiden gingen auf kritische Cyber-/IKT-Sicherheits Herausforderungen ein, denen sich die Teilnehmerstaaten und OSZE-Partner gegenübersehen, und legten besonderes Augenmerk auf die Rolle der interregionalen Zusammenarbeit bei deren Bewältigung. Sie diskutierten vertrauensbildende Maßnahmen und betonten die Notwendigkeit von Vertrauen und Zusammenarbeit unter den OSZE-Teilnehmerstaaten und -Partnern im Bereich der Cybersicherheit. Auch die Rolle der OSZE bei der Stärkung der Cyberresilienz und der Förderung eines verantwortungsvollen Verhaltens der Staaten im Cyberspace kam zur Sprache.

Die Experten wiesen darauf hin, dass Mechanismen wie der Austausch von Informationen, der Aufbau von Kapazitäten und technische Hilfestellung bei der Erzielung besserer Ergebnisse im Bereich der Cybersicherheit eine entscheidende Rolle spielten. Sie berichteten von mehreren erfolgreichen Beispielen für Cybersicherheitsinitiativen, die die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen der OSZE und ihren Partnern fördern.

Die Nebenveranstaltung unterstrich die Bedeutung von kooperativen Anstrengungen und Vertrauensbildung beim Umgang mit den komplexen Herausforderungen im Bereich Cyber-/IKT-Sicherheit. Durch den Austausch von Erfahrungen und Initiativen können die Teilnehmerstaaten und Partner ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberbedrohungen verbessern und ein sichereres digitales Umfeld schaffen.

Nordmazedonien unterstützte in seiner Funktion als Vorsitz der Gruppe für die Kooperationspartner in Asien auch das vom Büro der Generalsekretärin/der Abteilung Externe Zusammenarbeit organisierte OSZE-Studienreiseprogramm 2024 für die Kooperationspartner, indem es zusammen mit Finnland, das 2024 den Vorsitz in der Gruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum innehatte, ein Vernetzungstreffen ausrichtete. Dieses Programm bot jungen Diplomatinen und Diplomaten und Fachleuten aus den OSZE-Partnerländern, etwa aus Australien, der Republik Korea und Thailand, eine einzigartige Gelegenheit zur Vertiefung ihres Verständnisses für das eminent wichtige Mandat und die Tätigkeit der OSZE. Die Initiative versinnbildlicht das Engagement der OSZE für die Förderung von Diplomatie und Zusammenarbeit zwischen der OSZE selbst und ihren Kooperationspartnern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich im Rahmen einer Reihe von Briefings und Präsentationen einen wertvollen Einblick in die OSZE-Werte, -Prinzipien und -Verpflichtungen verschaffen. Sie kamen auch direkt mit der Arbeit der OSZE in Berührung und hatten Gelegenheit, wichtige OSZE-Organe zu besuchen, darunter das Büro

der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und das Wiener Büro der Parlamentarischen Versammlung der OSZE; außerdem erhielten sie das Privileg, der Schlussitzung des 31. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE in Prag beizuwohnen.

Das Programm hat nicht nur den Wissenshorizont der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erweitert, sondern auch die Bande zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern gestärkt und so dafür gesorgt, dass die nächste Generation an Führungspersonlichkeiten über gute Voraussetzungen verfügt, um sich in der komplexen Landschaft der internationalen Beziehungen zurechtzufinden.

Die Aktivitäten des Jahres 2024 zeugen davon, wie vehement Nordmazedonien den Multilateralismus und die Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und unseren Partnern unterstützt und sich für diese Ziele einsetzt.

Für die Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien war 2024 ein erfolgreiches Jahr. Der Nutzen der OSZE-Partnerschaften zeigt sich auch darin, dass dank ihnen innerhalb der OSZE immer besser verstanden wird, dass die euroatlantische und die indopazifische Sicherheit untrennbar miteinander verbunden sind.